



Zeitschrift der **GEW**/ Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

75. Jahr

Heft 5

Mai 2022



Foto: Fridays for Future, Deutschland

TITELTHEMA:
Wir gegen den Klimawandel

DGB-Aufruf zum 1. Mai: Frieden für die Menschen in der Ukraine

„Durch den brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine sterben jeden Tag Menschen. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Dieser Krieg ist auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert.“

Die Forderung nach „Solidarität, Frieden und Selbstbestimmung für die Ukraine“ im DGB-Aufruf zum 1. Mai und die Überzeugung „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder! Weltweit!“ einen die Mitglieder des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Dasselbe gilt für den Aufruf des DGB zum Ostermarsch 2022 und die Warnung vor einem „neuen weltweiten Rüstungswettlauf“ und einer weiteren „Aufstockung der Arsenale an Massenvernichtungswaffen“.

Dass es unter den fast sechs Millionen Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften im Rahmen dieser Grundüberzeugungen sehr unterschiedliche Meinungen gibt, wie der Krieg beendet werden kann, ob die Lieferung von Waffen oder ein radikaler Pazifismus das Gebot der Stunde ist – diese Differenzen sind keine Schwäche, sondern die Stärke einer Einheitsgewerkschaft, die nicht auf alle Fragen eine gemeinsame politische Antwort finden muss und kann.

Bereits in der HLZ 4/2022 habe ich um Verständnis dafür geworben, dass

die HLZ nicht das Forum sein kann, diese unterschiedlichen Positionen zu begründen und zu kommunizieren. Auch aktuelle Nachrichten lassen sich in einer Zeitschrift, die vier Wochen vor dem Eingang bei den Leserinnen und Lesern fertiggestellt wird, nicht übermitteln. Über den Krieg informieren die Medien in all ihrer Vielfalt tagesaktuell und die digitalen Foren bieten die Möglichkeit, zu streiten, Meinungen auszutauschen und für sie zu werben. Die HLZ wird den Krieg gegen die Ukraine weiter weitgehend „ausblenden“ müssen, obwohl er viele Nachrichten aus unserem gewerkschaftlichen und beruflichen Spektrum als „bedeutungslos“ erscheinen lässt. Das Schwerpunktthema „Klimawandel“ dieser HLZ gehört mit Sicherheit nicht dazu.

Harald Freiling, HLZ-Redakteur

Gewerkschaften helfen

Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften rufen zu Spenden auf, damit den vor Krieg und politischer Repression Geflüchteten geholfen werden kann. Der Verein „Gewerkschaften helfen“ hat ein Spendenkonto eingerichtet:

Gewerkschaften helfen e.V., Nord LB
Stichwort: Ukraine-Hilfe
IBAN: DE40 2505 0000 0151 81 67 90
BIC: NOLADE2HXXX



Die Vielzahl der Beiträge zum HLZ-Schwerpunktthema „Klimawandel“ hat dazu geführt, dass die Werbung für die Angebote der Public Climate School vom 16. bis zum 20. Mai 2022 zu kurz kommt. Eine kurze Übersicht findet man in dieser HLZ auf Seite 20 und unter <https://publicclimateschool.de>. Die Teilnahme ist auch ohne Anmeldung möglich. Das Titelfoto dieser HLZ entstand am 23. März 2019 in München (Copyright: Fridays for Future Deutschland).

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe | Meldungen
- 6 Meldungen
- 24 Hochschulen
- 34 Recht: Das Arbeitszeugnis
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Briefe | Bücher

Titelthema: Die Klimakrise bekämpfen

- 8 Gewerkschaften und Klimawandel
- 10 Klimabildung in Frankfurt
- 12 Just Climate Charter: Im Gespräch mit Vishwas Satgar, Johannesburg
- 14 Scientists for Future: Raus aus dem Elfenbeinturm!

- 16 Schulen nachhaltig bauen: Im Gespräch mit Astrid Eibelshäuser
- 18 Imperiale Lebensweisen überwinden
- 20 Klimaschutz und Lehrkräftebildung

Einzelbeiträge

- 22 Erfahrungen im Referendariat
- 23 Neues Lehrkräftebildungsgesetz
- 25 Grundschullehrkräfte gleichstellen!
- 26 BÜA: Übergang in Ausbildung
- 28 Beratungsstelle Hessen: Jugend zwischen Religion und Extremismus
- 30 Kampf gegen Antiziganismus
- 32 Alea Horst: Europas vergessene Kinder

40 Fortbildungsangebote von lea



Zeitschrift der **GEW Hessen** für Erziehung, Bildung, Forschung
 ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Landesverband Hessen
 Zimmerweg 12
 60325 Frankfurt/Main
 Telefon (069) 971 2930
 Fax (069) 97 129393
 E-Mail: info@gew-hessen.de
 Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
 Klingenberger Str. 13
 60599 Frankfurt am Main
 Telefon (069) 636269
 E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Simone Claar (Hochschule), Stefan Edelmann (Bildung), Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Dana Lüddemann (Gewerkschaftliche Bildung), René Scheppeler (Digitalisierung), Andreas Werther (Sozialpädagogische Berufe), Peter Zeichner (Mitbestimmung)

Gestaltung: Harald Knöfel, Michael Heckert †

Titelthema:

Dr. Simone Claar, Harald Freiling, Dr. Roman George

Illustrationen:

Sarah Heuzeroth (S. 8, 21), Thomas Plaßmann (S. 35), Dieter Tonn (S. 22), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

Fridays for Future (Titel, S. 2), Harald Freiling, (S. 2), GEW (S. 7, 9, 25, 34)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
 Niederstedter Weg 5
 61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
 Peter Vollrath-Kühne
 Postfach 19 44
 61289 Bad Homburg
 Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
 E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druck- und Verlagshaus Thiele & Schwarz GmbH
 Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Zukunftsangst überwinden

Seit wir in einer neuen Welt aufwachten, in der Frieden plötzlich nicht mehr selbstverständlich und Krieg nicht mehr so weit weg ist, kennen die meisten das Gefühl der Machtlosigkeit und der Verzweiflung: Zukunftsangst. Dieses Gefühl kennen wir nicht erst seit wenigen Wochen, sondern schon lange. Seit Jahren ist uns bewusst, dass die Folgen des Klimawandels genau diese sind: Krieg, Leid, Tod und Flucht. Seit Jahren rechnen wir damit, eines Tages unsere Heimat verlassen zu müssen, obwohl wir wissen, dass man vor dem Klimawandel nicht fliehen kann. Egal, ob es darum geht, was ich studieren oder arbeiten will, ob es um meine Urlaubsplanung oder mein nächstes Essen geht: Der Klimawandel ist für uns immer präsent. Diese Bedrohung lässt uns bei jeder aktuellen Krise den Ausblick auf die Zukunft neu realisieren.

Ich habe Angst, wir haben Angst. Ständig. Angst, wenn ich Nachrichten lese, sei es über Auswirkungen des Klimawandels in Form von Umweltkatastrophen oder über neue, nicht ausreichende Beschlüsse der Politik in unserem Land. Der Krieg in der Ukraine oder die Corona-Pandemie haben in uns Angst und Schrecken ausgelöst, aber gleichzeitig verspüren wir auch Hoffnung. Denn diese beiden Krisen haben gezeigt, dass echtes Krisenmanagement möglich ist, wenn es nur genug gewollt wird und wenn das Problem für alle Augen sichtbar und spürbar wird.

Aus Hoffnung, aus Angst und aus der Idee, dass man als Gesellschaft jede Krise meistern kann, ist Fridays for Future entstanden. Die Idee, dass die Politik kein Recht darauf hat, Krisenberichte von Expertinnen und Experten zu ignorieren und das darauf folgende Entsetzen hochmütig zu kommentieren, das sei „eine Sache für Profis“. Fridays for Future ist eine globale Bewegung von Jugendlichen, die diese Untätigkeit als Einstellung nicht akzeptieren. Wir sind geeint durch unseren Willen, es den vorherigen Generationen nicht gleich zu tun und die Lösung der Probleme der Welt nicht auf andere zu schieben.

Wir wollen etwas verändern, denn wir sind die letzte Generation, die die größte Katastrophe der Menschheitsgeschichte noch eindämmen kann. Die-

Alicia Meyer (16) ist Schülerin in Wiesbaden und wie Helene Borries (auf dem Foto links) Aktivistin bei Fridays for Future Wiesbaden. Helene Borries (19) hat 2021 ihr Abitur gemacht und ist seit Oktober 2019 aktive Mitorganisatorin von FFF Wiesbaden.

ser Kampf für Veränderung eint die Menschen: Studierende, die schon im Elternhaus mit Debatten und Demonstrationen aufgewachsen sind, und Kinder, die mit ihrem Protest täglich gegen ihre Eltern rebellieren. Viele müssen sich in Freistunden rausschleichen, andere füllen den Keller ihrer WG mit Megafonen und Kreide. Unsere Vielfalt macht uns stark und die Bewegung großartig. Wir kommen mit unterschiedlichen Geschichten, jede und jeder hat etwas anderes beizutragen. Während die eine hochprofessionelle E-Mails schreibt und jede Demoroute genehmigt bekommt, kann der andere so schöne Kreidesprüche auf den Asphalt malen, dass die Menschen noch Tage später stehenbleiben.

In unserer Gesellschaft fühlt man sich schnell alleine, besonders in der Isolation einer Pandemie, in der sich das Gefühl der Hilflosigkeit noch einmal verstärkt hat: mit wöchentlich neuen Todeszahlen, Bildern von weltweiten Ausschreitungen und Kriegen und vom endgültigen Sterben der Demokratie in Hongkong und dem Aufstieg autoritärer Regime.

Hinzu kommt die deprimierende Frage, ob die Klimakatastrophe in Vergessenheit gerät und alles umsonst war. Doch wir vergessen nicht und geben nicht auf. Wir waren nicht untätig und haben in den letzten zwei Jahren an unserem Fundament gearbeitet und werden 2022 mit neuem Elan demonstrieren.

Wir arbeiten global auf ein gemeinsames Ziel zu, Hand in Hand und mit Kreidespuren auf den Fingern. Unser Kampf gegen das Wegschauen und gegen die Passivität so vieler ist ein Kampf für eine sichere Welt, eine klimagerechte Welt.

Helene Borries und Alicia Meyer
Fridays for Future in Wiesbaden



Seid ihr verrückt?!

„Ihr überlasst euer Haus einem Filmteam? Seid ihr verrückt?“ Verwandte und Bekannte sind schockiert. Aber sechs Wochen Sommerferien so ganz ohne Aufregung halten mein Mann und ich als Lehrer gar nicht aus! Diese Filmstudenten sind auch unheimlich sympathisch, und wir können nach drei Vorgesprächen nur noch schlecht „Nein“ sagen. Außerdem sind wir neugierig. Bei uns soll ein Gartenfest mit 35 Komparsen und 20 Filmschaffenden gedreht werden. Nein, die gehen nicht alle auf unser Klo. Und die Komparsen rennen auch nicht im Haus rum. Die Aufnahmeleiterin verspricht, den Rasen zu gießen, die Vögel zu füttern und Blumen und Buschwerk zu bewachen. Und ich könnte gern ein paar meiner Schülerinnen und Schüler als Komparsen beibringen, vielleicht gibt es sogar einen Praktikumsplatz für besonders Engagierte.

Zuerst räumen zwei Szenografinnen gründlich bei uns um. Gedreht wird nämlich, nachdem der „Motivvertrag“ steht, auf einmal auch „indoor“. Szenografin scheint mir der optimale Beruf für junge Frauen, die gern shoppen. Kistenweise stehen bei uns jetzt Gläser und Karaffen, Deko-Materialien, Kerzen, ein Gartenschlauch, Körbchen und geheimnisvolle Kisten. All unser Kram

muss von Tischen und Schrankflächen verschwinden. Drucke von Monet und Renoir kommen wegen der Urheberrechte in den Keller. Kosmetikprodukte werden umgedreht, damit der Markenname nicht zu sehen ist. Die Producerin fotografiert im ganzen Haus Kratzer und Flecken, die wir selber verursacht haben.

Wir „Motivgeber“ werden ausquartiert, damit wir nicht jammernd im Weg rumstehen, wenn jemand die Fenster aushängt oder den Glastisch in den Schuppen trägt. Am Tag des großen Gartenfests dürfen wir als Komparsen wiederkommen. Da sind wir ein wenig frappiert über die Okkupation unseres Hauses. Naiv dachte ich, dass zehn Lastwagen kommen, in denen Maske, Catering und Diven untergebracht werden. Aber Studenten verfügen natürlich nicht über einen so großen Etat und haben bei Vertragsabschluss wohlweislich (?) verschwiegen, dass sie alles in Beschlag nehmen. Im Fahrradschuppen sitzt jetzt die Maskenbildnerin mit jeder Menge Tischen, Spiegeln, Kisten und Taschen. Mein Rad und der Rasenmäher sind in der Garage untergebracht. Zwischen Getränkekisten, Bierbänken, Sonnenschirmen, technischem Gerät und einer Hollywoodschaukel. In meinem Zimmer macht die Hauptdarstellerin

in ihr vertraglich zugesichertes Nickerchen. Kühlschrank und Tiefkühltruhe sind voll mit seltsamen Nahrungsmitteln: Mini-Salamis, Schmier- und Leberkäse. Das wird ein leckeres Buffet für das Gartenfest. Im Keller finden sich jede Menge Schnapsflaschen. „Alles nur Fake! Nur Wasser drin“, verspricht die Producerin. Ich bin mir da nicht so sicher. Schließlich ist irgendwann „Bergfest“, wenn die Hälfte der Dreharbeiten geschafft ist. Die Producerin ist für alles zuständig. Sie putzt sogar abends oder fährt den schweren Film-SUV aus der Einfahrt, in den sich sonst niemand traut. Eine andere junge Frau ist die Hygienebeauftragte und desinfiziert unentwegt Hände, Klinken und Wasserhähne.

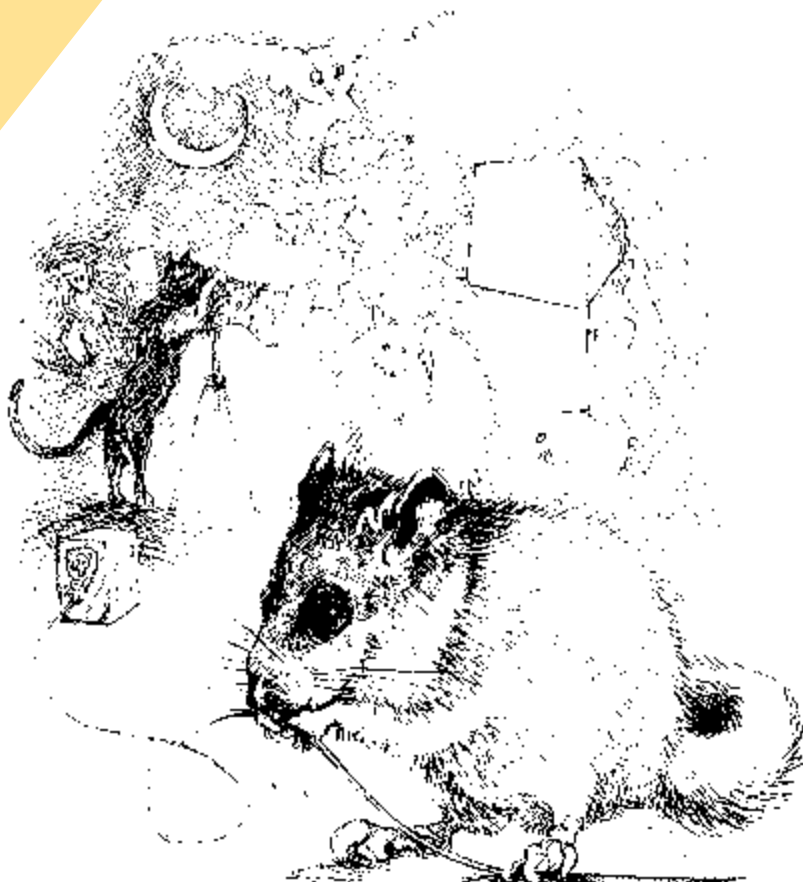
Ein Nachbar ist empört, weil sein Parkplatz zwei Wochen lang wegfällt. Zwei andere Nachbarn verreisen spontan. Der Nachbar mit dem lauten Laubbläser schmolzt bis heute. Vor seinem Grundstück stand das rosa Dixie-Klo.

Beim Gartenfest soll ich zusammen mit drei anderen Komparsen zu imaginärer Musik tanzen. Nicht mal „Satisfaction“ von den Stones darf ich zwecks Eigenstimulation singen, weil ich damit gegen Urheberrechte verstoße. Es ist billiger, im Nachhinein eine Musik komponieren zu lassen als die Rechte für bekannte Songs zu bezahlen. Auf unseren Gartenstühlen lümmeln sich Nachbarn als Statisten, die ich selber nie eingeladen hätte.

Unser Garten ist voller Girlanden, Lampions und Deko-Elemente. Die Producerin hat vor den Beeten Schaschlikspieße mit Flatterband verbunden, weil es Menschen gibt, die einfach nicht sehen, dass unter ihren Füßen Blumen wachsen.

Nach zwei Wochen kommen wir zurück. Das Haus ist tadellos aufgeräumt. Alles ist sauber. Der Kühlschrank ist geleert. Nur am Handtuchhalter hängt eine einsame Luftschnalle. Auf der Terrasse steht eine Packung Rasensamen. Die wird allerdings nicht ausreichen bei der festgestampften Fläche. Mein Mann sucht seine alte Pfeffermühle. Meine Nachbarin ist traurig, dass die fröhlichen jungen Menschen wieder weg sind. Selbst die Frau vom schmallenden Laubbläser meint: „Das war richtig schön mit den Filmleuten. Endlich war mal Leben in der Straße!“ Und ich weiß jetzt jede Menge neue Berufe, die ich meiner Klasse vorstellen kann, damit nicht alle Erzieherinnen oder Mechatroniker werden wollen.

Gabriele Frydrych



Betr.: HLZ 4/2022
Geballte Lyrik

Lyrik und aktuelle Krisen

Oje, die „Geballte Lyrik“ von Gabriele Frydrych verlangt der Leserschaft einiges ab. Dass Gedichte einen Reim haben können, keineswegs müssen und dass nicht alles, was sich reimt, auch ein Gedicht ist, gerät bei diesem Spot(t)light aus dem Blickfeld. Der Spot(t) zielt „geballt“ auf Verse und Reime. (...) Mit all dem hat „Lyrik“ wenig zu tun. Schon Massen an Schülerschaften wurden mit solchen und ähnlichen Gedichtvorstellungen malträtiert. Deshalb an dieser Stelle ein Eintreten für ein anderes Lyrikverständnis, „geballt“ gegen Reimzwang und blumig-poetisches überflüssiges Geschwafel!

Aktuelle Krisen werden „nicht lyrisch bewältigt“. Doch wer sagt, dass Realitätsbezug bei dieser Ausdrucksform schadet? Zum Beweis ein Gedicht zu einem Thema, das uns alle in dieser Zeit angeht und stark belastet.

in einem Land nicht fern

nach einem Winter
nassen Graus
herbeigesehnt
das gelbe Bunt der Blüten
verhallt
ihr Sprießen
in dem Lärm von Bomben und Raketen
in einem Land nicht fern
Ukraine
ein falscher Dirigent
bestimmt den Ton
in U-Bahnschächten
gedeihen keine Blumen
verkümmern in den Tränen
stummer Schreie
dort ist der Himmel schwarz
es dringt kein Sonnenschein
in tiefen Untergrund
in einem Land nicht fern
Ukraine
ein falscher Dirigent
bestimmt den Ton
das Menschsein
scheint verloren
wenn statt Tulpen
Trümmer in den Gärten wachsen
der Vogelsang verstummt
in einem Land nicht fern
Ukraine
ein falscher Dirigent
bestimmt den Ton
zuletzt
stirbt die Musik
gemordet
von dem falschen Dirigenten
der jeden Ton
erstickt

Hanne Strack, Rüsselsheim



Russische Lehrkräfte gegen den Krieg

Trotz aller Repression haben mehr als 5.000 Lehrkräfte aus allen Regionen Russlands und einige auch aus dem Ausland die Petition der Initiative „Lehrkräfte gegen den Krieg“ unterzeichnet. Es ist der größte Protest der Lehrkräfte in Russland seit mehr als 30 Jahren. In dem Offenen Brief russischer Lehrkräfte gegen den Krieg in der Ukraine heißt es:

„Jeder Krieg bedeutet menschliche Opfer und Zerstörungen. Krieg ist eine Katastrophe. Der Krieg gegen die Ukraine, der in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar begonnen wurde, ist nicht unser Krieg. Die Invasion auf das Territorium der Ukraine begann im Namen russischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, aber gegen unseren Willen. Wir sind Lehrkräfte und Gewalt widerspricht dem Wesen unseres Berufes. In der Hitze des Krieges sterben unsere Schülerinnen und Schüler. Krieg führt unvermeidlich zu einer Zuspitzung der sozialen Probleme unseres Landes. Wir unterstützen die Antikriegsproteste und fordern einen sofortigen Waffenstillstand.“



Nächste Personalratswahl schon im Mai 2024

Die HLZ hat wiederholt über die Kontroversen zur Dauer der Amtszeit der im Mai 2021 gewählten Personalräte berichtet. Wie bekannt wurden die Personalratswahlen in Hessen im Geltungsbereich des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) aus pandemischen Gründen vom Mai 2020, dem regulären Wahltermin, in den Mai 2021 verschoben. Die GEW vertrat in der Kontroverse die Auffassung, dass die Regelung in § 23 Absatz 1 HPVG, wonach „die regelmäßige Amtszeit der Personalräte (...) vier Jahre“ beträgt, auch für diesen Fall gilt. Der geschäftsführende Landesvorstand der GEW hat die Beratungen mit den anderen Gewerkschaften und die Aussichten, diese Auffassung rechtzeitig in Gerichtsverfahren durchsetzen zu können, jetzt bilanziert. Danach wird die GEW keine rechtlichen Schritte gegen die Festsetzung des Wahltermins auf Mai 2024 einleiten, „auch wenn sich an der Einschätzung des rechtlich fragwürdigen Willkürakts der Landesregierung nichts geändert hat“.

Die GEW Hessen bittet deshalb alle Personalräte und Wahlberechtigten, sich auf die Neuwahl aller Personalräte im Mai 2024 einzustellen.

Der Petitionstext musste nach dem neuen Mediengesetz, das die kritische Berichterstattung über den Krieg unter Strafe stellt, mittlerweile von der Homepage genommen werden. Die unabhängigen Bildungsgewerkschaften „Uchitel“ und „Universitäre Solidarität“ setzen sich für die Belange der verfolgten Lehrkräfte am Arbeitsplatz ein. In einer Stellungnahme der Hochschulgewerkschaft heißt es:

„Die Universitätsleitungen üben Druck auf Hochschulmitarbeiterinnen und Hochschulmitarbeiter aus, die sich gegen den Krieg aussprechen, und einige Kolleginnen und Kollegen werden entlassen. Auch Studierende werden unter Druck gesetzt und mit Verweisen und Exmatrikulation bedroht, wenn sie sich an friedlichen Antikriegsprotesten beteiligen.“

Solidaritätsschreiben können an die Adresse teachershelpnow@gmail.com geschickt werden. Auf der Homepage der GEW findet man ein Musterschreiben (www.gew.de/internationales oder Kurzlink <https://bit.ly/3u7Hvz2>).

Die GEW bezeichnet die damit verbundene Verkürzung der Amtszeit von vier auf drei Jahre als „Zumutung und Mehrbelastung“ insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen in den Wahlvorständen. Auch die Arbeit der Schulpersonalräte, die ihre wichtige Arbeit unter schwierigsten Bedingungen und mit minimaler Entlastung zu leisten haben, werde so weiter erschwert. Gerade für neu gewählte Personalräte sei die Einarbeitung und die Wahrnehmung der Rechte nach dem HPVG in der Pandemie noch schwieriger gewesen als sonst. Deshalb sei die Verkürzung der Amtszeit auch „ein Schlag gegen eine wirksame Interessenvertretung“.

Die GEW hält es für dringend geboten, dass auch die Mitglieder der örtlichen Wahlvorstände in den Schulen bei der Wahl 2024 eine Stundenentlastung bekommen. Schon die Durchführung der Wahl im Mai 2021 sei unter den Bedingungen der Pandemie, unter anderem mit einem erheblich höheren Anteil von Briefwahlstimmen, ein „echter Kraftakt“ gewesen. Die GEW fordert hier einen angemessenen Ausgleich, um erneut genügend Kolleginnen und Kollegen für den Wahltermin im Mai 2024 zu finden.

**Betr.: HLZ 3/2022
Rente und Versorgung**

Kompensation unverzichtbar

Ich kann nur unterstreichen, dass die Forderungen nach einer Kompensation für die Nullmonate von der GEW auch für Versorgungsempfänger*innen weiter aufrecht erhalten bleiben und verfolgt werden. Auch mit Blick auf die finanziellen Mehrbelastungen des Gros der Bürger*innen angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage ist dies mehr als angesagt. Steigende Lebenshaltungskosten und Inflation machen vor Rentner*innen und Versorgungsempfänger*innen nicht halt. In diesem Zusammenhang finde ich es auch merkwürdig, dass bei dem beabsichtigten Entlastungspaket der Regierung die genannten Gruppen nicht berücksichtigt werden.

Ursula Winkenjohann

Landeselternbeirat: „Mit voller Kraft in den Nebel“

Der Landeselternbeirat Hessen (LEB) hält die noch vor den Osterferien in Kraft gesetzte Lockerung der Corona-Schutzmaßnahmen in den hessischen Schulen für „kontraproduktiv und gefährlich“. LEB-Vorsitzender *Volkmar Heitmann* hält auch den angekündigten Wegfall der Testpflicht für falsch: „Mit voller Kraft in den dichten Nebel zu fahren, ist nicht mutig, sondern dumm.“ Erneut würden dringend erforderliche Schutzmaßnahmen auf die lange Bank geschoben. Wenn die Inzidenzen spätestens im kommenden Winter wieder steigen, werde in hessischen Schulen „wieder buchstäblich zum Fenster hinaus geheizt“. Die Aufrüstung der Schulen für bessere Luft und für weniger Energieverbrauch müsse jetzt gestartet werden.

Landtag diskutiert über die Beamtenbesoldung

Anlässlich einer aktuellen Stunde des Landtags, in der über eine Resolution der SPD-Fraktion gegen die „verfassungswidrige Besoldungspolitik in Hessen“ beraten wurde, kritisierte der DGB Hessen-Thüringen die fortgesetzte Weigerung der Landesregierung, auf das Gesprächsangebot der Gewerkschaften einzugehen. Das Urteil des Hessischen Verfassungsgerichtshofs vom November 2021 sei nach den letzten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts „nicht überraschend gekommen“. „Minister Beuth muss endlich handeln“, sagte DGB-Vorsitzender *Michael Rudolph*. Gerade Beamtinnen und Beamte der unteren Besoldungsgruppen hätten mit Einkommen unter dem Niveau der Grundsicherung „echte Probleme, ihr Leben zu finanzieren“

Landesstudierendenrat der hessischen Fachschulen

Nach einer längeren Vakanz gibt es jetzt wieder einen Landesstudierendenrat der hessischen Fachschulen. Die Delegierten wählten in einer Vollversammlung am 24.3.2022 *Paul Hußlein* zum Landesstudierendensprecher und *Pascal Böhm* zum Stellvertreter. Sie wollen „nun aufräumen, was in den letzten Jahren auf der Strecke geblieben ist“, damit „die Rahmenbedingungen aus Sicht der Studierenden besser gestaltet werden können“. Aktuelle Themen sind Digitalisierung, Antirassismus und bessere BAföG-Regelungen. Der Landesstudierendenrat vertritt die Studierenden der 90 Fachschulen in Hessen - von A wie Aliceschule Gießen bis Z wie Zeichenakademie Hanau. Der Landesstudierendenrat ist in § 125 des Hessischen Schulgesetzes verankert.

Mit einem neuen Namen: Hauptpersonalrat Schule

Der Hauptpersonalrat, der die Interessen aller hessischen Lehrkräfte und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in den hessischen Schulen auf Landesebene gegenüber dem Hessischen Kultusministerium (HKM) vertritt, trägt jetzt auch offiziell die Bezeichnung „Hauptpersonalrat Schule“ (HPRS). Auch die Gesamtpersonalräte auf der Ebene der 15 Staatlichen Schulämter tragen jetzt den Namen „Gesamtpersonalrat Schule“. Die Umstellung der Adressen soll bis zum neuen Schuljahr abgeschlossen sein.

Der HPRS hat jetzt die Reisekostenpauschalen nach dem Hessischen Reisekostengesetz auf die Tagesordnung gesetzt, das bis Ende 2022 novelliert werden muss. Der HPRS wünscht sich ein klares Votum aller Hauptpersonalräte, die die Beschäftigten in allen Behörden und Dienststellen vertreten, dass die Reisekostenpauschalen angesichts der dramatischen Erhöhung der Energiepreise heraufgesetzt werden.

Mit einem neuen Vorstand: elternbund hessen e.V.

Neuer Vorsitzender des *elternbunds hessen* ist *Korhan Ekinci*, bis 2021 Vorsitzender des Landeselternbeirats, stellvertretender Vorsitzender der frühere Präsident des Verwaltungsgerichts Kassel *Volker Igstadt*. „Kinder in Schulen und Kitas brauchen eine starke Stimme“, sagte Ekinci bei seiner Wahl. Die Pandemie sei keineswegs beendet. Eine besonderes Augenmerk gelte der Integration von Geflüchteten aus der Ukraine in die Schule: „Es gilt jetzt zu allen Beteiligten Brücken zu schlagen, Gespräche zu führen und konstruktiv gute Ideen umzusetzen.“

Benachteiligung der Seniorinnen und Senioren:



NICHT MIT UNS!



Ausgleich für Nullmonate!

Beim Tariftabschluss für die Beschäftigten des Landes Hessen vom 15. Oktober 2021 mussten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Kröte schlucken: Bis zur nächsten Gehaltserhöhung müssen die Tarifbeschäftigten genauso wie die Beamtinnen und Beamten zehn Monate bis zum 1.8.2022 warten. Diese „Nullmonate“ wurden für die aktiven Beschäftigten durch einmalige Sonderzahlungen von bis zu 1.000 Euro „abgefедert“. Eine Petition der Gewerkschaften GEW, ver.di, GdP und IG BAU und des DGB Hessen richtet sich jetzt gegen die

Entscheidung der Landesregierung, den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern eine solche Kompensation zu verweigern: „Sie haben insgesamt zehn Nullmonate hinzunehmen - und das bei einer Inflation von 3,1 Prozent im Jahr 2021 und einer noch höheren Inflationsprognose für 2022. Damit müssten die Senior*innen ein reales Einkommensminus hinnehmen.“

- Die Petition kann man auf der Plattform OpenPetition unterschreiben und man findet sie auch auf der Internetseite www.gew-hessen.de und unter dem Kurzlink <https://bit.ly/3IUSYG6>.

X 1. Mai: Der Tag der Arbeit ist ein Tag für den Frieden

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit, aber auch ein Tag für den Frieden. Viele Rednerinnen und Redner bei den Mai-Kundgebungen des DGB verwiesen auf die traditionelle Verbindung von Gewerkschaften und Friedensbewegung. DGB-Vorsitzender *Reiner Hoffmann* bezeichnete den Angriffskrieg auf die Ukraine als „völkerrechtswidrig und brutal“. Allerdings sei es ein Irrglaube, dass wir „seit 74 Jahren im Frieden leben“. Tatsächlich „gab und gibt es sehr viele militärische Auseinandersetzungen auf der Welt“, die bei uns „vielleicht weniger wahrgenommen werden, weil sie nicht vor unserer Haustür stattfinden“. Dass das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ immer ein zentrales gewerkschaftliches Ziel gewesen sei und bleibe, habe „nicht zuletzt mit der Zerschlagung der Gewerkschaften während des Faschismus zu tun“.

X DGB: Solidarität mit geflüchteten Menschen

Der DGB Hessen-Thüringen spricht sich dafür aus, den aus der Ukraine geflohenen Menschen einen möglichst unkomplizierten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Solidarität mit den Geflüchteten verbiete es jedoch, „Krieg und Flucht zu instrumentalisieren, um den Fachkräftemangel und die eigenen Versäumnisse der Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre ausgleichen zu wollen.“ Viele Geflüchtete seien traumatisiert und könnten zu „Beschäftigten zweiter Klasse“ werden. Daher sei es wichtig, berufliche Abschlüsse und Qualifikationen schnell anzuerkennen. „Gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen den Geflüchteten genauso zugänglich gemacht werden wie allen anderen auch“, erklärte der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen *Michael Rudolph*.

X Ausstellung in Kassel erinnert an die Berufsverbote

Die Ausstellung „Berufsverbote - Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland“ wird am Mittwoch, dem 8. Juni, um 18 Uhr im Rathaus der Stadt Kassel eröffnet. Die Ausstellung ist dort bis zum 28. Juni zu sehen.

- Weitere Informationen in dieser HLZ auf Seite 36 und unter www.gew-nordhessen.de



31. 3. 2022:
Streik auf der Rheinbrücke
(Foto: GEW)

X SuE-Aufwertungsrunde: Streiken verbindet

Ein besonders starkes Medienecho fand die gemeinsame Streikkundgebung von Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) aus Hessen und Rheinland-Pfalz auf der Theodor-Heuss-Brücke, die die Landeshauptstädte Wiesbaden und Mainz verbindet. Die GEW Hessen hatte insbesondere Beschäftigte der städtischen Kitas in Wiesbaden und Frankfurt und der AWO Wiesbaden zum Streik aufgerufen. Dem Aufruf folgten rund 400 Beschäftigte aus Kitas und Sozialarbeit, um die Forderungen in der laufenden SuE-Aufwertungsrunde zu bekräftigen und den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen.

Die Gewerkschaften verhandeln seit dem 25. Februar 2022 mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über die Weiterentwicklung der Sonderregelungen und der Tätigkeitsmerkmale für den Sozial- und Erziehungsdienst im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Auch die zweite Tarifverhandlungsrunde für die rund 330.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ging am 22. März ohne Ergebnis zu Ende.

- Informationen zum aktuellen Stand findet man auf den Internetseiten der GEW www.gew.de und www.gew-hessen.de.

X Hessischer Russischlehrerverband: HET БОЙНЕ!

Der Hessische Russischlehrerverband spricht in einer Stellungnahme „gegen die völkerrechtswidrige Aggression der russischen Regierung gegenüber der Ukraine“ von seiner großen Bewunderung, „dass die Stimmen für eine demokratische Entwicklung Russlands, für ein friedliches Miteinander in Europa und der Welt nicht verstummt sind“, und erklärt sich „solidarisch mit den vielen Menschen, die im Großen und Kleinen, laut oder auch – aus guten Gründen – leise und im Verborgenen, mutig und mit großem persönlichem Risiko ihren Protest gegen den Krieg des autoritären Regimes zum Ausdruck bringen“. Seit den 80er Jahren hätten russische und deutsche Lehrkräfte „mit viel persönlichem Engagement feste Schulpartnerschaften aufgebaut, die es ermöglicht haben, dass sich Schülerinnen und Schüler aus Deutschland und Russland kennenlernen, Vorurteile abbauen und Freundschaften knüpfen konnten“. Den vollständigen Wortlaut der Erklärung findet man unter www.russischlehrer-hessen.de.

X Delegiertenversammlung der GEW Nordhessen

Die Delegiertenversammlung des GEW-Bezirksverbands Nordhessen wählte *Carsten Leimbach* (links) und *Björn Bening* zum neuen Vorsitzendenteam. *Anna Held* wurde in der Nachfolge von *Irina Kilinski* und *Frank Engelhardt*, die wie die bisherige Ko-Vorsitzende *Andrea Michel* nicht wieder kandidierten, zur Geschäftsführerin gewählt. Das neue Vorsitzendenteam dankte allen für ihre langjährige engagierte Arbeit.

Am Jahrestag der Ermordung von *Halit Yozgat* durch den NSU 2006 in Kassel referierte *Christopher Vogel* vom Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus über Rechtsextremismus im ländlichen Raum.





Just Transition

Die Gewerkschaften und der Klimawandel

Nicht nur die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist in den Fragen, wie man dem Klimawandel begegnen und aus den fossilen Energieträgern aussteigen kann, gespalten. Die Debatte um Klimaschutz und systemischen Wandel wirft tiefgreifende Fragen auf:

- Welche alternative Energieerzeugung ist möglich?
- Was passiert mit dem wirtschaftlichen Wohlstand der betroffenen Regionen?
- Wie gehen wir mit den bisherigen Arbeitsplätzen um und welche neuen Arbeitsplätze entstehen?

Dem Konzept des „gerechten Übergangs“ (Just Transition), das aus der US-Arbeiterbewegung kommt, liegt die Idee zugrunde, Arbeitnehmer:innen zu unterstützen, die von umweltpolitischen Maßnahmen betroffen sind. In der globalen Debatte wird deutlich, dass nicht alle, die das Konzept als politisches Instrument bis hin zu einer systemischen transformativen Kraft vertreten, dieselben Ziele und Mittel verfolgen. Einigkeit besteht bezüglich der notwendigen Dekarbonisierung und eines planvollen Übergangs zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften. Außerdem geht es um die Verknüpfung von Nachhaltigkeit und Sozialpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsplätze der abhängig Beschäftigten.

Inzwischen ist Just Transition zu einem Bezugspunkt für Gewerkschaften und viele andere Akteure der Zivilgesellschaft geworden. Internationale Gewerkschaftsbünde wie ETUC und ITUC haben den „gerechten Übergang“ in die globale Umwelt- und Klimadebatte eingebracht, um grüne und nachhaltige Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit für die Arbeitnehmer:innen weltweit zu sichern. In den Debatten über den Strukturwandel bestehender Arbeitsplätze sollten wir nicht vergessen, dass die Idee eines gerechten Übergangs in der bestehenden Wirtschaftsordnung eng mit der Idee einer grünen Wirtschaft verknüpft ist. Selbst wenn wir „grün“ mit etwas Positivem assoziieren, wird der Kampf um menschenwürdige und gut bezahlte Arbeitsplätze national und global weitergehen.

Aber wie gehen die Gewerkschaften in der Praxis damit um? Was bedeuten der Klimawandel und ein gerechter Übergang in ein alternatives System für eine Bildungsgewerkschaft? Welche Rolle spielen wir als Wissensvermittler:innen und Pädagog:innen? Wie können Gewerkschaften ihre Bündnispartner:innen in der Klimabewegung unterstützen? Welches Handwerkszeug brauchen wir, um den Klimawandel zu verstehen und Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel umzusetzen?

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist das Leitmotiv, um Klimawandel und Klimaschutz in der Lehrkräftebildung und in den Schulen zu verankern. Dem nächsten Gewerkschaftstag der GEW liegt der Antrag „Es gibt keine Arbeit auf einem toten Planeten“ vor, den die *junge GEW*, der Bundesausschuss der Studierenden in der GEW und die Bundesfachgruppe Hochschule und Forschung eingebracht haben (HLZ S.9). Er verfolgt das Ziel, dass sich die GEW – auch im Kontext internationaler gewerkschaftlicher Solidarität – in die Debatten um einen gerechten Übergang und eine sozial-ökologische Transformation einbringt.

Gleichzeitig enthält der Antrag aber auch konkrete Forderungen für den Bereich Hochschule und Forschung. Im Mittelpunkt steht die Forderung, dass Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit stärker in Forschung und Lehre integriert werden müssen – und zwar sowohl in den Sozial- und Geisteswissenschaften als auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Bund und Länder müssen für Forschung und Lehre zu den zentralen Fragen einer sozialökologischen Transformation zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Für uns in Hessen ist die Einrichtung eines *Institute for Sustainability* an der Universität Kassel von besonderem Interesse.

In den Nachhaltigkeitskonzepten von Schulen und Hochschulen sollte es nicht nur um Energieeinsparung oder Müllvermeidung gehen. Neubauten, Sanierungen und Renovierungen müssen Maßnahmen zur Klimaanpassung und eine deutlich ressourcenschonendere und klimafreundlichere Ausstattung vorsehen. Bei der konkreten Gestaltung nachhaltiger Arbeitsplätze müssen Personalräte mitbestimmen können. Einige Landesgesetze zur Mitbestimmung der Personalräte im öffentlichen Dienst sehen das bereits vor, in Hessen ist das nicht der Fall. Dazu gehört auch, Dienstreisen und Veranstaltungen nach ökologischen Aspekten gestalten zu können.

Die klimapolitischen Forderungen können im Widerspruch zu anderen bildungspolitischen Forderungen stehen. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, die GEW zur Vorkämpferin für eine sozial-ökologische Transformation zu machen. Ein Antrag der *jungen GEW Hessen*, der vom Landesvorstand inzwischen einstimmig beschlossen wurde, macht deutlich, dass wir bei der Frage des Umgangs mit Ressourcen den Blick auch auf die GEW-Arbeit selbst richten müssen.

Simone Claar

Dr. Simone Claar ist stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen. Sie forscht und lehrt an der Universität Kassel zu den Themen Grüner Kapitalismus, Klima- und Energiepolitik, insbesondere mit dem Fokus auf das südliche Afrika.

Zeichnung: Sarah Heuzeroth (Das gute Leben für alle, HLZ S.18f.)



Den Papierwust in der GEW bekämpfen

Was braucht eine Gewerkschaft neben dem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Verhältnisse in Gesellschaft und Politik, um auch junge Menschen anzusprechen? Für die *junge GEW* ist schon seit einigen Jahren klar, dass die GEW insgesamt die Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung stärker in den Fokus der Arbeit rücken sollte und dies auch schrittweise vollzieht. Der GEW-Hauptvorstand hat bereits 2020 Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Gewerkschaftsarbeit beschlossen, die Umsetzung im Alltagsbetrieb lässt aber an vielen Stellen noch auf sich warten. Ganz konkret äußert sich das in den Papierbergen, die der offizielle Postverkehr der Gewerkschaft immer noch hervorbringt. Für die meisten Sendungen in Papierform an die Mitglieder sieht die *junge GEW* keine zwingende Notwendigkeit. Vor allem im Vorfeld der Sitzungen des Landesvorstands füllen sich die Briefkästen der Vorstandsmitglieder mit prall gefüllten Umschlägen.

Die *junge GEW* stellte in ihrem Antrag zur nachhaltigen Gremienarbeit die Forderung nach der Stärkung digitaler Versandwege und der individuellen Abbestellung gedruckter Post. Wer möchte, darf weiter mit dem Papierwust kämpfen, wer das nicht möchte, soll seine Gewerkschaftsnachrichten auch digital empfangen können. In der alltäglichen Arbeit soll uns eine Cloud-Lösung dabei unterstützen, alle wichtigen Dokumente für die Sitzungen von Landesvorstand, geschäftsführendem Vorstand und Delegiertenversammlun-



LASS und junge GEW beim Klimastreik in Fulda am 24.9.2021

gen digital zur Hand zu haben, Sitzungsbeschlüsse zu archivieren und jederzeit ortsunabhängig abrufbar zu machen.

Unsere Anträge stehen im Zeichen einer zukunftsorientierten Gewerkschaftsarbeit, die die Ansprüche einer inhaltlich anspruchsvollen, digitalen und nachhaltigen Arbeitsweise miteinander vereint.

Anne Wernet, junge GEW Hessen

Die Anträge wurden in der Sitzung des Landesvorstands am 3.2.2022 einstimmig bzw. mit großer Mehrheit angenommen. Die junge GEW sieht der Umsetzung gespannt entgegen und bietet ihre Unterstützung bei der Umsetzung an.

Es gibt keine Arbeit auf einem toten Planeten!

Antrag zum Gewerkschaftstag der GEW (Auszüge)

Dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der GEW, der vom 21. bis 24. Juni 2022 in Leipzig stattfindet, liegt der Antrag „Es gibt keine Arbeit auf einem toten Planeten“ vor, den die junge GEW, der Bundesausschuss der Studierenden in der GEW (BASS) und die Bundesfachgruppe Hochschule und Forschung eingebracht haben. Die HLZ dokumentiert den Antrag in Auszügen.

Wir können im Wissenschaftsbereich nicht die Augen vor der Klimakrise verschließen. Einige Hochschulen und Forschungsinstitute sind in verschiedenen Bereichen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung sowie der Nachhaltigkeit aktiv, aber für eine umfassende Transition zur Anpassung an den Klimawandel fehlt es nach wie vor an Konzepten. Wir als GEW müssen dabei konkret den Studien- und Arbeitsraum an den Hochschulen und Forschungsinstituten betrachten. Die Aufgabe der GEW ist es, auf nachhaltige Lehre und Forschung im Sinne von Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie entsprechende Studienbedingungen hinzuwirken. Nachhaltigkeit muss eben angesichts der dramatischen Lage auch Klimaschutz beinhalten.

Klimaschutz und Klimaanpassung sind mehr als Energiesparen und Müllvermeidung, eine sozial-ökologische Transformation braucht vielmehr ein ganzheitliches Konzept. Hochschulen und Forschungsinstitute müssen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu gehört die Integration von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit in Forschung und Lehre, aber auch die Umsetzung von konkreten Maßnahmen im Lehr- und Arbeitsalltag.

Das Leben aller Menschen zu schützen, ist unsere drängendste und wichtigste Aufgabe: Es gibt keine Arbeit auf einem toten Planeten.

Das jetzige Wirtschaftssystem baut auf der kostenlosen Nutzung der natürlichen Ressourcen auf. Die kapitalistische Produktionsweise ist das Triebwerk des derzeitigen Klimawandels, denn es geht vor allem um Wachstum um jeden Preis. Die Kapitalverwertungslogik zerstört den Lebensraum Erde. Deshalb brauchen wir langfristige Konzepte und nachhaltige Alternativen zu unserer jetzigen imperialen Lebensweise, die auch vor allem auf Kosten der Ausbeutung des globalen Südens stattfindet. Im Kontext von internationaler gewerkschaftlicher Solidarität ist es auch Aufgabe der GEW, sich in Debatten zu alternativer Wirtschaftspolitik und über die Abkehr vom Wachstumsparadigma des Kapitalismus (Degrowth) in Bezug auf alle Bildungsbereiche einzubringen. (...)

Die GEW setzt sich für eine Förderung von Forschung und Lehre zu den Themen sozialökologische Transformation, nachhaltige Entwicklung und Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels ein. Diese Themen müssen Bestandteil von Lehre und Forschung in allen Fachgebieten sein. Dabei ist vor allem auf staatliche, nicht auf privatwirtschaftliche Förderung zu setzen. Die GEW fordert die Bundesregierung auf, weiterhin finanzielle Mittel für sozialökologische Zwecke, Klimaschutz und Klimaanpassung, die Anpassung an die Folgen der Klimaerwärmung sowie die Aufrechterhaltung von Biodiversität und andere wichtige Bereiche zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollen zudem aufgestockt werden. (...) Dabei ist darauf zu achten, dass Mechanismen nicht nur von außen „grün“ sind und kein Greenwashing praktiziert wird. Soziale Gerechtigkeit muss immanenter Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation sein. (...)



Klimabildung in Frankfurt

Die Zukunft nicht retten, aber gestalten

Einblick geben in die Praxis und Hintergründe von Klimabildung ist das Ziel dieses Beitrags. Wir verstehen ihn als Einladung zur Durchquerung eines offenen Feldes, in dem vieles noch nicht definiert ist und das große Herausforderungen bereithält, des Feldes von Klimakrise und Klimagerechtigkeit, über das viele junge Menschen sagen: „Verbrennt nicht unsere Zukunft!“ Das Bundesverfassungsgericht hat ihnen Recht gegeben.

Klimabildung erblickte 2013 als „Climate Change Education for Sustainable Development“ (CCESD) mit der UNESCO-Veröffentlichung „Action for Climate Empowerment“ (1) das Licht der Welt. Sie umfasst einerseits Wissen und Können zu Klimawandel, Klimaschutz und Klimawandelanpassung und andererseits Engagement zu diesen Menschheitsthemen mit all ihren ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Implikationen. Damit ist klar, dass Klimabildung mehr ist als naturwissenschaftliche Bildung, dass es um Gestaltungskompetenzen geht, um Empowerment, kurz um politische Bildung. Ein Blick in die Praxis von Umweltlernen in Frankfurt am Main soll verdeutlichen, wie dies gelingen kann, welche Herausforderungen Klimabildung in der Schule mit sich bringt und wo das Feld noch bestellt werden muss.

Solarrennen, Lernwerkstätten und Projektwochen

Umweltlernen in Frankfurt e.V. ist ein außerschulischer Bildungsträger, der schon mehr als 25 Jahre lang Schulen, Kitas und die kommunale Bildungsverwaltung im Bereich von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) unterstützt. Seit 20 Jahren entwickelt Umweltlernen Lehr- und Lernarrangements zu den Themen Energie und Klimawandel. Diese reichen heute von Lernwerkstätten zu den Themen Klima und Energie über Recycling bis hin zu Ernährung und Konsum. Darüber hinaus organisiert *Umweltlernen in Frankfurt* das

Energiesparprojekt an Frankfurter Schulen und das jährliche Solarrennen Frankfurt/Rhein-Main auf dem Römerberg.

Die Lernwerkstatt „Energie schlau nutzen!“ vermittelt Schüler:innen der Mittelstufe das Themenfeld der Energieeffizienz. Mit einem möglichst geringen Energieeinsatz soll ein möglichst großer Nutzen erzielt werden. Eine Station der Lernwerkstatt macht deutlich, dass dies nicht nur eine Frage der Technik ist: Wie können wir umweltfreundlich Strom erzeugen? Die Stromerzeugung in fossilen Kraftwerken hat nur einen relativ geringen Wirkungsgrad von 40 bis 60 Prozent, große Teile der umgewandelten Energie gehen als Abwärme verloren. Experimente mit einer Dampfturbine veranschaulichen die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung und deren Anwendung in Heizkraftwerken bzw. Blockheizkraftwerken. Eine solche Form der zwar noch fossilen, aber doch sehr effizienten Energienutzung erfordert allerdings eher kleine dezentrale Kraftwerke; wirtschaftliche Interessen und monopolartige Strukturen behindern den Einsatz einer solchen effizienten Technologie. Aus einer Fragestellung der Physik wird eine für das Fach PoWi. Im Rahmen der halbtägigen Lernwerkstatt, die in Frankfurt dankenswerterweise vom Energiereferat der Stadt finanziell unterstützt wird, gelingt es, vorhandenes Wissen der Schüler:innen mit neuen Erkenntnissen fächerübergreifend zu verbinden. Das selbstgesteuerte Lernen an den Stationen kommt aber an seine Schranken, zeitlich, wenn das Signal zum Unterrichtschluss erklingt, und räumlich mit der Tür des Klassenraums als Erfahrungsgrenze. Lernmotivation und Engagement darüber hinaus wirksam werden zu lassen, ermöglicht die Projektwoche „Klimawandel und Nachhaltigkeit“. Hier ist es möglich, die zeitlichen und erfahrungsräumlichen Grenzen zu erweitern, die Fragestellung des Klimawandels und Klimaschutzes in ihrer Komplexität zu behandeln und selbstorganisiertes Lernen zu fördern. Die Schüler:innen können Erfahrungen machen, die über die Schule hinausgehen: Bei der Befragung von Akteuren und Initiativen im Stadtteil, beim Besuch des Energieversorgers und des kommunalen Energiemanagements, bei der Herstellung eines Videoclips oder eines Infostandes und vielem mehr. Durch die Freiräume der Projektstruktur und die Öffnung von Schule können so nicht nur Kompetenzen für die Zukunft entwickelt, sondern auch Engagement für den Klimaschutz angebahnt werden.

Frankfurter Schuljahr der Nachhaltigkeit

Im „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ wird die Schule als Gesamtinstitution in den Blick genommen. Im Sinne des „Whole School Approach“ werden Prinzipien nachhaltiger Entwicklung zum integralen Bestandteil von Unterricht, Schulleben und Schulentwicklung. Den Klassen des 4. Jahrgangs werden Unterrichtsmodule zu Nachhaltigkeitsthemen angeboten, den roten Faden bildet der Klimawandel in Verbindung mit globaler Gerechtigkeit und Kinderrechten. Die Lehrer:innen des Jahrgangs nehmen an Fortbildungen teil, mit den Gesamtkollegien werden Pädagogische Tage durchgeführt. Flan-



kiert werden diese Aktivitäten durch Beratungen zu Curricula und Schulprofilen und die Unterstützung von Eigeninitiativen. Die Angebote werden von der FES, der Dr. Marschner Stiftung und dem Hessischen Umweltministerium unterstützt.

Das Besondere an den Unterrichtsmodulen ist, dass Mitarbeiter:innen von Umweltlernen die Klassen mehrfach im Jahr besuchen. Die Module machen den Kindern die Zusammenhänge sozialökologischer Herausforderungen begreifbar. Nach dem Einstiegsmodul zum Klimawandel folgen Themen wie Strom, Ernährung oder Fairer Handel. Das Abschlussmodul führt Aspekte aus den vorherigen Modulen zusammen. Es werden Handlungsoptionen aufgezeigt, die über ein individuelles umweltfreundliches Verhalten hinausgehen und die Kinder zu einem gemeinsamen Handeln für mehr Gerechtigkeit auf der Welt motivieren. Durch die Ausrichtung des Schullebens an Nachhaltigkeitsprinzipien erkennen die Schüler:innen, dass die Inhalte des Unterrichts auch in der eigenen Lebenswelt von Bedeutung sind und praktisch umgesetzt werden können.

In den von der UNESCO und dem BMBF ausgezeichneten Klimabildungsprogrammen „Energie schlau nutzen!“ und „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ treten Widersprüche zutage zwischen dem epochalen Schlüsselproblem des Klimawandels und der Wirklichkeit – der des Schullebens, unserer (imperialen) Lebensweise und einer nicht-zukunftsfähigen Politik und Wirtschaft.

Kritisch-emanzipatorische politische Bildung

Bildung für nachhaltige Entwicklung steht vor der Herausforderung, nicht nur für das Leben in der Gegenwart zu befähigen, sondern darüber hinaus eine lebenswerte Zukunft zu erschließen. Zukunft kann dabei angesichts einer aktuell nicht-nachhaltigen Entwicklung nicht als bloße Verlängerung der Gegenwart begriffen werden. Auf die Zukunft kann Bildung nur orientieren, indem sie nicht unreflektiert zu einer Identifikation mit der Gegenwart erzieht.

Die Anerkennung dieses Nicht-Identischen ist für die pädagogische Praxis Herausforderung wie Chance. Sie spricht die Frage der Handlungsmöglichkeit in der eigenen Lebenswelt wie die Möglichkeiten für ein gemeinsames politisches Handeln an. Ins Positive gewendet können die Irritationen über Bestehendes und die Enttäuschung von Erwartungen Lern- und Bildungsprozesse initiieren (2). Für das Feld der Klimabildung würde dies bedeuten:

- Lehrende wie Lernende bleiben nicht bei technischen Lösungen stehen. In den Blick genommen werden der Zusammenhang von Technologie und Politik wie auch gesellschaftliche Naturverhältnisse; die Klimakrise ist ohne einen Gesellschaftsbegriff nicht angemessen zu denken.
- Lehrende wie Lernende überschreiten ihre – im BNE-Bereich sehr populäre – Rolle als aufgeklärte Konsument:innen, die ökologisch produzierte und fair gehandelte Produkte kaufen, und nehmen sich als politische Subjekte wahr, die gesellschaftliche Verhältnisse aktiv mitgestalten können.
- Lehrende wie Lernende entwickeln mit sozialer Fantasie und kritischer Reflexion von Macht konkrete Utopien für ein gutes Leben für Alle innerhalb der planetarischen Grenzen. (3)

Dazu muss Schule Erfahrungen ermöglichen, auch politische Erfahrungen, das Feld öffnen und sich selbst als lernende Institution im gesellschaftlichen Kontext begreifen.

Unsere Vision für die Weiterentwicklung der Klimabildung: Schulen kooperieren mit Nachhaltigkeitsinitiativen,



Klimabildungsfestival am Mainkai (Foto: Umweltlernen e.V.)

mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildungszentren, mit Unternehmen und kommunalem Klimaschutz, mit Wissenschaft und Stadtteilinitiativen. Schule geht hinaus in den Stadtteil, ermöglicht unmittelbare Erfahrung und Partizipation. Und für die Partner:innen von Bildungseinrichtungen ist es selbstverständlich, in die Schule, die Kita oder die Volkshochschule zu gehen.

Lokale Bildungslandschaften für Nachhaltigkeit

In solchen lokalen Bildungslandschaften wäre miteinander und voneinander lernen Alltag: Klimabildung wäre Thema für Jung und Alt und Bildung würde wirksame Impulse für Klima-Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt setzen.

In einzelnen Projektzusammenhängen wird eine solche Zusammenarbeit schon erprobt, so in einem vom Integrierten Klimaschutzplan des Landes Hessen geförderten Kooperationsprojekt zwischen Bildung, Energieberatung und Kommune oder im Projekt LeKoKli (4). Aber noch finden diese Kooperationen in Nischen statt und sind als lebendige Bildungslandschaften für nachhaltige Entwicklung noch nicht in der Breite präsent. Es bedarf einer Allianz zwischen Schule, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Staat, um solche zukunftsfähigen Bildungslandschaften zu schaffen.

„Lasst uns unsere Zukunft nicht verbrennen!“ Wir alle gemeinsam müssen den Stellenwert von Klimabildung in den Bildungslandschaften selbstbewusst einfordern. Selbstbewusstsein, Ernsthaftigkeit und Engagement – das ist es, was wir dabei von jungen Menschen lernen können.

Michael Schlecht und Dr. Claudia Wucherpennig

Umweltlernen in Frankfurt e.V.

Alle Infos: www.umweltlernen-frankfurt.de

(1) UNESCO (2013): Action for Climate Empowerment. Guidelines for accelerating solutions through education, training and public awareness. Paris.

(2) Reinhold Hedkje (2018): Das Sozioökonomische Curriculum. Frankfurt/M.

(3) Thomas Jahn et al. (2020): Sozial-ökologische Gestaltung im Anthropozän. In: GAIA 29 (2), 93-97.

(4) LeKoKli, Lernfeld Kommune für Klimaschutz (2019): Sachbericht Lernfeld Kommune für Klimaschutz. Verknüpfung von Bildungs- und lokalen Klimaschutzprozessen. Springe.

Im Gespräch mit Vishwas Satgar

Climate Justice Charter gegen Klimawandel und soziale Not

Vishwas Satgar ist seit 40 Jahren Aktivist und Hochschullehrer für Internationale Beziehungen an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg in Südafrika. Er leitet das Forschungsprojekt „Emancipatory Futures Studies in the Anthropocene“ und begleitet die Climate Justice Charter (CJC), die von einer breiten Bewegung von Basisgruppen und Nichtregierungsorganisationen in Südafrika entwickelt und vorangetrieben wurde.

Der Kontakt zu Simone Claar, die seit Herbst 2021 stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen ist, entstand 2019 während seiner Ella-Bhatt-Gastprofessur an der Universität Kassel. Simone Claar sprach mit ihm über die Herausforderung, weltweit „rot-grüne Allianzen“ von Gewerkschaften und Umweltinitiativen zu schmieden, um die sozialökologische Transformation zu schaffen. Das Gesprächsprotokoll führte HLZ-Redakteur Harald Freiling.



Simone Claar: Unsere Gespräche in Kassel drehten sich immer wieder um Klimagerechtigkeit, Kooperativen und mögliche Alternativen. Die Climate Justice Charter, die Charta für Klimagerechtigkeit, ist ein eindrucksvolles Dokument, das den Kampf für soziale Gerechtigkeit mit dem Kampf gegen die Klimakatastrophe verbindet.

Vishwas Satgar: Das eine ist ohne das andere nicht zu denken. Die Climate Justice Charter ist in der Tat das Ergebnis eines langen Aushandlungs- und Beteiligungsprozesses, der ganz unterschiedliche Gruppen, Strömungen und Traditionen zusammenführte. Ich weiß gar nicht, wie weit ich dabei zurückgehen muss. Auf der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 meldete sich das transnationale Netzwerk Climate Justice Now erstmals öffentlich zu Wort. Auch die Bewegung für Ernährungssouveränität ist keine südafrikanische Erfindung, aber bei uns in Südafrika hat die Food Sovereignty Campaign angesichts der Ernährungsprobleme, die sich in der Pandemie noch einmal verschärften, eine große Verankerung in der Bevölkerung. Die extreme Trockenheit 2016 und die Bread Marches waren ein unüberhörbarer Hilfeschrei. „End hunger, thirst, pollution and climate harm“: Das sind die zentralen Forderungen der Charter, denn Klimawandel und so-

ziale Ungerechtigkeit sind die globalen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind. Die Charter ist die gemeinsame Plattform für die grünen Initiativen, die Antiprivatisierungskampagnen, die Studierenden und die landwirtschaftlichen Kooperativen in den Gemeinden. Die Charter-Bewegung spricht mit den Medien, mit den Religionsgemeinschaften, berücksichtigt die indigenen Traditionen und kooperiert mit den Initiativen von Landlosen, Saisonarbeitern und Arbeitslosen. Sie greift die Impulse der Dekolonialisierungsbewegung genauso auf wie die Stärke von feministischen Gruppen und den intergenerationellen Dialog mit Kinderrechtsgruppen und mit Fridays for Future.

Welche Rolle spielen die Gewerkschaften im Prozess der Charta für Klimagerechtigkeit?

Ich sehe, dass sie sich bewegen, dass sie sich bewegen müssen. Natürlich ist es ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass nicht am Ende die abhängig Beschäftigten auf der Strecke bleiben. Aber auch in Südafrika fangen sie an zu verstehen, dass sie sich bei der Frage einer gerechten Transformation nicht auf die Arbeitgeber oder den Staat verlassen dürfen, sondern eigene Szenarien und Ideen für „grüne Jobs“, für systemische Alternativen entwickeln müssen. Da gibt es viele gute Gespräche. Eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft muss auch im Interesse der Gewerkschaften sein, allerdings müssen sie sich dazu aus den engen Bindungen zur Politik und zu politischen Parteien lösen.

Von der Politik und den Parteien hast du noch gar nicht gesprochen

Das stimmt. Die Probleme, von denen ich gesprochen habe, sind eine Folge des Versagens einer neoliberalen Politik in Kombination mit Korruption und Missmanagement. Der Staat hat die Privatisierung der Wasserwirtschaft vorangetrieben und trägt die Verantwortung für Zustände im Gesundheitswesen, die täglich Menschenleben fordern. Der Staat ist für die meisten Menschen in Südafrika nur noch „a mess“. Als die Charter-Bewegung die südafrikanischen Parteien zum Dialog eingeladen hat, blieben alle großen Parteien demonstrativ fern. Deshalb ist und bleibt sie eine echte Graswurzelbewegung, in der alle Menschen, die sich einbringen wollen, ihre Themen auf den Tisch legen und Verbündete suchen können. Dabei muss man wissen, dass sich Menschen in Süd-



Schülerinnen der Masiphumelele High School vor dem Parlament in Kapstadt (Foto: Ashraf Hendricks, <https://www.groundup.org.za>).

afrika immer wieder um die zentralen Ideen einer „Charter“ versammelten...

... wie der *Freedom Charter des Congress of the People von 1955...*

... aber auch die südafrikanische Verfassung sieht in Abschnitt 234 vor, dass das Parlament „zur Vertiefung der in der Verfassung verankerten Kultur der Demokratie“ solche Rechte-Chartas beschließen kann, die sich im Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung befinden. Deshalb ist die Politik, das südafrikanische Parlament, ein Adressat für unsere Forderungen und wir wollen, dass die Climate Justice Charter vom Parlament beschlossen wird. Die Pandemie hat die Möglichkeiten beschnitten, die Charter im Rahmen einer großen Manifestation zu übergeben. Am Tag der Übergabe 2020 gab es viele dezentrale Aktionen im ganzen Land und junge Aktivistinnen und Aktivisten führen als Feuerwehrbrigade vor dem Parlamentsgebäude vor mit der klaren Botschaft „Die Welt steht in Flammen“. Im Zentrum einer solchen Bewegung steht aber immer der unmittelbare Zusammenhang mit den täglichen, konkreten Problemen der Menschen und die Notwendigkeit, sie zu ermächtigen, ihnen Handlungsoptionen aufzuzeigen und sie zu Subjekten der Veränderung zu machen.

Ist das nicht nur ein frommer Wunsch, wenn Menschen im täglichen Überlebenskampf stehen?

Nein, das ist kein Gegensatz. Auch um zu überleben, müssen sie handeln. Es geht um Zero Waste, um gesunde Lebensmittel und um nachhaltige Produktion.

In der Charter steht der Satz, Wissen sei „crucial for survival“. Wo siehst du hier die Aufgabe von Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen?

Ja, es gibt noch große Defizite, wenn es um das Wissen über die sich immer weiter verschärfende Klimakrise geht. Hier haben Schulen eine ganz wichtige Aufgabe, die sie in vielen Fällen auch angenommen haben, die sich auch bereits als Teil der Climate-Justice-Bewegung sehen. Hochschulen entwickeln eigene Nachhaltigkeitsstrategien und organisieren Climate Schools, so dass das Thema vom Rand in den Mittelpunkt rückt, zum Mainstreaming wird. Wir brauchen für die Transformation immer auch eine gemeinsame Sprache, deshalb organisiert die Climate-Justice-Bewegung Workshops zum Argumentationstraining und für den Wissenstransfer, unter anderem im Rahmen der Global Labor

University. Wissen ist ein Schlüssel und darf nicht von kleinen Eliten usurpiert werden. Wissensproduktion muss wie jede andere Produktion demokratisiert werden, um die sozialökologische Transformation möglich zu machen. Die Probleme liegen alle auf dem Tisch, sie sind real und konkret und für alle Menschen spürbar, in Südafrika mit den extremen Trockenperioden genauso wie in den USA mit enormen Schäden durch Stürme und jetzt auch bei euch mit den großen Überschwemmungen. Darüber müssen wir informieren, wir müssen die Zusammenhänge verständlich machen und aufklären. Die Climate-Justice-Bewegung veranstaltet Seminare und Webinare und einen regelmäßigen Newsletter. Dabei kommt auch der Wissenschaft eine große Verantwortung zu, für die sie mitten in der Gesellschaft stehen muss.

Was kann die GEW als Bildungsgewerkschaft von der Climate-Justice-Bewegung lernen?

Über die Bedeutung der Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen und ihre Verantwortung habe ich schon gesprochen. Deshalb spreche ich lieber über die Gewerkschaften insgesamt. Sie brauchen eine Roadmap für die Transformation, für den Übergang in das karbonfreie Zeitalter und die soziale Ausgestaltung. Wenn die Menschen beteiligt werden, setzt das enorme kreative Kräfte frei. Allerdings müssen die Gewerkschaften auch noch einen Schritt weitergehen und die kapitalistische Wirtschaftsweise grundsätzlich hinterfragen. Sie müssen sich mit kooperativen Wirtschaftsweisen befassen und mit emanzipatorischen Projekten der Solidarwirtschaft und ihre Distanz zu Selbsthilfegruppen überwinden. Die staatliche Planwirtschaft ist keine Alternative, denn auch die Rolle des Staates muss neu überdacht werden. Auch die Privatisierung und der „schlanke Staat“, der das Handeln den Konzernen überlässt, führen in den Abgrund. Gewerkschaften müssen global zusammenarbeiten und Mut machen, nicht mit Schönfärberei, aber doch mit antiapokalyptischen Visionen, mit einem gesellschaftlichen Kompass. Nicht zuletzt brauchen Gewerkschaften wie alle zivilgesellschaftlichen Organisationen auch personelle Ressourcen, Menschen, die sich zentral um Klimapolitik kümmern und dafür sorgen, dass das Thema im Zentrum steht. Climate Mainstreaming, das brauchen auch die Gewerkschaften.

Danke für das Gespräch und auf ein Wiedersehen in Kassel oder in Johannesburg!

Die weltweit erste Charta für Klimagerechtigkeit (CJC) wurde 2019 in Südafrika breit diskutiert und formuliert. Im Oktober 2020, am Welternährungstag, wurde die Charta an das südafrikanische Parlament übergeben mit der dringlichen Aufforderung, die Charta für Klimagerechtigkeit gemäß Artikel 234 der Verfassung anzunehmen.

- Den Wortlaut der CJC, die Liste aller Unterstützerinnen und Unterstützer und viele weitere Informationen findet man auf der Internetseite von CJC (<http://cjc.org.za>) und unter dem Kurzlink <https://bit.ly/3pdrTHh>.
- Einen kurzen Abriss ihrer Entstehung und den Wortlaut der CJC findet man in der folgenden Veröffentlichung von Vishwas Satgar: *Worsening Climate Crisis and the Challenge of Red-Green Alliances for Labour*. ICDD Working Papers Nr.31, Oktober 2020. Den Download findet man auf der Internetseite des ICDD oder unter dem Kurzlink <https://bit.ly/3J0cOnv>.
- Das International Center for Development and Decent Work (ICDD) ist ein globales Netzwerk von acht Hochschulen und Forschungseinrichtungen, das an der Universität Kassel koordiniert wird. Das ICDD arbeitet wiederum eng mit der ILO (International Labour Organization) und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen zusammen.





Raus aus dem Elfenbeinturm!

Konzepte aus der Wissenschaft für die Praxis

Der öffentliche Diskurs über eine nachhaltige Ausgestaltung der Welt im 21. Jahrhundert nimmt trotz der andauernden Corona-Pandemie und des Angriffs Russlands auf die Ukraine weiterhin einen beachtlichen Raum ein. Die „Jahrhundertssommer“ der letzten Jahre sowie globale und vermehrt auch lokale Naturkatastrophen wie 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen erhöhen auch in Deutschland die Aufmerksamkeit für das Thema. Eindringliche Appelle, die Umwelt zu schützen und die allgemeine Lebensqualität zu verbessern, rücken auch dank des Mutes von *Greta Thunberg* und der Aktionen der globalen Bewegung *Fridays for Future* (FFF) eine Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verstärkt in den Fokus.

FFF fordert nicht nur, „das Klima zu retten“, sondern Nachhaltigkeit in Politik und Gesellschaft zum Leitmotiv zu machen. Was aber bedeutet Nachhaltigkeit ganz konkret? Nachhaltigkeit ist ein abstrakter Begriff, der weit über Umwelt, Klima und Ressourcenschutz hinausgeht. Die 17 Nachhaltigkeitsziele bzw. *Sustainable Development Goals* (SDG) wurden unter der Ägide der Vereinten Nationen entwickelt und sollen die Lebensqualität in einer transnationalen Weltgesellschaft langfristig verbessern und sichern. Auf dem Weg zu konkreten Konzepten bedarf es wissenschaftlicher und praktischer Expertise, um politisch angemessen zu reagieren und umfassende globale Reformen einzuleiten.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit als Konzept betrifft die Dimensionen Zeit und Raum: *across time and space*. Entscheidungen im Sinne einer globalen und Generationengerechtigkeit dürfen nicht nur im Hier und Jetzt getroffen werden. Vielmehr sollten immer auch die Interessen der heranwachsenden und der zukünftigen Generationen berücksichtigt werden, und zwar global. Diesem Gedanken folgt auch die Verfassungsänderung von 1994, mit der die Verantwortung des Staates für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wurde. 2002 wurde der Tierschutz ergänzt, so dass Artikel 20a GG jetzt folgenden Wortlaut hat:

Die 17 Nachhaltigkeitsziele bzw. Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen sind Teil der Agenda 2030, die 2015 verabschiedet wurde. Sie sollen weltweit ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft bewahren.

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Insofern ist eine feste Institutionalisierung des Nachhaltigkeitsgedankens im Bildungssystem unerlässlich. Die Kultusministerkonferenz (KMK) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) haben die *Engagement Global gGmbH* als öffentliches Unternehmen des Bundes mit der Entwicklung eines Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung für die Sekundarstufen I und II beauftragt, „um BNE mit globaler Perspektive fest in der Schule und im Unterricht zu verankern“ (<https://www.engagement-global.de>). Die verschiedenen Fachgruppen bieten einen diskursiven Raum für den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, um innerhalb eines demokratischen Prozesses die Umsetzung einer holistischen BNE in der schulischen Bildung in den Ländern, die für Bildungsbelange zuständig sind, verbindlich festzulegen.

Für die Praxis: Die Scientists 4 Future (S4F)

Die Scientists for Future (S4F) unterstützen die Anliegen von FFF von Seiten der Wissenschaften aufgrund der klaren Faktenlage. Ihr „wissenschaftlicher Aktivismus“ macht es sich zur Aufgabe, Fakten aufzubereiten, durch neue Formen der Wissenskommunikation an die Gesellschaft zu vermitteln und „den Elfenbeinturm“ zu verlassen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen insbesondere in den Bildungssystemen und deren Curricula verankert werden. Es lohnt sich also, die Webseite der S4F mit umfassenden und faktenbasierten Klimainformationen zu besuchen (<https://schule.scientists4future.org>). Mehrsprachige Sketchnotes können helfen, BNE im Unterricht und für andere Bildungsanlässe möglichst effizient umzusetzen, differenziert für alle Lernenden und nicht nur für die, die sich bei FFF engagieren und oft sozial privilegiert sind. Die Verankerung von BNE in den Schulen soll dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche nicht dieselben Fehler machen wie ihre Eltern und Großeltern. Ein „Weiter so“ würde das Ziel der Bundesregierung, die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, akut gefährden.

KISS: Das ist die Kurzform für das „Klima in der Schule Symposium“, bei dem die S4F-Fachgruppe Schulen seit 2021 ein kostenloses Angebot unter anderem für Lehrkräfte bereitstellt, um dem großen Bedarf an Fort- und Weiterbildungskonzepten gerecht zu werden und den Austausch aller Menschen, die sich im Bereich BNE engagieren, zu ermöglichen. An über 100 Workshops, Paneldiskussionen und Vorträgen nahmen im März 2021 im Rahmen einer digitalen Fortbildung rund 1.000 Menschen teil. Zu Gast waren u.a. FFF-Sprecherin *Luisa Neubauer*, renommierte Fachwissenschaftler wie *Professor Volker Quaschnig* und *Professor Harald Lesch* und zahlreiche in der Umwelt- und Nachhaltig-



keitsbildung tätige Personen und Institutionen. Einige Vorträge findet man auf der Homepage und im YouTube-Kanal von S4F. KISS 2.0 ist in Vorbereitung und wird am 16. und 17. September 2022 erneut in digitaler Form stattfinden (siehe Kasten). Dann geht es unter anderem um den Stand von BNE in den verschiedenen Bundesländern und um Möglichkeiten und Wege der Veränderung.

Goethe-Universität Frankfurt: *The Blue Planet*

Die interdisziplinäre Expertise der S4F fließt angesichts der wissenschaftlichen Komplexität hinsichtlich Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit auch in die didaktische Forschung der Universitäten ein. Ein Beispiel ist das Projekt *The Blue Planet* der Goethe-Universität Frankfurt (www.theblueplanetproject.de), das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert wird und digitale Lehr- und Lerneinheiten für das mehrsprachige Umwelt- und Nachhaltigkeitslernen in den Sekundarstufen I und II entwickelt. Dazu gehört auch eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte zum mehrsprachigen Nachhaltigkeitslernen. Die fachübergreifenden Lehrmaterialien aus den didaktischen Abteilungen des Englischen, der Sozialwissenschaften und der Biologie werden auf einer digitalen Lernplattform gebündelt. Diese umfasst mehrsprachige Texte, multimodale Lerninhalte, Aufgabendossiers, Best-Practice-Beispiele sowie Übungen zum Thema Nachhaltigkeit. Das Projekt reagiert damit zum einen auf die akute Nachfrage von Schulen im Bereich Digitalisierung, zum anderen auf den Mangel an tragfähigen analogen und digitalen BNE-Konzepten für den Unterricht. *The Blue Planet* an der Goethe-Universität ist für den Zeitraum von April 2021 bis September 2022 konzipiert. Die entwickelten Einheiten sollen als *Open Educational Resources* (OER) dauerhaft für den bilingualen Schulunterricht zur Verfügung gestellt werden.

Dabei ist nicht alles so einfach, wie es erscheint: So geht es vielen Lehrkräften, wenn sie Unterricht zum Thema Nachhaltigkeit planen, so geht es auch mir. Soll ich Verzicht lehren, auch wenn ich selbst kein Vegetarier bin und auch fliege? Soll ich zur Teilnahme bei FFF oder gar zum zivilen Ungehorsam ermuntern? Ist der Aufruf, die Welt zu retten, ein Verstoß gegen das Überwältigungsverbot im Beutelsbacher Konsens?

Eine holistische Nachhaltigkeitsdidaktik befindet sich noch in den Kinderschuhen. *The Blue Planet* hat es sich jedoch zum Ziel gemacht, nicht nur die SDG 13 bis 15 im Umweltbereich (Klimaschutz, Leben unter Wasser und Leben an Land) in den Blick zu nehmen, sondern alle SDG. Exemplarisch tun wir das mit dem Thema Artenschutz, da auch der Schutz der Tiere im Grundgesetz verankert ist und einen passenden Zugang zu der Lebenswelt von Jugendlichen bietet. Die digitale Plattform enthält Angebote, die das Thema interaktiv je nach Wissensstand und Fertigkeiten vertiefen. Der Diagnose und dem Handeln der Lehrkräfte kommt eine zentrale Rolle zu, denn Lernen ist bekanntlich kein Selbstläufer: BNE wird nur durch das intrinsisch motivierte, engagierte Handeln vieler Lehrkräfte in den Schulen erfolgreich sein.

Bedrohung der Arten, Klimawandel, Armut und Ungleichheit: Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts kennen keine Grenzen, und sie können nur durch Kommunikation innerhalb einer transnationalen Zivilgesellschaft gemeistert werden: *Unity in Diversity*. Damit wächst auch der Bedarf nach sprachsensiblen und mehrsprachigem Unterricht zur Gestaltung einer Welt, in der gesellschaftliche Einsprachig-



Noch bis zum 31.05.2022 können interessierte Lehrkräfte ihre Schulklassen unter <https://www.theblueplanetproject.de/event> anmelden. Nähere Informationen zu Konzept und Durchführung befinden sich auf der Webseite.

keit immer mehr zur Ausnahme wird, die Erstsprachen der Lernenden aber als produktive Ressource geschärft werden müssen. Deshalb sollen die Materialien zum Artenschutz auch zum Fremdsprachenlernen ermuntern – und das gilt besonders für Englisch als globaler *Lingua Franca* des 21. Jahrhunderts. Insofern will das Projekt neue Standards setzen, um dem sinnvollen europäischen Ziel der Plurilingualität, der Beherrschung von mindestens zwei Fremdsprachen neben der eigenen Erstsprache, Rechnung zu tragen.

So revolutionär die Ideen der S4F, von *The Blue Planet* und vergleichbarer Initiativen sind, so sehr verhindern institutionelle Rahmenbedingungen „einen noch größeren Wurf“: In einem stark bürokratisierten System der „Bewertungsschule“ mit Vergleichbarkeit statt Individualisierung als zentralem Paradigma sind von unten initiierte Veränderungsprozesse besonders langwierig. Der gewünschte *Whole School Approach* als Teil der Philosophie der S4F und *The Blue Planet* verfolgt deshalb einen holistischen Ansatz mit Nachhaltigkeit als fest verankertem oberstem Bildungsziel. *The Blue Planet* hat dazu einen bundesweiten Online-Projekttag entwickelt. Er soll eine andere Feedback- und Bewertungskultur im Rahmen der progressiven transcurricularen Didaktik erfahrbar machen und zugleich die Qualität nachhaltiger schulischer Bildung verbessern. Die teilnehmenden Klassen erhalten Anregungen für Klausurersatzleistungen, um die Lehrkräfte, die weiterhin als Folge der Corona-Pandemie im Übermaß in Anspruch genommen werden, in ihrem Tagesgeschäft zu entlasten.

Dr. Subin Nijhawan

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Amerika- und Englandstudien der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitet in Kooperation mit der Abteilung Didaktik der Sozialwissenschaften am Projekt *The Blue Planet*. Er unterrichtet Englisch und PoWi in Frankfurt und engagiert sich bei den S4F. Er ist einer der Gruppenleiter des Facharbeitskreises Sozialwissenschaft/Politische Bildung für die Erweiterung des Orientierungsrahmens Globale Entwicklung auf die Gymnasiale Oberstufe im Auftrag von Engagement Global gGmbH.



KISS Klima-Symposium 2022

Das zweite „Klima in der Schule Symposium“ (KISS 2.0) findet am 16. und 17. September 2022 statt. Es soll Lernende, Lehrende und Forschende aus allen Bildungseinrichtungen zusammenbringen. Infos und Anmeldung: <https://schule.scientists4future.org>

Schulen nachhaltig bauen und sanieren

Im Gespräch mit Astrid Eibelshäuser, Stadträtin in Gießen

Astrid Eibelshäuser war viele Jahre Lehrerin, Abteilungsleiterin und zuletzt stellvertretende Schulleiterin an einer Berufsbildenden Schule in Gießen. Seit 2011 ist sie in Gießen als hauptamtliche Stadträtin (SPD) unter anderem für den Bereich Schulen und Hochbau zuständig. Das Interview führte Dieter Staudt, Berufspädagoge, Architekt und langjähriger Vorsitzender der Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen.

Dieter Staudt: Frau Eibelshäuser, auch in Ihrer Zeit als Lehrerin und stellvertretende Schulleiterin hatten Sie mit der Sanierung des Gebäudes Ihrer Schule zu tun. Welche Rolle spielen die Fragen von Ökologie und Nachhaltigkeit?

Astrid Eibelshäuser: Im Rahmen des damaligen Sonderinvestitionsprogramms begann 2010 die bauliche Sanierung des Hauptgebäudes der Schule. Von Anbeginn an war klar, dass allein energetische Maßnahmen an der Fassade, dem Dach oder der Haustechnik nicht genügen. Wir wollten die komplette Umstrukturierung des Gebäudes und neu strukturierte Lernumgebungen, damit die räumlichen Voraussetzungen für zeitgemäßen Unterricht an einer gewerblich-technischen beruflichen Schule geschaffen werden: Zugang zu Technik in allen Phasen des Unterrichts, Aufhebung der traditionellen Vorstellungen von Theorie und Praxis, Raum für selbständiges und selbstorganisiertes Lernen, für das Arbeiten im Team und für berufsfeld- und jahrgangübergreifende Kooperationen.



„Nachhaltigkeit im Schulbau muss soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigen.“

Sie sind jetzt seit zehn Jahren hauptberuflich als Stadträtin in Gießen für den Schulbereich verantwortlich. Welche Rolle spielen ökologische Aspekte und Fragen der Nachhaltigkeit bei Ihren Vorhaben?

Die Planungsprozesse sind von Anbeginn an systematisch, multiperspektivisch und beteiligungsorientiert angelegt. Das ist eine zentrale Voraussetzung für nachhaltigen Schulbau. Hier ein Beispiel: Für den Neubau eines Werkstattgebäudes an einer gewerblich-technischen Beruflichen Schule haben wir uns mit externer Begleitung schon in der Phase Null mit den rapiden Veränderungen befasst, denen die Berufliche Bildung fachlich, pädagogisch und curricular zukünftig gerecht werden muss. Die Stichworte Digitalisierung und Arbeit 4.0

sind allen geläufig. Unter großer Beteiligung des Kollegiums, von Schülerinnen und Schülern, externen Kooperationspartnern, dualen Partnern und Bildungsträgern entstand ein Raum- und Gebäudekonzept, das Grundlage für einen hochbaulichen Architektenwettbewerb war. Die Ausschreibung für den Wettbewerb berücksichtigte drei Dimensionen gleichermaßen: pädagogische und didaktische Anforderungen an die Lernumgebungen, eine Architektur, die städtebaulichen, ästhetischen und funktionalen Aspekten Rechnung trägt, und die Nachhaltigkeit bei Flächenverbrauch, Materialität, Grad der Automatisierung und Energie- und Ressourceneffizienz. Das fachliche Knowhow der Nachhaltigkeits- und Energieberatung war in die Beratungen der Konzeption des Wettbewerbs und in das Preisgericht einbezogen.

Was sind für Sie ganz persönlich die wichtigsten Aspekte von Ökologie und Nachhaltigkeit im Bereich Schulbau?

Nachhaltigkeit im Schulbau muss – angelehnt an die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 – soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigen und auch baulich den Anforderungen an eine gerechte, inklusive und diverse Schule gerecht werden. Die Architektur und die Ausstattung der Gebäude müssen gemeinsames und differenziertes Lernen ermöglichen. Dazu gehören eine hohe Aufenthaltsqualität für den ganzen Tag, ein gesundheitsförderndes Raumklima mit einer sehr hochwertigen Akustik, Barrierefreiheit und eine hohe Ressourceneffizienz beim Bau und im Betrieb im Hinblick auf Flächenversiegelung, Baumaterialien und Energieverbrauch. Ganztägig arbeitende Schulen brauchen mehr Platz und großzügige Lernumgebungen, auch im Außenbereich. Eine effiziente Gebäudetechnik setzt auf raumlufttechnische Anlagen mit Wärmerückgewinnung und sensorgesteuerter Beleuchtung. Aber auch die Digitalisierung erhöht den Stromverbrauch. Im Gegenzug können Dächer in Teilen als Aufenthaltsflächen, für Begrünung, als Retentionsflächen und für Photovoltaikanlagen genutzt werden. Neubauten sollen zukünftig eine klimapositive Wirkung haben, indem etwa durch PV-Anlagen mehr Energie erzeugt als im Betrieb verbraucht wird.

Ökologisches und nachhaltiges Bauen gilt angesichts der klammen Kassen der Kommunen und Schulträger als „zu teuer“. Sind die Konflikte zwischen Kämmerei und Schuldezernat unauf löslich?

Nein, nicht zwangsläufig. Dazu muss man den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes in den Blick nehmen. Die Investitionen für die Errichtung eines Gebäudes müssen mit der Nutzungsdauer und den Kosten für Betrieb, Instandhaltung, Recycling und Entsorgung ins Verhältnis gesetzt werden. Das Problem ist, dass diese ganzheitliche Betrachtung eines Objektes im kommunalen Haushalt nicht abgebildet wird, weil die Systematik von Ergebnis- und Finanzhaushalt dies nicht ermöglicht. Ökologisches und nachhaltiges Bauen erfordert in der Regel zunächst höhere Investitionen bei Planung und Bau. Dies stellt Kommunen vor dem Hintergrund ihres sehr begrenzten Investitionsvermögens und der Maßgaben der

Schuldenbremse vor hohe Herausforderungen und erfordert immer wieder Kompromisse, die zu Lasten eines wirksamen nachhaltigen Bauens gehen können. Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, das Investitionsvermögen der Kommunen, die Verantwortung für Bildungs-, Kultur- und sonstige öffentliche Gebäude tragen, wirksam zu stärken. Wir brauchen geeignete Förderprogramme von Land und Bund, die den Mehraufwand in der Entstehungsphase eines Gebäudes kompensieren. Auch bei der Genehmigung der kommunalen Haushalte muss die Zukunftsrendite, die durch nachhaltiges Bauen entsteht, berücksichtigt werden.

In den siebziger Jahren wurden viele Schulen errichtet, nahezu ausschließlich in energiefressender Betonbauweise. Was hat sich geändert?

Wir sehen aktuell bei vielen Bauvorhaben Holz als Baustoff vor. Das ist ein nachwachsender Baustoff, er bindet CO₂, ist gut recycelbar und braucht weniger Energie bei der Verarbeitung als andere Baustoffe. Allerdings ist für die Ökobilanz entscheidend, woher das Holz kommt, deshalb sollte nur entsprechend zertifiziertes Holz gewählt werden. Außerdem müssen wir in Kreisläufen denken: Cradle to Cradle heißt, schon bei der Planung von Gebäuden an deren Wiederverwertung zu denken, mit einer sortenreinen Demontierbarkeit und Recyclingfähigkeit von Bauprodukten und Bauteilen. Angesichts der Ressourcenknappheit in der Bauwirtschaft wird dem Urban Mining eine wichtige Bedeutung zukommen. In verbundenen Konzepten der Kreislaufwirtschaft ist die Stadt, ist jedes Gebäude am Ende der Nutzungsdauer eine wertvolle Quelle von Baustoffen. Unabhängig vom einzelnen Baustoff müssen hohe baubiologische Standards eingehalten werden, um die Gesundheit aller zu schützen, die sich täglich in den Gebäuden aufhalten. Über die Gefahren von polychlorierten Biphenylen (PCB) und Asbest und die Kosten der Entsorgung dieser Schadstoffe aus unseren Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden muss ich Ihnen nichts sagen...

Die heutige Schulbauarchitektur will neue pädagogische Erkenntnisse zum Lehren und Lernen berücksichtigen. Statt langer Flure mit beiderseits angeordneten normierten und standardisierten Klassenräumen gibt es Cluster und Offene Lernlandschaften. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dieser neuen Architektur und Prinzipien von Ökologie und Nachhaltigkeit?

Auf jeden Fall, der Raum ist der dritte Pädagoge. Eine hohe Aufenthaltsqualität und ein gutes Raumklima können soziale Beziehungen und Lernen positiv beeinflussen. Lehren und Lernen sind immer wieder Veränderungen unterworfen, Bedarfe und Bedürfnisse verändern sich, digitalisierte Lernprozesse werden das Lernen auch in der Schule maßgeblich beeinflussen. Je flexibler die räumlichen Strukturen sind, je besser Lernumgebungen sich verändernden differenzierten Konzepten Rechnung tragen, desto nachhaltiger und zukunftsträchtiger sind sie und desto länger haben sie Bestand. Deshalb braucht es zu Beginn eines Bauvorhabens einen beteiligungsorientierten Planungsprozess, in dem das pädagogische Konzept der Schule im Mittelpunkt steht. Umgekehrt können Investitionen in Schulgebäude wichtiger Motor für Schulentwicklungsprozesse sein und pädagogische Innovationen hervorbringen. Deshalb sollte die sogenannte Planungsphase Null – die Planung an der Schnittstelle zwischen Architektur und Pädagogik – grundsätzlich am Anfang jeder größeren Schulbauinvestition stehen.



Die Theodor-Litt-Schule in Gießen ist eine gewerbliche Berufsschule und Europaschule mit Voll- und Teilzeitschulformen, in der Nachhaltigkeit in Theorie und Praxis groß geschrieben wird. Im Mai 2021 wurde eine Photovoltaikanlage (auf dem Foto im Hintergrund) mit 128 Modulen und einer Gesamtleistung von 43,5 kWp in Betrieb genommen. Den Jugendlichen auf dem Foto dient die Photovoltaikanlage in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung als Lernträger für den fächerübergreifenden Unterricht in Naturwissenschaften/Elektrotechnik und Ethik, Nachhaltigkeit und regenerative Energien. (Foto: Theodor-Litt-Schule)

Sie haben durch Ihre Kontakte und Netzwerke auch überregionale Einblicke: Wie steht es um Ökologie und Nachhaltigkeit im Schulbereich?

Insgesamt hat sicher ein Paradigmenwandel stattgefunden, der sich mehr oder weniger konsequent durchsetzt. Mittlerweile gibt es zahlreiche Best-Practice-Beispiele für ökologischen und nachhaltigen Schulbau in Deutschland. Nachhaltigkeitsaspekte spielen heute an vielen Orten eine wichtige Rolle bei Schulbauplanungen, und energetische Konzepte werden zunehmend regelhaft in die Planungen von Anfang an einbezogen. Klimaschutz und Klimaneutralität sind heute bedeutsame Prämissen auch im Baubereich.

Zum Schluss: Wenn Sie von allen Zwängen und Rahmenbedingungen abstrahieren könnten, wie würden Sie dann eine umfassend ökologisch und nachhaltig ausgerichtete Schule beschreiben?

Eine umfassend ökologisch und nachhaltig ausgerichtete Schule ist Lern- und Lebensort für den ganzen Tag. Es gibt Lernlandschaften, die immer wieder neue Lernarrangements zulassen. Die Gebäude sind offen und hell, mit Tageslicht durchleuchtet. Materialität, Ausstattung und Farbgebung sorgen für ein positives Raumklima. Im Betrieb wird nicht mehr Energie verbraucht als über Energieerzeugung, etwa die Photovoltaik, produziert wird. Nachhaltiges Bauen im Schulbau heißt, Gebäude so zu planen und zu bauen, dass sie gute Bedingungen für zeitgemäßes Lernen und innovativen Unterricht bieten, durch eine werthaltige Architektur den gesellschaftlichen Stellenwert von Bildungseinrichtungen zum Ausdruck bringen und baulich in hohem Maße auf Energie- und Ressourceneffizienz ausgelegt sind. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch durch die Ästhetik und die Qualität von Bildungsbauten zum Ausdruck bringen, welche Wertschätzung Bildung in unserer Gesellschaft erfährt.

Die HLZ bedankt sich für das Interview.



Weiter so trotz aller Krisen?

Die imperiale Lebens- und Produktionsweise prägt unser Leben

Wir leben in einem Zeitalter vielfältiger gesellschaftlicher Krisen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen zeigen: explodierende Mieten, Klimawandel, Artensterben, Flucht und Vertreibung, Pflegenotstand oder Meere aus Plastik. Den meisten von uns sind diese Themen bekannt. Doch trotz sich immer weiter zuspitzender Prognosen des Weltklimarates IPCC zeichnet sich kein grundlegender Wandel ab. Die politische Betriebsamkeit entspricht zumeist einem „Weiter so“: Auf Krisen wird reagiert, doch in der Regel nicht aktiv gestaltend eingegriffen.

Genau darin liegt das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation. Unser aller Alltag ist eingebettet in eine Lebens- und Produktionsweise, die die Politikwissenschaftler *Markus Wissen* und *Ulrich Brand* eine „imperiale Lebens- und Produktionsweise“ nennen. Die imperiale Lebensweise beschreibt ein Wohlstandsmodell der globalen Mittel- und Oberschicht, die auf Kosten anderer lebt und über ihren Konsum und globale Märkte übermäßig auf Arbeit, Ressourcen und ökologische Senken (1) zugreift.

Als imperial wird diese Lebensweise beschrieben, weil sie einen prinzipiell unbegrenzten Zugriff auf Ressourcen, Raum und Arbeitsvermögen an anderen Orten der Welt voraussetzt und diesen politisch und rechtlich absichert.

Die imperiale Lebensweise geht mit einer neokolonialen Ausbeutung von Arbeit und Natur einher: Smartphones werden vorwiegend im asiatischen Raum produziert, zumeist unter miserablen Arbeitsbedingungen und sehr schlecht bezahlt. Die selbstverständliche Nutzung von Smartphones, Tablets oder Laptops geht mit einer erhöhten Nachfrage nach metallischen Rohstoffen wie Zinn, Coltan oder Lithium einher, die primär in Ländern der südlichen Hemisphäre abgebaut werden. Die Folgen sind Umweltverschmutzung und die Zerstörung von Lebensgrundlagen anderer Menschen. Die sozialen und ökologischen Kosten dieser Lebensweise werden räumlich externalisiert oder in die Zukunft verlagert:

- Veraltete, kaputte und weggeworfene Endgeräte werden nach Westafrika verschifft, wo Menschen unter gesundheitsschädlichen Bedingungen versuchen, verwertbare Rohstoffe aus dem Elektroschrott wiederzugewinnen.
- Die Digitalisierung ist keineswegs immateriell oder gar klimaneutral, denn das steigende Datenvolumen verbraucht enorm viel Strom: Wäre das Internet ein Land, hätte es den drittgrößten Stromverbrauch der Erde. Serverfarmen laufen oft mit billigem, vergünstigtem Kohlestrom und tragen damit zum Klimawandel bei, dessen Auswirkungen heute schon vor allem im Globalen Süden auftreten und in Zukunft zunehmen werden.
- Die imperiale Lebensweise ist exklusiv und breitet sich zugleich immer weiter aus: Nur etwa die Hälfte der Weltbevölkerung hat einen Zugang zum Internet. Die Zyklen, in denen alte Smartphones weggeworfen und neue gekauft werden, werden immer kürzer.

Warum trotz sich verschärfender Krisen und Konflikte ein stärkeres Umdenken und Handeln ausbleibt, lässt sich vor allem durch zwei Faktoren erklären:

- Es gibt mächtige multinationale Unternehmen und politische Eliten, die ein Interesse daran haben, globale Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten, um die Kapitalakkumulation in Gang zu halten, Profite nicht zu gefährden, im Standortwettbewerb nicht unter die Räder zu kommen und die imperiale Lebensweise durch die bestehenden politischen und ökonomischen Institutionen abzusichern.
- Doch neben der Produktionsweise ist es auch unser alltägliches Leben mit unseren Gewohnheiten, Werten, Wünschen und Bedürfnissen, das die imperiale Lebensweise am Laufen hält. Die kapitalistische Produktionsweise schreibt sich in den Alltag ein und wird dort normalisiert und naturalisiert und eben nicht mehr hinterfragt. Wir haben oft kaum eine andere Wahl, als an der imperialen Lebensweise teilzuhaben: So ist beispielweise das Smartphone ein wichtiger Zugang zur Welt.

Leben auf Kosten anderer

Die imperiale Lebensweise erfährt viel Zustimmung und ist so stabil, weil sie breit akzeptiert, normal und attraktiv ist. Die Vorstellungen von einem guten, konsumerfüllten Leben sind im Alltagsverständnis, in unseren mentalen Infrastrukturen fest verankert. Ein Leben ohne Smartphone ist für viele undenkbar geworden. Es ist normal und gewöhnlich, über Messenger zu kommunizieren und Sprachnachrichten zu verschicken. Es ist attraktiv, ständig Informationen über Google und Wikipedia nachschlagen zu können, schnell etwas über Amazon zu bestellen oder übers Tablet Netflix zu streamen. Die sozial-ökologischen Voraussetzungen einer solchen Lebensweise bleiben dabei oft unsichtbar: Ich sehe beim Online-Shopping weder die prekären Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Logistikzentren von Amazon noch die Rohstoffkonflikte um den Coltanabbau, nicht die Fabrikarbeiter:innen in China, nicht die Serverfarmen für meine HD-Videos.

Die imperiale Lebensweise funktioniert auf Kosten anderer und ist in politischen Institutionen, materiellen Infrastrukturen und in den Alltagspraktiken und Alltagsvorstellungen fest verankert. Und trotz aller Krisen scheinen Alternativen kaum denkbar. Auch formelle Bildungskontexte wie Schulen und Universitäten tragen zu dieser Absicherung und der Stabilisierung der imperialen Lebensweise bei. Bereits in der Schule werden bestimmte Aspekte unserer Wirklichkeit als alternativlos, zustimmungswürdig oder „normal“ vermittelt. Dazu gehören das Wachstum als persönliches und wirtschaftspolitisches Ziel oder soziale Ungleichheit als Resultat individuellen Fehlverhaltens. Moderne, westliche Bildung orientiert sich an dem Ziel, Menschen auf die Erwerbsarbeit vorzubereiten, und sie geht mit der Logik einher, durch entsprechende Leistung ein gutes Leben im Sinne der imperialen Lebensweise führen zu können.

Die imperiale Lebensweise mutet Menschen sowohl hier und heute als auch andernorts viel und immer mehr zu: Unsicherheiten, Zukunftsängste, Prekarität, Arbeitsbelastung, Stress, Naturkatastrophen. Sie scheint oft alternativlos und

zerstört zugleich schon lange und fortwährend die Lebensgrundlage von Menschen. Die zunehmende Sichtbarkeit von Krisen macht deutlich, dass sich etwas ändern muss und sich auch etwas ändern wird. Die Frage ist, was und wie!

Es gibt verschiedenste Interessen, die Menschen zusammenbringen, um etwas zu verändern. Menschen, die von steigenden Mieten betroffen sind, unter der Verkehrssituation oder unsichtbarer Sorgetätigkeit leiden und so die Auswirkungen der imperialen Lebensweise spüren, politisieren und organisieren sich und zeigen, dass solidarische Alternativen schon heute als konkrete Utopien in den Nischen der imperialen Lebensweise entstehen. Ihre Praktiken sind wichtige Bausteine für sozial-ökologische Transformationsprozesse, weil sie aufzeigen, dass eine andere Art des Zusammenlebens möglich ist. So erweitern sie den Raum des Denk- und Machbaren und helfen, mentale Infrastrukturen zu verändern und solidarisches Handeln im Alltag zu erlernen.

Die sozial-ökologische Transformation

Mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation sind Prozesse umfassenden gesellschaftlichen Wandels gemeint, die die herrschenden Verhältnisse überwinden und auf soziale und ökologisch nachhaltige Gesellschaften abzielen. Die durch Zwang und Zustimmung generierte Hegemonie der imperialen Lebensweise wird brüchig in Krisenzeiten, das Versprechen eines Guten Lebens auf Kosten anderer ist immer weniger glaubhaft. Hierin liegt der Ansatzpunkt für eine sozial-ökologische Transformation, die Normalitätsvorstellungen verändert und mit den Zwängen der imperialen Lebensweise bricht.

Diese Transformation wird nicht konfliktfrei ablaufen, die Advokat:innen der imperialen Lebensweise sind mächtig und laut. Der Wandel fängt im Kleinen an und ist Ergebnis von Kämpfen um politische Spielregeln und kulturelle Deutungen. Die starke Spaltung zwischen ökologischen und sozialen Fragen muss überwunden und die Zusammenhänge zwischen bestehenden Krisen müssen in den Blick genommen werden. Wir brauchen neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen, um den Erhalt und die Entfaltung menschlichen Lebens ins Zentrum gesellschaftlichen Zusammenlebens zu stellen.

Ein Schlüssel ist eine neue Arbeitsteilung, die nicht einer Profitlogik folgt, sondern am Gemeinwohl ausgerichtet ist: Sorgende Tätigkeiten, Pfleger:innen, Erzieher:innen, Lehrer:innen, Putzkräfte, Erntehelfer:innen, Landwirt:innen wären die zentralen Leistungsträger:innen. Sie brauchen attraktive Arbeitsbedingungen, kleine Gruppen, genug Zeit für zwischenmenschliche Interaktion und eine intakte und gut ausgestattete Infrastruktur. In Zeiten von globaler Überproduktion kann die Lohnarbeitszeit kontrolliert verkürzt und neu auf verschiedene Lebensbereiche verteilt werden. Die Soziologin *Frigga Haug* schlägt vor, Arbeitszeit gleichmäßig zwischen Sorgearbeit, politischem Engagement, kulturellem

Schaffen und Erwerbsarbeit zu verteilen. So hätten alle Zeit, sich an sorgenden Tätigkeiten zu beteiligen und sich politisch für die sozial-ökologische Transformation zu engagieren. Manche Berufe würden in einer sorgenden Gesellschaft dagegen an Bedeutung verlieren, weil ihr Nutzen primär darin besteht, Profite zu maximieren, ohne einen gesellschaftlichen Mehrwert zu kreieren. Oder worin besteht der gesellschaftliche Mehrwert von immer schnelleren und größeren Autos für einen kleinen Teil der Weltbevölkerung?

Gerade angesichts der Klimakrise müssen wir uns fragen, welche Betriebe und Branchen wir brauchen und wie zukunftsunfähige Konzerne ihre Produktion sozial gerecht wandeln können. Dabei müssen die Beschäftigten die Möglichkeit bekommen, an der Neuausrichtung der Unternehmen mitzuwirken. Was wäre, wenn ein gutes Leben für alle und nicht der Profit für wenige unsere politischen Entscheidungen leiten würde? Wir wissen es nicht, aber vielleicht wäre dann für alle gesorgt. Langfristige gesellschaftliche, nicht individualisierte, sozial-ökologisch nachhaltige Strukturen aufzubauen, gilt es in den Parlamenten und auf den Straßen zu erstreiten.

Nilda Inkeremann

Nilda Inkeremann arbeitet an der Universität Kassel und promoviert zum Thema sozial-ökologische Transformation und Bildung. Sie ist Teil des Kollektivs „Imperiale Lebensweise und Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert“ (I.L.A.) und Mitbegründerin des Netzwerks Mind Behaviour Gap (www.mindbehaviourgap.de).

(1) Wälder, Ozeane und Polargebiete sind natürliche Senken, die unter entsprechenden klimatischen Bedingungen große Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid aufnehmen und so dessen Anteil in der Atmosphäre verringern können.

Zum Weiterlesen

Die Veröffentlichungen des I.L.A.-Kollektivs „Imperiale Lebensweise und Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert“ sind unter <https://ilawerkstatt.org> frei zugänglich:

- Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert (2017)
- Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise (2019)



Der Illustratorin Sarah Heuzeroth danken wir für die Genehmigung zum Nachdruck der Zeichnungen auf S.8 und S.21 (www.sarah-heuzeroth.de).



Klimaschutz und Lehrkräftebildung

BNE als Querschnittsthema verankern

Nimmt man Jugendliche und junge Erwachsene als Zielgruppe und eigentliche Nutznießer der Lehrkräftebildung in den Blick, sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auch in der Gesetzgebung ihren Niederschlag finden. Unübersehbar haben Jugendliche hinsichtlich Klimaschutz und Nachhaltigkeit inzwischen ein deutliches Problembewusstsein. *Fridays for Future*, die Protestbewegung, die 2018 mit dem globalen Klimastreikaufruf von *Greta Thunberg* ihren Anfang nahm, ist in Deutschland besonders aktiv. Aktuelle Studien zeigen, dass die Altersgruppe der 14- bis 19-Jährigen dort mit 51,5 Prozent am stärksten vertreten ist. 90 Prozent der Befragten bezeichnen Klimaschutz als eines der „wichtigsten Probleme, denen sich unser Land gegenüber sieht“, und fast alle (96%) finden, dass jede und jeder Einzelne Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen muss (1). Jugendliche wollen der Politik Druck machen, klimapolitische Versprechen endlich einzulösen!

Handeln statt Reden!

Das Interesse junger Leute am Klimaschutz schlägt sich auch im Wahlverhalten nieder. 23% der deutschen Erstwähler:innen zwischen 18 und 23 Jahren haben bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen gewählt, die im Wahlkampf das Thema Klimaschutz zum Hauptthema gemacht haben. Es ist allerdings bezeichnend, dass ebenso viele die FDP wählten, die sich für das Thema Digitalisierung stark machte. „Handeln statt Reden“ steht aktuellen Umfragen zufolge an erster Stelle der Forderungen der Jugendlichen an die Politik, es folgen die Forderungen nach Gesetzen für Nachhaltigkeit und mehr

Anreize für nachhaltiges Verhalten. Wenn sie selbst politische Entscheidungen für den Klimaschutz treffen könnten, würden sie den öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten, Plastik reduzieren, die Recyclingfähigkeit von Verpackungen zur Pflicht machen, erneuerbare Energien und klimafreundliche Investitionen in die Industrie fördern, durch gesetzliche Auflagen gegen die Missachtung von Klimavorgaben vorgehen und vor allem Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schule und Unterricht stärken. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass *Fridays for Future* inzwischen auch zu Friedensdemonstrationen aufruft: Das Diskussionsbedürfnis der Jugendlichen geht also über das Thema Klimaschutz hinaus.

Politische Vorarbeit hat dafür gesorgt, dass BNE in jüngerer Zeit ins Bewusstsein der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerückt ist. Schon 2016 haben die Vereinten Nationen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannte Agenda 2030, mit einer Laufzeit von 15 Jahren verabschiedet, darunter als Ziel 13 auch Maßnahmen für den Klimaschutz (HLZ S. 14 f.). Unter Bildung für nachhaltige Entwicklung wird in diesem Zusammenhang die Befähigung der Individuen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln verstanden. Sie soll es allen Menschen ermöglichen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle, nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Ziel 13 der UN-Ziele schlägt sich auf Bundes- und Länderebene in Nachhaltigkeitsstrategien und in der Gesetzgebung nieder, z. B. in der Änderung des bundesdeutschen Klimaschutzgesetzes.

BNE: Beispiele guter Praxis

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat 2016 gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den fächerübergreifenden Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung veröffentlicht (Download: <https://bit.ly/3K4mwmg>). Kapitel 6 thematisiert die Verankerung des Lernbereichs Globale Entwicklung in der Lehrkräftebildung und die Implementierung des Themas Nachhaltigkeit als interdisziplinäres Lehrangebot im Lehramtsstudium. Als Beispiele guter Praxis wurden 2016 das fächerübergreifende Leuphana-Semester der Universität Lüneburg, die Studierendeninitiative „Greening the University“ der Universität Tübingen und der ebenfalls von Studierenden initiierte „Konsumkritische Stadtrundgang“ der Universität Kassel genannt.

Auch die Hessische Lehrkräfteakademie propagiert BNE als Aufgabe der Schule und der Lehrkräftebildung, nimmt die Empfehlungen der KMK zur Implementierung von BNE bisher aber vorwiegend durch Fachtage an den Staatlichen Schulämtern, Fortbildungen zur Klimabildung, pädagogische Tage an Schulen und die Implementierung von BNE in die Schulcurricula wahr. In der Novelle zum Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG), die Anfang Juli 2021 vorgelegt wur-

Students for Future: Public Climate School 2022

Vom 16. bis 20. Mai 2022 findet die nächste Aktionswoche der Public Climate School statt, die von den Students for Future konzipiert und organisiert wird. Auch Schulen, die sich nicht rechtzeitig angemeldet haben, können an den Live-Stunden, die über YouTube ausgestrahlt werden, an Workshops und Lesungen teilnehmen. Der vorläufige Stundenplan bietet einen ersten Überblick über die Einheiten. Die Materialien zur Vor- und Nachbereitung und alle Infos findet man unter <https://publicclimateschool.de/schulprogramm>.

Stundenplan 16. bis 20. Mai 2022					
ZEIT	MO	DI	MI	DO	FR
TAGES-THEMA	UNSERE UMWELT	UNSERE WIRTSCHAFT	UNSERE MOBILITÄT	UNSERE ENERGIE	UNSERE POLITIK
8:30-8:50 UHR	KLIMA-BASICS	KREISLAUF-WIRTSCHAFT	MOBILITÄTS-WENDE	KLIMANEUTRALE ENERGIEVERBUNDUNG	KLIMA-GERECHTIGKEIT
AB 9:10 UHR WIEDER IN FREIZEIT	Q&A	Q&A	Q&A	Q&A	Q&A
10:00-10:20 UHR	CO ₂ -SENKEN	POSTWACHSTUMS-ÖKONOMIE	E-MOBILITÄT	KLIMA & INTERNET	KLIMA-EDUKATION
AB 10:40 UHR WIEDER IN FREIZEIT	Q&A	Q&A	Q&A	Q&A	Q&A
11:30-11:50 UHR	BIODIVERSITÄT	NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT	NACHHALTIGE STADTPLANUNG	KLIMANEUTRAL WOHNEN	UTOPIEN
AB 12:10 UHR WIEDER IN FREIZEIT	Q&A	Q&A	Q&A	Q&A	Q&A
ZUSÄTZLICH	WORKSHOPS, AUSTAUSCH, VERNETZUNG				

de und in den nächsten Wochen verabschiedet werden soll (HLZ S.23), ist von Lernen und Handeln im Rahmen der BNE nur wenig zu lesen.

Die neue Fassung von § 1 HLBG erwähnt die Themen „gesellschaftliche Vielfalt und nachhaltige Entwicklung“, die im „Themenfeld der Entwicklung von Schule und Unterrichtsqualität“ „besondere Beachtung“ finden sollen. Bei den namentlich genannten verbindlichen „Querschnittsthemen“ der Lehrkräftebildung taucht BNE nicht auf. Woran liegt das? Ich behaupte, es liegt daran, dass wir ein verkürztes Verständnis von Allgemeinbildung haben. Im Zuge der Implementierung der nationalen Bildungsstandards in Deutschland hat Jürgen Baumert 2001 ein kompetenzorientiertes Modell der Grundstruktur der Allgemeinbildung mit den „Modi der Weltbegegnung“ vorgestellt (2). Hier wird Allgemeinbildung ausschließlich fachkultur- und fertigungsbezogen anhand sogenannter „Kulturwerkzeuge“ definiert. Baumert unterscheidet den (schulischen) Fächerkanon als kanonisches Orientierungswissen und daneben sogenannte „basale Sprach- und Selbstregulationskompetenzen“. Dazu gehören die Beherrschung der Verkehrssprache, die Mathematisierungskompetenz, die fremdsprachliche Kompetenz, die IT-Kompetenz und die Selbstregulation des Wissenserwerbs.

Die in den nationalen Bildungsstandards und auf Länderebene in den Kerncurricula formulierten Kompetenzen sind aber immer auch inhaltsbezogen definiert, nämlich in der Verzahnung von Inhalten und Fertigkeiten. Dies gilt jedoch nicht für die Metaebene der standardbasierten, fachkulturbezogenen Grundstruktur der Allgemeinbildung nach Baumert, obwohl entsprechende Modelle sehr wohl existieren. Tatsächlich wurde keine zehn Jahre vor dem Modell der „Modi der Weltbegegnung“ ein inhaltsbezogenes Modell der Allgemeinbildung vorgestellt - das der epochaltypischen Schlüsselprobleme mit folgenden Themen (3):

- Krieg und Frieden
- Sinn und Problematik des Nationalitätsprinzips
- Kulturspezifik und Interkulturalität
- Umweltfrage bzw. ökologische Frage
- Wachstum der Weltbevölkerung
- gesellschaftlich produzierte Ungleichheit
- multikulturelle und interkulturelle Erziehung
- neue Informations- und Kommunikationsmedien
- Subjektivität und Anerkennung der jeweils Anderen

Außerdem zählen zum Modell epochaltypischer Schlüsselprobleme überfachliche Einstellungen und Fähigkeiten wie Kritikbereitschaft, Kritikfähigkeit, Fähigkeit zur Selbstkritik, Argumentationsbereitschaft, Empathie und Zusammenhangsdenken. Der Inhaltsbezug dieses Modells der Allgemeinbildung ist interdisziplinär angelegt und ermöglicht eine Bezugnahme auf verschiedene Fachkulturen, auch im fächerübergreifenden Unterricht. Daneben ist eine Bezugnahme auf überfachliche Einstellungen und Fähigkeiten angedacht, aber sie stehen nicht im Mittelpunkt des Modells. Dennoch finden sich letztere inzwischen auch in Kompetenzmodellen zur BNE wieder. Um BNE nach den Empfehlungen der KMK in das HLBG und damit in beide Phasen der Lehrkräftebildung in Hessen zu implementieren, benötigen wir also vor allem einen inhaltlichen Bezug auf die Umweltfrage und BNE als eines von verschiedenen Querschnittsthemen der Allgemeinbildung mit interdisziplinärem Fachbezug.

Währenddessen sehen wir neue Themen - aktuell ist das Thema „Krieg und Frieden“ beherrschend - am Horizont der



Zeichnung: Sarah Heuzeroth (Das gute Leben für alle, HLZ S. 19)

epochaltypischen Relevanz der Querschnittsthemen aufscheinen. Auch sie sollten im interdisziplinären Zusammenhang mit BNE diskutiert werden, z.B. hinsichtlich der Gewinnung alternativer Energien. Querschnittsthemen als Themen der Allgemeinbildung werden im deutschlandweiten Diskurs über die Lehrkräftebildung in allen Phasen vorwiegend im Rahmen der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ thematisiert.

Qualitätsoffensive Lehrerbildung

Mit dem Förderprogramm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“, das insgesamt 500 Millionen Euro bereitstellt, unterstützt der Bund bis zum Jahr 2023 in zwei Phasen Hochschulen in Deutschland, um innovative Konzepte für das Lehramtsstudium zu entwickeln und die Qualität der Lehrkräftebildung langfristig zu verbessern. Unübersehbar liegt der Fokus in Hessen auf den Themen „Digitalisierung“ und „Inklusion“. Wer sich hier für weitere Querschnittsthemen stark macht, wird - auch in den Diskussionen zur Novelisierung des HLBG - regelmäßig mit der Frage der Ausbilderinnen und Ausbilder an den Universitäten und Studienseminaren konfrontiert: „Wie sollen wir alle diese Themen in unserem Ausbildungscurriculum und in den Studiengängen unterbringen?“ Mögliche Lösungsansätze könnten die Perspektiven der Epochaltypik und der Interdisziplinarität bieten, nach denen ausgewählte Themen der Allgemeinbildung je nach aktueller Relevanz in der Lehrkräftebildung thematisiert werden können. Die Jugendlichen stimmen schon jetzt mit den Füßen über die für sie relevanten Themen ab. Allerdings ist für die Verbesserung der Mathematisierungskompetenz oder der Selbstregulation des Wissenserwerbs meines Wissens noch niemand auf die Straße gegangen...

Noch ist Zeit, ein inhaltsbezogenes Verständnis von Allgemeinbildung und damit auch BNE in der hessischen Lehrkräftebildung zu verankern, die Allgemeinbildung wieder verstärkt in der Schulpädagogik zu verorten und sie interdisziplinär in beiden Phasen der Lehrkräftebildung und je nach epochaler Relevanzsetzung thematisch zu fokussieren. Die Diskussion über diese Fragen ist mit der aktuellen Novelle des HLBG nicht beendet.

Andrea Gergen

Andrea Gergen ist Pädagogische Mitarbeiterin am Institut für Schulpädagogik der Philipps-Universität Marburg und leitet mit Christina Nickel das Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand.

- (1) <https://innosued.de/studie-junge-menschenklimawandel>
- (2) J. Baumert (2001). Deutschland im internationalen Bildungsvergleich. URL: <http://www.gaebler.info/pisa/baumert.pdf>
- (3) W. Klafki, W. (1994). Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik. 4. Auflage, Weinheim/Basel: Beltz.

Erfahrungen im Vorbereitungsdienst

Andrea Gergen vom GEW-Referat Aus- und Fortbildung sprach mit einer Lehrkraft im Vorbereitungsdienst (LiV), die an einer kooperativen Gesamtschule das Referendariat für das Lehramt an Gymnasien absolviert, über ihre Erfahrungen und die Konsequenzen für das Lehrkräftebildungsgesetz. Ihr Name ist der Redaktion bekannt.

Du hast das Referendariat in der Coronapandemie absolviert. Jetzt stehst du kurz vor dem Examen. Wie geht es dir heute?

Auch nach der Rückkehr in den Präsenzunterricht habe ich oft herausfordernde Voraussetzungen für das Unterrichten vorgefunden, sei es bezüglich der Ausstattung der Schulen oder unklarer Coronabestimmungen. Ich habe gerade die letzten Unterrichtsbesuche vor dem Zweiten Staatsexamen hinter mich gebracht; jetzt gilt es, sich auf den großen Tag vorzubereiten. Gleichzeitig geht der Unterricht wie gewohnt weiter, mit Klassenarbeiten und Klausuren, Unterrichtsvorbereitung, Elterntagen und Konferenzen, allem, was zum Lehreralltag gehört.

Wie nimmst du den Vorbereitungsdienst im Allgemeinen wahr?

Er ist für mich – wie für viele andere – ein absoluter Stresstest. Die Universität hat mich fachlich gut vorbereitet, in der Praxis wurde ich aber ins kalte Wasser geworfen: Unterricht zielgerichtet planen und durchführen, den verschiedenen Anforderungen der Schülerinnen, Schüler und Eltern, des Studienseminars und des Kollegiums gerecht zu werden, das ist kaum zu schaffen. Es folgt Prüfung auf Prüfung, die Bewertungsmaßstäbe sind trotz der vielen Anforderungspapiere oft schwer zu durchschauen.

Was waren in den vergangenen Monaten die größten Herausforderungen?

Besonders belastend war der Druck durch die Unterrichtsbesuche. Denn die anderen Aufgaben laufen ja weiter: Unterrichtsvorbereitung, Pädagogische Facharbeit, zusätzliche Ausbildungsveranstaltungen an der Schule, Vorträge am Seminar, Fortbildungen und Konferenzen. Dann blieben für die Unterrichtsbesuche oft nur die Nachschichten. Ich hätte da viel mehr Begleitung benötigt, stattdessen Leistungsdruck von der ersten Minute. Bei der Reflexion der Unterrichtsbesuche mit den Ausbilderinnen und Ausbildern habe ich mich wie eine Schülerin gefühlt, die sich rechtfertigen muss. Da war die Reflexion schnell nicht mehr beratend, sondern eine Prüfung, die zusätzlichen Stress befördert hat. Obwohl ich meistens gute Noten bekommen habe, habe ich oft darüber nachgedacht, den Vorbereitungsdienst zu unterbrechen; andere, die mit mir angefangen haben, haben das auch getan.

Wie hast du trotzdem durchgehalten?

Ich habe mir immer wieder vor Augen gehalten, dass es bald vorbei ist. Nur noch drei Prüfungen dieses Semester, nur noch zwei, nur noch eine. Oftmals habe ich geweint und war völlig verzweifelt; gerade wenn etwas nicht geklappt hat, obwohl ich mir viel Mühe gegeben habe. Ich habe mich dann an die positiven Rückmeldungen meiner Schüler erinnert, an die Zeit nach dem Referendariat gedacht und versucht, mich vom Notendruck zu befreien. Geholfen haben mir meine Mentoren

und Mentoren, aber auch viele andere Kollegen, die mich ermutigt, mir bei der Planung geholfen und manchmal auch einfach nur zugehört haben. Auch der Austausch mit den anderen LiV war für mich sehr wichtig, leider war er aber coronabedingt oft nur digital möglich. Die schulnahe Ausbildung war eine gute Sache: Hier konnte man ohne Bewertungsdruck Fragen stellen, auch Probleme ansprechen und einfach in den Austausch kommen. Ich bin sehr froh, dass ich auch privat ein stabiles Umfeld habe, das meine Launen in den letzten 1,5 Jahren ausgehalten hat...

Welche Rolle spielt die Ausstattung der Schule?

Die war leider gar nicht hilfreich. Es gibt zu wenige Beamer, Overheadprojektoren sind oft defekt und die Drucker haben mehr als einmal gestreikt. Smartboards gibt es kaum, auf ein Dienst-iPad habe ich lange gewartet. Die Kompetenzen musste ich mir überwiegend selbst aneignen, obwohl der Bedarf im ganzen Kollegium groß genug war, sodass auch schulinterne Fortbildungsangebote Sinn machen würden. Insgesamt ging vieles zu schnell; ich hätte mir gewünscht, mehr Zeit zum Beobachten, zum Ausprobieren zu haben.

Was müsste sich deiner Meinung nach im Vorbereitungsdienst ändern?

Ich hätte mir eine bessere Vorbereitung durch die Universität gewünscht, damit der Praxisschock nicht so radikal ausfällt. Und die Mentoren müssten mehr Zeit für den Austausch haben. Bei einer vollen Stelle, vielen Zusatzverpflichtungen und auch einem Recht auf Freizeit habe ich mich oft schlecht gefühlt, sie mit meinen Anliegen zusätzlich zu „belasten“. Eine halbe Entlastungsstunde ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sicher hätte mir ein längerer unbenoteter Erprobungszeitraum zu Beginn geholfen, das hätte viel Druck rausgenommen. Hilfreich wäre auch eine Supervision für Ausbilder. Und die schulnahen Ausbilder sollte es unbedingt in jedem Studienseminar und in allen Schulformen geben.

Vielen Dank für deinen Bericht und alles, alles Gute für die Prüfung und den weiteren beruflichen Weg.



Lehrkräftebildungsgesetz

Am 1. April diskutierte der Hessische Landtag über die Novellierung des Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes (HLbG), die Abstimmung ist für die Landtagssitzungen im Mai vorgesehen. Die GEW, Universitäten, Verbände und Studierende hatten im Rahmen der Anhörungen aus ihrer Unzufriedenheit mit dem Gesetzentwurf keinen Hehl gemacht. Bessere Ausbildungsbedingungen und eine auskömmliche Zeit für die zu erlernenden Inhalte und Kompetenzen sind ihrer Meinung nach in der Gesetzesänderung nicht angedacht.

In Bezug auf die erste Phase wurde vor allem für die unzureichende Studiendauer für das Grundschullehramt sowie den Haupt- und Realschulbereich kritisiert, die „nur eine mangelhafte fachliche und fachdidaktische Ausbildung“ zulasse, vor allem in den beiden Kurzfächern im Grundschullehramt. Die Forderung der GEW nach einer einheitlichen Studiendauer von zehn Semestern für alle Lehramtsstudiengänge fand im Landtag die Unterstützung von SPD, FDP und Linken.

Auch die zentralen Abschlussarbeiten, die Abschaffung der Zwischenprüfung und die Verschulung des Studiums sind Gegenstand der Stellungnahme der GEW.

Lehrkräfte aus der Ukraine an hessischen Schulen

Das Hessische Kultusministerium (HKM) zählte Anfang April 3.300 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine, die eine Intensivmaßnahme besuchen. Zu erwarten ist, dass diese Zahl in Abhängigkeit von den weiteren Entwicklungen weiter steigen wird. Es kommen aber nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Lehrkräfte. Bundesbildungsministerin *Bettina Stark-Watzinger* hat frühzeitig dazu aufgefordert, ihnen eine Tätigkeit im erlernten Beruf zu ermöglichen. Auch die Europäische Kommission forderte in einer Empfehlung vom 5. April, dass „die Behörden Lehrende und pädagogische Fachkräfte aus dem Kreis der Flüchtlinge und Vertriebenen bestmöglich einsetzen“ sollen. Bei der Anerkennung eines Lehramtsabschlusses, für die in Hessen die Lehrkräfteakademie zuständig ist, handelt es sich allerdings um ein

Problematisch ist auch die Tatsache, dass die fünf hessischen Universitäten in Zukunft individuell über die Ausgestaltung der universitären Praxisphasen und damit über die Aufgaben und die Arbeitszeiten der Praktikumsbetreuerinnen und Praktikumsbetreuer an den Schulen verfügen können, die für ihre Tätigkeit keine Stundenentlastung erhalten. Faktisch muss das hessische Praxissemester laut Gesetzesnovelle zum HLbG nicht mehr von universitären Ausbildungsbeauftragten begleitet werden. Dies sollte nach Meinung der GEW im Gesetzentwurf zum HLbG unbedingt geändert werden.

Für die zweite Phase kritisiert die GEW den Erhalt der modularen „Häppchenstruktur“, den überbordenden Anteil an allgemeinpädagogischen Anteilen und den fehlenden Fachbezug einzelner Module. Für das Lehramt an Grundschulen kommt hinzu, dass die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst künftig in drei Fächern den Prüfungstag zu absolvieren haben, zwei Fächer mit realen Prüfungsstunden und ein Fach auf Grundlage einer ausführlichen Unterrichtsplanung.

- Die Stellungnahmen im Wortlaut: www.gew-hessen.de > Bildung > Aus- und Fortbildung

aufwändiges Verfahren. Dies nicht zuletzt, weil Deutschkenntnisse auf C2-Niveau nachgewiesen werden müssen. Die Ukraine war bereits in den vergangenen Jahren eines der wichtigsten Herkunftsländer. Das HKM gibt an, dass es im April Rückmeldung von 170 kurzfristig interessierten ukrainischen Lehrkräften hatte, von denen 100 über Deutschkenntnisse verfügen. Mit deren Hilfe soll ein Zusatzangebot in ukrainischer Sprache in Verantwortung des Landes aufgebaut werden. Ein solches Brückenangebot, das den Anschluss an das ukrainische Bildungssystem vorerst herstellt, ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings kann es nicht dauerhaft den Zugang zum Beruf durch eine Anerkennung des Abschlusses ersetzen. Die GEW wird sich daher auch für langfristige Perspektiven einsetzen.

Roman George



1.100 neue LiV in Hessen

Am 2. Mai haben in Hessen rund 1.100 junge Kolleginnen und Kollegen mit dem Referendariat begonnen. Nach den Einführungsveranstaltungen an den Studienseminaren werden sie in diesen Tagen in den Schulen ankommen, erste Kontakte knüpfen, hospitieren und sich auf die Suche nach einem Mentor oder einer Mentorin machen. Viele Leserinnen und Leser der HLZ können sich noch gut an diese Zeit erinnern und werden dazu beitragen, den Einstieg zu erleichtern. Dabei kann der Hinweis auf die GEW-Broschüre „LiV Spektrum“ helfen, die allen Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) mit allen wichtigen Infos auf über 150 Seiten ein treuer Begleiter ist.

Aufgrund der anstehenden Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) hat sich die GEW entschieden, für diesen Einstellungstermin auf eine gedruckte Version zu verzichten. Der Download erfolgt über den QR-Code auf dieser Seite oder unter www.gew-hessen.de/veroeffentlichungen/zeitschriften/liv-spektrum.

GEW-Mitglieder in den Schulen werden die neuen Kolleginnen und Kollegen auch auf die Vorteile einer Mitgliedschaft in der GEW hinweisen. Über die Werbepremien informieren wir in dieser HLZ auf Seite 39. Der Mitgliedsantrag kann auch online ausgefüllt werden: <https://www.gew.de/mitglied-werden>



Petition: Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften retten!

Die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen bedroht insbesondere die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften und die entsprechenden Lehramtsstudiengänge. Über konkrete Sparmaßnahmen an der Justus-Liebig-Universität Gießen berichteten wir in der HLZ 4/2022 (S.6). Dagegen richtet sich jetzt eine Petition an den Landtag, die man auf der Plattform OpenPetition oder unter dem Kurzlink <https://bit.ly/3x19ORD> unterschreiben kann.

Die GEW Hessen schließt sich den Forderungen der Petition an, insbesondere nach einem „Sofortprogramm zur Ausfinanzierung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften an hessischen Hochschulen“.

„BAföG-Reform reicht nicht aus!“

Die vom Bundeskabinett beschlossene Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) reicht nach Auffassung des DGB Hessen-Thüringen nicht aus. Die stellvertretende DGB-Betriebsvorsitzende *Renate Sternatz* wies darauf hin, dass die geplante Anhebung des BAföG-Höchstsatzes um fünf Prozent schon jetzt durch die Preissteigerungen wieder eingeholt wird. Auch die Erhöhung der Wohnpauschale von 325 Euro auf 360 Euro reiche aufgrund der steigenden Mieten nicht aus. Im Jahr 2020 haben in Hessen nur noch 36.771 Studierende BAföG bekommen, 2012 waren es noch 49.180.

Besorgnis an der Goethe-Uni

Mit Unverständnis reagierten die Betriebsgruppen von GEW und ver.di an der Goethe-Universität Frankfurt auf den unterschiedlichen Umgang mit den Corona-Regeln an den hessischen Hochschulen zu Beginn des Sommersemesters, das landesweit wieder in Präsenz durchgeführt werden soll. An der Goethe-Universität soll die Maskenpflicht nur noch für die Beschäftigten gelten, Gästen und Studierenden werde das Tragen von Masken lediglich empfohlen. Angesichts der weiterhin hohen Infektionszahlen fordert die GEW Hessen eine landesweite Vorgabe. Die Universitäten in Darmstadt, Gießen, Kassel und Marburg setzen die Maskenpflicht für alle im Rahmen des Hausrechts um.

Lehrverpflichtung an Hochschulen

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Beschäftigte auf Professuren oder als Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hessens Hochschulen unterrichten je nach Status vier, acht, zwölf oder bis maximal 24 Stunden pro Woche. Was sich aus der Perspektive von Lehrkräften an Schulen als paradigmatische Realisierung gewerkschaftlicher Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung anhört, das ist für die Beschäftigten an Hochschulen ein Arbeitsalltag am Rande der Überlastung. Denn zu der real benötigten Arbeitszeit für eine Lehrveranstaltungsstunde kommen zusätzliche Aufgaben für Beschäftigte in der Forschung und vor allem auch in der Verwaltung. Alle Beschäftigten – vom Mitarbeiter bis zur Professur – spüren seit Jahren die Zunahme administrativer Aufgaben, wie verschiedene Studien von Hochschulforschungsinstituten belegen. Die derzeit gültige Hessische Lehrverpflichtungsverordnung in der Fassung von 2013 wird den Anforderungen von guter Qualität von Lehre, Studium und guten Arbeitsbedingungen insbesondere an den hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) nicht gerecht. Das Lehrdeputat der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Universitäten und HAW von 18 bzw. 24 Semesterwochenstunden (SWS) und HAW-Professor:innen von 18 SWS kann in der vorgegebenen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden für Tarifbeschäftigte bzw. 41 Stunden für Beamtinnen und Beamte nicht bewältigt werden. Belastet sind nicht nur Lehrende mit hohen Deputaten, sondern auch Lehrende, bei denen – trotz niedrigeren Lehrdeputats – aufgrund schlechter Betreuungsrelationen der Aufwand für die Lehre über die Wochenarbeitszeit hinaus geht. Alle zusätzlichen Arbeiten werden nur völlig unzureichend berücksichtigt. Dazu gehören Vor- und Nachbereitungszeiten, Sprechstunden mit Studierenden, die Betreuung von Hausarbeiten, Praktika, Praxissemestern, Abschlussarbeiten und Promotionen, der Zeitaufwand für die Abnahme von Studien- und Prüfungsleistungen und die Verwaltungsaufgaben zur Betreuung von Lernplattformen und Lehrplanung und zur Koordinierung und Akkreditierung von Studiengängen.

Auch die eigene Weiterbildung, die Weiterentwicklung der Lehrkonzepte und die Beteiligung an der Hochschulentwicklung kosten Zeit.

Die HLZ hat ausführlich über die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) berichtet, das jetzt mit den Hochschullektor:innen eine neue Personalkategorie eingeführt hat. Damit wird die Überarbeitung der Lehrverpflichtungsverordnung durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWuK) zwingend notwendig. Angesichts dieser Novellierung fordert die GEW Hessen eine grundsätzliche Reduzierung der Lehrverpflichtung für gute Lehre und bessere Arbeitsbedingungen insbesondere für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an hessischen Hochschulen und Professor:innen an den HAW. Außerdem fordert die GEW Hessen die Gleichstellung von Lehrenden an Universitäten, HAW und Kunst- und Musikhochschulen sowie die Anrechnung von weiteren Dienstpflichten auf das Lehrdeputat unabhängig von Stellenkategorie und Hochschultyp.

Erstmalig hat sich die GEW Hessen im HAW-Netzwerk mit dem Hochschullehrerbund Hessen (hlb) in diesem Anliegen zusammengesetzt. Diese Koalition für eine Reduzierung der Lehrverpflichtung als „historisch“ zu bezeichnen, ist vielleicht etwas übertrieben, aber angesichts der Differenzen der Verbände in anderen Fragen ist sie mindestens „bemerkenswert“. Doch das gemeinsame Ziel einer Reduzierung der Lehrverpflichtung wiegt schwerer als Unterschiede im Detail. Angesichts der ablehnenden Signale aus der Landespolitik wird das Bündnis mit den Beschäftigten an den Hochschulen noch mehr Druck entfalten müssen, damit es wenigstens zur Reduzierung der Lehrverpflichtung um eine Stunde kommt.

Tobias Cepok

Tobias Cepok ist Referent der GEW Hessen für Hochschulen und Jugendbildung.

- Das Positionspapier des hlb Hessen findet man unter <https://www.hlb-hessen.de/politik-und-medien/stellungnahmen>.
- Das Positionspapier der GEW Hessen findet man unter www.gew-hessen.de > Bildung > Hochschule und Forschung > Runter mit dem Lehrdeputat.

Besoldung der Grundschullehrkräfte: Auf Dauer abgehängt?

Am 23. März veranstaltete die GEW Hessen eine Podiumsdiskussion mit den bildungs- und grundschulpolitischen Sprecherinnen und Sprechern von CDU, FDP, SPD und Linke und mit *Thilo Hartmann*, dem Landesvorsitzenden der GEW. Die Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen musste krankheitsbedingt kurzfristig absagen. Aufgrund der pandemischen Lage wurde die Veranstaltung für rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer per Livestream übertragen.

Kai Eicker-Wolf, finanzpolitischer Referent der GEW Hessen, stellte noch einmal die Zahlen zur Besoldung der Grundschullehrkräfte im Bundesvergleich dar (HLZ 3/2022). Danach liegt Hessen beim Lebenseinkommen an drittletzter Stelle, unter Berücksichti-

gung der höheren Pflichtstundenzahl an vorletzter. *Thorsten Wolf*, Landtagsabgeordneter der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, berichtete über den Weg zu A13/E13 in Thüringen (siehe unten). *Julia Langhammer* vom DGB Hessen-Thüringen moderierte die lebhafteste Diskussion mit den im Chat gestellten Fragen.

Deutlich für die GEW-Forderung „A13 auch für Grundschullehrkräfte“ positionierten sich *Nina Heidt-Sommer* (SPD) und *Lise Kula* (Die Linke). Sie kündigten an, dies bei einer Regierungsbeteiligung zügig umzusetzen. *Moritz Promny* (FDP) äußerte Verständnis für die Forderung, machte jedoch eine Erhöhung der Studiendauer zur Bedingung. Zuschauer:innen mach-

ten ihn darauf aufmerksam, dass die gleiche Studiendauer für das Lehramt an Haupt- und Realschulen zu einer A-13-Besoldung führt. Die meisten Nachfragen richteten sich an *Dr. Horst Falk*, den neuen bildungspolitischen Sprecher der CDU. Er vertrat die Ansicht, Wertschätzung schlage sich nicht nur in Geld nieder und die Belastung der Grundschullehrkräfte sei nicht in allen Bereichen der anderer Lehrkräfte gleichzustellen. Er stellte die Prüfung einer Zulage nach niedersächsischem Beispiel in Aussicht.

Thilo Hartmann kündigte an, dass sich die GEW weiter mit vielen Aktionen lautstark für eine gleiche Eingangsbesoldung für alle Lehrämter einsetzen wird.

IM WORTLAUT Thorsten Wolf: „Vorbild Thüringen“

Aus Thüringen war Thorsten Wolf zu Gast, ehemaliger Vorsitzender der GEW Thüringen und bildungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Landtag. Er bedankte sich zunächst „für die Untätigkeit der schwarz-grünen Regierungskoalition in Hessen“, die Thüringen „im bundesweiten Kampf um die besten Lehrkräfte jetzt einen erheblichen Vorteil verschafft hat, weil Hessen wie andere Länder deutlich schlechter zahlt.“



„Leider bilden wir in Thüringen insgesamt zu wenig Lehrkräfte aus. Derzeit werden in Thüringen 1.000 bis 1.200 Lehrkräfte pro Jahr eingestellt, 80 bis 90 Prozent sind grundständig ausgebildet, die anderen sind Quereinsteiger. Nur 50 bis 60 Prozent sind in Thüringen ausgebildet, 40 bis 50 Prozent kommen aus anderen Bundesländern.“

Mit echten Ganztagschulen, Doppelbesetzungen und A13 im Grundschulbereich ist Thüringen ein attraktiver Dienstherren. Seit 2014 ist Rot-Rot-Grün die folgenden Schritte zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs gegangen:

- In zwei Schritten wurden von 2017 bis 2019 alle Lehrkräfte an Regelschulen, die zum Haupt- und Realschulabschluss führen, in die A13 gehoben.

- Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen 2021 konnte die Minderheitskoalition aus LINKE, SPD und Grünen mit der CDU einen Kompromiss schließen. Dabei konnte sich die CDU mit ihrer Forderung nach Zulagen für Mangelfächer und ländliche Räume für alle Lehrkräfte durchsetzen. Entsprechend einer Forderung der Fraktion DIE Linke wurden zum 1.8.2021 alle Lehrkräfte im Primarbereich in die A13 gehoben. Alle Schulleitungen und Seminarleitungen an den Studienseminaren erhalten mindestens A14. Dies betrifft alle Beschäftigten, nicht nur die Neueingestellten.

- Derzeit berät der Landtag über einen weiteren Antrag von Rot-Rot-Grün, der auch den Primarschullehrkräften der Schulen in freier Trägerschaft die E13 in

der Finanzausstattung der Träger zukommen lässt. Gute Bildung und gerechte Bezahlung muss trägerunabhängig sein, so unsere Überzeugung.

Alle diese Maßnahmen bewegen sich in einem Gesamtvolumen von rund 60 Millionen Euro im Jahr. Sie verfolgen das Ziel, allen Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, wohlwissend, dass der Konkurrenzkampf um die besten Lehrkräfte auch an deren Bezahlung gekoppelt ist. In Thüringen haben wir darüber einen breiten demokratischen Konsens, nur die faschistische AfD hat dagegen gestimmt. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen in Hessen viel Erfolg in diesem Kampf, der nur mit einer starken GEWerschaft gewonnen werden kann!“



Auf ihrer A13-Tour durch Hessen war die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Heike Ackermann am 4. April in Fulda.



Alte Probleme – neue Lösungen?

BÜA 2.0: Erfahrungen nach dem ersten Halbjahr

Im Rahmen des Titelthemas „Berufsausbildung“ informierte die HLZ 4/2022 auch über den Stand des Modellversuchs „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung“ (BÜA), mit dem das Übergangssystem neu geregelt werden soll. Carsten Leimbach stellte die Bedingungen der neuen Phase des Modellversuchs (BÜA 2.0) vor und zog eine erste Zwischenbilanz. Insbesondere sei der Anteil der Jugendlichen, die nach BÜA eine duale Berufsausbil-

dung beginnen, mit unter 25 Prozent hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Friedrich Geisslinger beschrieb ein „BÜA-Kreativprojekt“, das Kollegen der Oskar-von-Miller-Schule in Kassel entwickelt haben, um die Jugendlichen so zu fördern, dass sie im zweiten BÜA-Jahr einen Realschulabschluss erreichen können. Dan Löwenbein ergänzt diese Ausführungen mit einem Erfahrungsbereicht aus dem Berufsschulzentrum Wiesbaden.

Seit einem Schulhalbjahr läuft der Schulversuch BÜA im Berufsschulzentrum Wiesbaden und ein erstes Fazit könnte so lauten: Der Start war etwas holprig, die gewünschte Flughöhe ist wohl auch noch nicht erreicht, aber alle schlagen kräftig mit den Flügeln. Aber schauen wir uns das Ganze auf der Grundlage einzelner Beobachtungen etwas genauer an.

Holpriger Start

Schulübergreifende Kommunikation zwischen den Lehrkräften ist mangels einheitlicher oder nicht datenschutzkonformer IT-Systeme schwierig, zum Beispiel was Fehlzeiten angeht. So war es den Schülerinnen und Schülern überlassen, eine Karte mit ihrer Anwesenheit von Lehrkraft zu Lehrkraft mitzuführen. Dies hat keineswegs funktioniert, wie leider zu erwarten war. So ergab sich eine „Notkommunikation“ per Email, was einen stark erhöhten Arbeitsaufwand bedeutete.

Gewerkschaften helfen

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den russischen Einmarsch in die Ukraine. Die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung gilt den Menschen in der Ukraine und denen in Russland, die sich kritisch zur Politik ihres Präsidenten äußern und gegen den Krieg stellen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen zu Spenden auf, damit den vor Krieg und politischer Repression Geflüchteten geholfen werden kann. Der Verein „Gewerkschaften helfen“ hat ein Spendenkonto eingerichtet:

Gewerkschaften helfen e.V., Nord LB
Stichwort: Ukraine-Hilfe
IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90
BIC: NOLADE2HXXX

Die Sozialpädagogischen Kräfte, die das Konzept von BÜA verbindlich vorsieht, konnten noch nicht gefunden werden, offensichtlich – so mein Wissensstand – sind die Stellen noch nicht einmal ausgeschrieben (!). Also müssen die Kolleginnen und Kollegen der Schulsozialarbeit einspringen und die Betreuung der BÜA-Klassen mit übernehmen – obwohl das ausdrücklich nicht zu ihren Aufgaben gehört.

Diese Beispiele zeigen ein leider sehr bekanntes Schema: Vor Beginn eines Schulversuchs gibt es Vorüberlegungen hinter den Kulissen, Konzepte und Zusagen, danach müssen alle Probleme bitte „vorübergehend“ durch „Behelfslösungen“ von den Akteurinnen und Akteuren vor Ort „aufgefangen werden“.

Erst wenn die Probleme offenkundig werden, beginnt eine zaghafte Bottom-up-Kommunikation: Die beteiligten Kolleginnen und Kollegen weisen auf oft altbekannte Lösungen hin und sitzen – wesentlich länger als geplant – in Konferenzen, um neue Lösungsansätze gemeinschaftlich zu besprechen, zu sammeln und zusammenzufassen. Dies alles sind in großem Maße absehbare Herausforderungen, denen sich bei adäquater Vorbereitung alle Kolleginnen und Kollegen stellen. Ermüdend sind jedoch vermeidbare Zwischenlösungen.

Noten oder Kompetenzen?

Parallel dazu kündigen sich weitere Schwierigkeiten an. So ist beispielsweise die konkrete Umsetzung der Abschlussprüfungen (Projektprüfungen) nach Abschluss des ersten (halbjährigen) Fachunterrichts keineswegs klar. „Es liegen noch keine Informationen vor“, heißt es dazu.

Eine Beurteilung der Schülerinnen und Schüler wird mittels eines einheitlichen Kompetenzrasters für jeden

Fachbereich bzw. Fachunterricht vorgenommen. Das ist eine echte Neuerung und sehr zu begrüßen. Der Umgang mit diesem Kompetenzraster brachte jedoch viele Fragen mit sich, die nicht immer sofort beantwortet werden konnten. Den eigenen Unterricht zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen für kompetenzdiagnostisches Vorgehen zu organisieren, stellt eine große Herausforderung dar, auf die kaum jemand vorbereitet war oder wurde. Absurd wird es jedoch, wenn die für die Beurteilung eingereichten Kompetenzniveaus mittels „Zeugnistool“ wohl doch wieder in Noten umgerechnet werden...

Da haben uns die Schülerinnen und Schüler etwas voraus. Sie haben schon lange verstanden, dass es in der Schule um Noten geht. Eine transparentere Beurteilung der eigenen Fähigkeiten mittels Kompetenzraster interessiert sie kaum, denn sie wissen, dass die Betriebe nach „guten Noten“ fragen, wenn sie die Ausbildungsstellen vergeben.

Für viele Betriebe spielen Noten dann keine Rolle mehr, wenn sie die Chance haben, die Jugendlichen bei der Arbeit im Betrieb zu erleben und sich selbst „ein Bild“ zu machen. Genauso wichtig ist es, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, das Feedback aus den Betrieben annehmen und dann auch umsetzen zu können. Ist dieser Prozess möglich, verlieren Noten sofort an Bedeutung, wenn es darum geht, eine Lehrstelle zu bekommen.

Die intendierte berufliche Orientierung entpuppt sich, so wie im ersten Schulversuch zu BÜA, als eine große Herausforderung. Schülerinnen und Schüler können oder dürfen für sie attraktive Tätigkeiten im jeweiligen Berufsfeld oft nicht ausführen. Schnell laufende Maschinen in der Werkstatt oder gefährliche Chemikalien im Labor sind tabu. Allzu komplexe Tätigkeiten müssen durch didaktische Reduktion

zugänglich oder überhaupt erst möglich gemacht werden.

So müssen die Lehrkräfte kreativ werden, um einen Praxisunterricht zu liefern, der einen realen Eindruck vom Berufsfeld vermittelt. Das ist keineswegs einfach, wie das „BÜA-Kreativprojekt“ der Kollegen der Oskar-von-Miller-Schule in Kassel zur Herstellung eines CNC-Stiftplotters in der BÜA-Stufe II im Berufsfeld Metall- und Elektrotechnik zeigt (HLZ 4/2022, S. 15).

Berufsfeld Chemie

Zu den Herausforderungen im Berufsfeld Chemie gehört es, oftmals unsichtbare Prozesse zugänglich zu machen. Die zahllosen Internetvideos, die chemische Reaktionen zeigen, haben das Bild verzerrt, was Chemie ist. Oft schaue ich in enttäuschte Gesichter, wenn ich den Schülerinnen und Schülern erklären muss, dass es genau diese Explosionen sind, die man in der beruflichen Praxis verhindern muss. Dennoch kann Chemieunterricht natürlich Spaß machen, muss er sogar. Die Faszination kommt mit dem Verständnis für Prozesse, die für Außenstehende vielleicht unscheinbar wirken, bei der richtigen Betrachtung aber dennoch für Erstaunen und ein Lächeln sorgen können und gleichzeitig die berufliche Praxis einschließen.

Um diesen Ansprüchen annähernd gerecht zu werden, wird an der Kerschsteinerschule Wiesbaden für den Fachunterricht Chemie ein Messcomputer eingesetzt, dessen Sensoren vielfältige Messwerte von der Leitfähigkeit und den pH-Wert über Temperatur und Druck bis zur CO_2 -Konzentration liefern, die dann live auf eine Internetplattform zur weiteren Auswertung übertragen werden können (<https://labpi.de>). Die an der Universität Jena entwickelte Messstation besteht aus einem preisgünstigen Minicomputer und senkt die Kosten im Vergleich zu üblichen Messgeräten, nicht nur durch seine Vielseitigkeit, sondern auch über den niedrigen Preis. Die Bedienung ist im Vergleich zu anderen Laborgeräten vereinfacht, da das Gerät die Messdaten sowohl erfasst als auch auswertet.

Mithilfe des Labpi und herkömmlicher Analyseverfahren können die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Themas „Wasser“ mitgebrachte Wasserproben untersuchen. So können auch ökologische Aspekte in der chemischen Industrie im Unterricht thematisiert werden.

Weil die Schülerinnen und Schüler der BÜA-Klassen oft nicht das Durch-



Foto:
Dan
Löwenbein

haltevermögen haben und in der Chemie viele Prozesse nicht sichtbar, sondern lediglich messbar ablaufen, ist die schnelle Visualisierung von Ergebnissen wichtig. Deshalb arbeiten wir auch mit iPads, mit denen man auf einfache Weise Stop-Motion-Filme erstellen kann, die eine Wiederholung der Versuchsbeobachtungen ermöglichen. Bei schnellen chemischen Prozessen kann man auf die Zeitlupenaufnahme zurückgreifen, langsame Prozesse können im Film beschleunigt gezeigt werden. Wie wichtig diese Visualisierung für Schülerinnen und Schüler ist, gerade wenn diese dem Medium Text eher abgeneigt gegenüberstehen, habe ich an anderer Stelle dargelegt (1).

Vermittlung in Ausbildung

Ein zentrales Ziel von BÜA ist es, die Schülerinnen und Schüler in Ausbildung zu vermitteln. Das kann nur gelingen, wenn es gute Kontakte zu Praktikumsbetrieben gibt und die Jugendlichen dort gut betreut werden. Die Praktikumsbetriebe wiederum brauchen Praktikantinnen und Praktikanten, die ernsthaft am Praktikum und einer Ausbildung interessiert sind. Doch das ist nur begrenzt der Fall.

Hier ist die Schule gefragt, in Zusammenarbeit mit den Betrieben dafür zu sorgen, dass jeder Schüler und jede Schülerin eine Chance bekommt, Betriebe aber nicht mit Jugendlichen belastet werden, die gar nicht motiviert sind. Das ist eine Achillesferse des Konzepts, wenn Betriebe aufgrund „schlechter Erfahrungen“ aus der Kooperation aussteigen.

Für die Kooperation mit den Praktikumsbetrieben steht pro Schule eine einzige Deputatsstunde zur Verfügung. Offensichtlich ist es von verantwortlicher Seite kaum intendiert, dass die Schulen eine aktive Beziehung zu den Betrieben aufbauen können. Die bisherigen Vermittlungszahlen in Langzeitpraktika oder gar eine Ausbildung lassen auch deshalb zu wünschen übrig. Hier gibt es weit erfolgreichere Beispiele auch aus dem außerschulischen Sektor. Warum nicht von diesen lernen?

Es tut sich was!

Trotzdem: Es tut sich was! Die Kompetenzraster werden gerade auf der Grundlage der Anregungen der Lehrkräfte und mit wissenschaftlicher Begleitung der TU Darmstadt überarbeitet. Eine Befragung der Kolleginnen und Kollegen ist gerade abgeschlossen worden. Es ist gelungen, die Fehlzeiten digital zu erfassen und so eine Kommunikation schulübergreifend zu etablieren. Und auch die vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen im Fachunterricht und in den Profilgruppen werden immer sicherer und erfolgreicher bei der Umsetzung und Gestaltung ihrer Aufgaben. Es bleibt also zu hoffen, dass eine Feedback-Kultur und eine Bottom-up-Kommunikation dazu genutzt werden, BÜA mit Hilfe der Erfahrungen der unterrichtenden Lehrkräfte vom Modellversuch zum Erfolgsmodell werden zu lassen.

Dan Löwenbein

(1) Dan Löwenbein: Bilder im Unterricht. Mit ihnen lehren und lernen. Apple Books 2014.



Religion und Extremismus

Präventions- und Distanzierungsarbeit mit Jugendlichen

Seit dem Erstarken des sogenannten „Islamischen Staates“ („IS“) in Syrien und im Irak 2014 sind viele junge Menschen aus Deutschland in das vom „IS“ kontrollierte Kampfgebiet ausgezogen. Spätestens seit dem Niedergang des „IS“ kehrte ein großer Teil der Ausgewanderten zurück nach Deutschland. Für über 100 Rückkehrer:innen liegen den Sicherheitsbehörden Anhaltspunkte vor, dass sie sich aktiv an Kämpfen beteiligt oder eine Ausbildung dafür abgeschlossen haben könnten. Der Krieg im Nahen Osten sowie der internationale Terrorismus haben auch Auswirkungen auf Deutschland gehabt:

- Es gab von Terrorist:innen durchgeführte Attentate mit zahlreichen Opfern.
- Die Zahl der von Krieg betroffenen Menschen, die nach Deutschland flüchten, um Schutz und Zuflucht zu suchen, ist gestiegen.
- In Teilen der Bevölkerung überwiegt die Angst. Aus der Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls resultieren Verschärfungen in der Sicherheitspolitik sowie im Umgang mit Geflüchteten.

Die Soziale Arbeit muss sich neuen Klient:innen zuwenden, insbesondere

- Geflüchteten,
- Rückkehrer:innen aus Kriegsgebieten, die sich terroristischen Organisationen angeschlossen haben, und
- Jugendlichen, die mit dieser Ideologie oder mit gewaltbereiten, militanten Organisationen sympathisieren oder in Kriegsgebiete ausreisen möchten,

- Angehörigen und Fachkräften, die in ihrem beruflichen Kontext Berührung mit dieser Klientel haben,
- aber auch besorgten Bürger:innen der „Mehrheitsgesellschaft“.

Im Sinne eines professionellen fachlichen Handelns in der sozialpädagogischen Arbeit ist es unerlässlich, sich mit folgenden Punkten zu beschäftigen:

- Theorie- und Hintergrundwissen zur Entstehung der Problematik
- Herausforderungen, Handlungsstrategien sowie Ansatzpunkte für pädagogische Diagnosen und Interventionsmöglichkeiten in der praktischen Arbeit
- Informationen zu Konzepten und methodischen Ansätzen für eine erfolgreiche Resozialisierung der Klient:innen im Handlungsfeld

Beratungsstelle Hessen

In der Distanzierungsarbeit im Handlungsfeld „Religiös begründeter oder mutmaßlich religiös motivierter Extremismus“ kann es immer wieder zu Berührungspunkten mit unterschiedlichen Personengruppen kommen. Dazu gehören beispielsweise Migrant:innen, Geflüchtete, sich als religiös bezeichnende Personen, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen oder mit extremistischen Ideologien. Die Unkenntnis der spezifischen Lebenswelten dieser Gruppen kann zu Vorbehalten, Vorurteilen, Misstrauen und Spaltung führen. Insbesondere kann das unreflektierte Verknüpfen einer dominanten

religiösen Identität bzw. starken Religiosität mit Extremismus oder „Islamismus“ zu Stigmatisierung führen und fatale Folgen haben. Daher ist es wichtig, in der sozialen Praxis bzw. in diesem sensiblen Themenfeld Ereignisse differenziert zu betrachten. Dies kann nur durch Wissen und eine gute Aus- und Weiterbildung in diesem Themenbereich erfolgen.

Die „Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“ von *Violence Prevention Network* hat 2014 ihre Tätigkeit aufgenommen und war bundesweit die erste Beratungsstelle dieser Art. Die Zielgruppe unserer Arbeit sind meistens junge Menschen, die von der Gesellschaft als problematisch angesehen werden, die eine Schiefelage in ihrer Biografie haben und die als gefährdet gelten, sich gewaltorientierten islamistischen Gruppierungen anzuschließen und in diesem Rahmen Straftaten zu begehen.

Angebote und Settings

Um diesen Problemlagen erfolgreich zu begegnen, kommen verschiedene Settings zum Einsatz: Einzelcoachings, Einzelgespräche mit Gefährdeten und Gefangenen, aber auch Gruppensettings, Gruppentrainings und Workshops.

Im Einzelsetting arbeiten wir mit Methoden der Biografiearbeit, beispielsweise mit dem Genogramm, um gemeinsam mit den Klient:innen familiäre Konstellationen und Beziehungsgeflechte zu rekonstruieren, Bruchstellen gemeinsam zu erkennen und darüber schließlich gezielt und dezidiert mit den Klient:innen zu sprechen.

In unseren Gruppensettings geht es darum, gruppenspezifische Prozesse anzuregen und bestimmte Themen, die gemeinsam gewählt werden und die wichtig für die Gruppe sind, zu bearbeiten. Es werden unterschiedliche didaktische Methoden angewendet, um eine Tat zum Beispiel durch Rollenspiele zu vergegenwärtigen, sie im Gruppensetting aufzuarbeiten und dabei Motivationen und Rechtfertigungsmuster zu thematisieren. Ziel ist es, Selbstreflexion und einen Prozess der Mündigkeit anzuregen.

Religiös begründeter Extremismus: lea-Seminar am 6. Juli 2022

Das Seminar „Jugendliche zwischen Religion und Extremismus“ vermittelt Grundlagenwissen zum Islam im Unterschied zu extremistischen Strömungen. Insbesondere die Strömung des Salafismus und dessen Anziehungskraft auf Jugendliche wird näher beleuchtet. Fachkräfte werden in die Lage versetzt, problematische Aussagen zu erkennen und von religiösen Aussagen zu unterscheiden. Dabei wird ein Fokus auf präventive Handlungsoptionen von pädagogischen Fachkräften gelegt. In der Arbeit mit Fallbeispielen soll den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben werden, eigene Perspektiven zu reflektieren und Selbstsicherheit im Umgang mit Jugendlichen, die als radikalierungsgefährdet wahrgenommen werden, zu gewinnen.

- Termin: 6.7.2022, 14 bis 18 Uhr
- Leitung: Violence Prevention Network
- Infos und Anmeldung:

www.lea-bildung.de > Suche D8914

Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Ausstiegsbegleitung, in der Radikalisierte und insbesondere Rückkehrer:innen aus Syrien innerhalb und außerhalb der Haft ein Ausstiegsangebot aus der Szene bzw. Ideologie und das Angebot einer intensiven Betreuung bekommen. Zu unseren Tätigkeiten im Justizbereich gehören die Umsetzung der Gruppenmaßnahme des Anti-Gewalt- und Kompetenz-Trainings®, regelmäßige Gespräche mit dem Vollzugsdienst sowie der kontinuierliche Austausch mit der Bewährungshilfe. Zu den Maßnahmen gehören auch gemeinsame sportliche Aktivitäten mit den Jugendlichen sowie Gespräche mit der Familie und nahestehenden Personen. Die Arbeit mit Rückkehrer:innen erfordert es, ressourcenorientiert zu arbeiten und das gesamte soziale Umfeld miteinzubeziehen. Denn dieses kann als Unterstützungsfaktor dienen, das den Klient:innen in schwierigen Lebenssituationen zur Seite steht und sie stabilisiert.

Vertrauen und Glaubwürdigkeit

In der Zusammenarbeit mit dieser Klientel ist ein wichtiges Prinzip der Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung und die Glaubwürdigkeit des Betreuers oder der Betreuerin. Es ist wichtig, den Jugendlichen wertschätzend zu begegnen und sie dort abzuholen, wo sie stehen. Wichtig sind dabei das aktive Zuhören, ohne zu bewerten, und ein authentisches Interesse gegenüber der Person. Um die Hintergründe und Ursachen der persönlichen Radikalisierungsverläufe zu bearbeiten, ist es notwendig, dass sich die Menschen angenommen und in ihren Fragen ernstgenommen fühlen. Als Konsequenz öffnen sie sich für pädagogische Themen, zum Beispiel der Biografiearbeit oder bildungspolitischen Themen.

Um beim Erstkontakt einen guten Zugang herzustellen, ist sowohl die Persönlichkeit des Betreuenden als auch die Grundhaltung und die Art und Weise, wie man in das Gespräch hineingeht, entscheidend. Es entscheidet sich innerhalb kürzester Zeit, ob er oder sie sich verschließt oder öffnet. Dabei spielen Gestik, Mimik und die einflussreichen Worte eine wichtige Rolle.

In den Gesprächen mit unseren Klient:innen sind wir sehr häufig mit theologischen Fragen konfrontiert. Meistens sind für die Zielgruppe solche Fragen maßgeblicher, wichtiger und bindender als Gesetze eines Recht-

staates oder gesellschaftliche Konventionen. Denn oftmals sind diese Fragen Auslöser für die eigene Lebenskrise und prägen den gesamten Lebensverlauf, der in einem Suizid oder im schlimmsten Fall einem Selbstmordattentat münden kann. So erzählte uns ein Klient, dass er einen „Heiligen Treueschwur“ beim „IS“ abgelegt habe und sich frage, wie er diesen wieder zurücknehmen könne. Er habe Bedenken, aufgrund seines Treuebruchs als Sünder und Verräter zu gelten, und frage sich, ob er „als Muslim überhaupt in einem Kuffarland [einem nicht-muslimischen Land] leben darf“. Bei der etwa dreijährigen Betreuung dieses Falles ging es auch um Männlichkeitsbilder, die Politik im Nahen Osten und Verschwörungstheorien. Auch nach der Haftentlassung haben wir ihn regelmäßig getroffen, bei Behördengängen begleitet oder bei persönlichen Fragen beraten.

Entscheidend ist für uns, eine Synthese von sozialpädagogischer und religiöser Arbeit zu schaffen, um angemessen auf Identitätsprozesse der Klient:innen und ihre Bedarfe reagieren zu können. Uns ist wichtig, was die Jugendlichen denken, warum sie so denken, was sie interessiert, worüber sie reden möchten und worüber nicht, kurz: die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen.

Cuma Ülger und Hakan Çelik

Cuma Ülger (1988), M. A., studierte an der Goethe-Universität Frankfurt Islamwissenschaft, Jüdisch-Christliche Religionswissenschaft und Pädagogik. Er ist ausgebildeter Hochschuldidaktiker und Notfallseelsorger, Imam sowie zertifizierter Antigewalt- und Kompetenz-Trainer (AKT®). Er war Lehrbeauftragter an den Fakultäten für Sozialwesen der Hochschulen Mannheim und RheinMain in Wiesbaden. Ülger ist Projektleiter der Beratungsstelle Hessen und des Verbundprojektes KOGEX Hessen 2.0 von Violence Prevention Network gGmbH in Frankfurt am Main.

Hakan Çelik (1980), B.A., hat ein Studium der Religionswissenschaft mit Hauptfach Islam und Nebenfach Rechtswissenschaft abgeschlossen. Ferner ist er zertifizierter Antigewalt- und Kompetenz-Trainer (AKT®). Er hält Vorträge und gibt Seminare zu islamischen (sozial-)pädagogischen Themen wie Integration und Partizipation, Beratung von Radikalisierten, Gefährdeten und Rückkehrer:innen aus Kriegsgebieten. Çelik lehrte an der Hochschule Mannheim sowie der Hochschule RheinMain im Fachbereich für Sozialwesen. Er ist Projektleiter der Beratungsstelle Hessen von Violence Prevention Network gGmbH in Frankfurt am Main.



Violence Prevention Network

Angebote der Beratungsstelle Hessen

Angebote für Schulklassen

Die Workshops der Beratungsstelle Hessen richten sich an Schülerinnen und Schüler ab dem 9. Jahrgang bzw. ab dem 14. Lebensjahr. Je nach Bedarf kann mit konfessionell heterogenen oder auch homogenen Gruppen (z.B. im Religionsunterricht) gearbeitet werden. Der Zeitumfang umfasst drei oder vier Termine mit jeweils mindestens zwei Zeitstunden, die möglichst zeitnah im Abstand von sechs bis acht Wochen hintereinanderliegen sollten.

Information und Sensibilisierung

Die Informations- und Sensibilisierungsangebote richten sich an pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Moscheegemeinden. Themen sind Interkulturalität, Religiöse Vielfalt, Jugendliche zwischen Religion und Extremismus oder Extremismus mit Auslandsbezug.

Deradikalisierung

Zielgruppen sind Angehörige in der Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus, radikalisierte Jugendliche im Vorfeld von Straffälligkeit sowie Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Kriegsgebieten und ihre Angehörigen, für die eine spezifisch zugeschnittene Maßnahme bereitgestellt wird.

Die Beratungsstelle Hessen hat ihren Sitz in Frankfurt mit Außenstellen in Kassel und Offenbach.

- Hotline: 069-27299997
- E-Mail: hessen@violence-prevention-network.de
- www.beratungsstelle-hessen.de



Eine Aufgabe der GEW

Den Kampf gegen den Antiziganismus unterstützen

Das Bundesministerium des Inneren hat nach der Annahme des Beschlusses „Antiziganismus bekämpfen“ am 22. März 2019 durch den Deutschen Bundestag eine Unabhängige Kommission Antiziganismus (UKA) gebildet und beauftragt, einen Bericht zum Antiziganismus in Deutschland und Empfehlungen für seine Bekämpfung innerhalb von zwei Jahren vorzulegen. Dem ist die Kommission mit der Vorlage des Berichts im Juli 2021 mit dem Titel „Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation.“ in beeindruckender Weise nachgekommen.

Über 600 Seiten umfasst der Bericht in gedruckter Form (1). Er beschäftigt sich mit allen Aspekten des Antiziganismus von der Definition des Begriffs über die lange Vergangenheit von Antiziganismus bis hin zum Völkermord der Nazis und den Folgen für die Minderheit und schließlich der Wirkung auf Sinti:ze und Rom:nja in Deutschland heute. Zu allen in 17 Kapiteln abgehandelten Themen hat die Kommission Handlungsempfehlungen abgegeben. Rund 40 Seiten des Berichtes befassen sich mit dem institutionellen Antiziganismus und Rassismus gegen Sinti:ze und Rom:nja im Bildungssystem. Darauf soll hier genauer eingegangen werden.

Der Bericht der UKA ist längst überfällig und zeigt die vielfältigen Aufgaben auf, die heute für Bildungsinstitutionen in Deutschland bestehen. In den Universitäten ist das Thema Antiziganismus endlich Gegenstand der Forschung und Lehre geworden, wenn auch nur in bescheidenen Ansätzen (2). Auch die GEW hat sich als Bildungsgewerkschaft in den letzten Jahren mit dem Antiziganismus in Deutschland auseinandergesetzt (3). Es ist ihre Aufgabe, sich mit dem Bericht der UKA zu beschäftigen und eine kritische und selbstreflexive Auseinandersetzung mit der Institution Schule im Kontext des Antiziganismus voranzutreiben.

Im März 2019 konstituierte sich die Unabhängige Kommission Antiziganismus in Anwesenheit des damaligen Innenministers Seehofer und des Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma Romani Rose (5. von rechts). Ihren Abschlussbericht legte sie am 13. Juli 2021 vor. Vorsitzende der Kommission war Elizabeta Jonuz, Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Hannover (7. von rechts). Im März 2022 wurde der Rechtsanwalt Mehmet Daimağüler als erster Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland benannt.



Foto: Bertrand, Bundesministerium des Innern

Die Kommission ging auch der Frage nach, warum sich die deutsche Gesellschaft so schwer tut, Alltagsrassismus zu erkennen und zu bekämpfen:

„Die noch nahe Geschichte der systematischen Entrechtung, Verfolgung und Internierung und des Massenmordes an Jüdinnen und Juden sowie Sinti_ze und Rom_nja im Nationalsozialismus erschwert im deutschsprachigen Raum in besonderer Weise, Rassismus in der Gegenwart als alltäglich anzuerkennen.“ (4) Nach dem Ende des Naziregimes gab es zwar einen durch die Alliierten forcierten demokratischen Neuanfang, die Entnazifizierung blieb allerdings oft schon nach kurzer Zeit stecken, auch im deutschen Bildungssystem.

Dennoch wurde den Schulen und ihren Lehrkräften zugeschrieben, dass sie die Verkörperung der neu geschaffenen Demokratie seien. Mit diesem Bewusstsein unterrichteten und unterrichteten Lehrerinnen und Lehrer. Rassistische „Zwischenfälle“ an Schulen wurden demzufolge als Probleme Einzelner hingestellt und als Fremdkörper des Schulsystems angesehen. Gleichzeitig sprechen von Rassismus und Antiziganismus Betroffene selten über ihre negativen Erfahrungen, was wiederum die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Rassismus und Antiziganismus nicht so dringlich zu machen scheint. Antiziganismus zeichnet sich nicht selten gerade dadurch aus, dass er nicht bemerkt wird, Personen und Institutionen nicht bewusst ist, dass sie ihn vertreten und verbreiten. In Bezug auf das Bildungssystem scheint dann auch keine Notwendigkeit zu bestehen, sich im Rahmen des Bildungsauftrages der Schule mit dem Antiziganismus zu beschäftigen, ihn zum Unterrichtsgegenstand zu machen.

Die Handlungsempfehlungen der Kommission

Die Handlungsempfehlungen der UKA können hier nur in Stichworten angeführt werden. Sie zeigen Bereiche auf, in denen der Kampf gegen Antiziganismus von Bedeutung ist und in denen auch GEW-Mitglieder aktiv sind, und wurden auf der Basis der wissenschaftlichen Expertise der Kommissionsmitglieder und der beauftragten Studien erstellt. Hier werden die Handlungsempfehlungen gekürzt vorgestellt, entsprechend der Reihenfolge im Bericht.

Abbau von rassistischen Zugangsbarrieren im Bildungssystem

- Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen für alle Schulformen und in Ausbildungsbetrieben, um Alltagsrassismus sichtbar zu machen und dagegen vorzugehen
- Abbau von Defizitorientierungen im pädagogischen Handeln. Segregierende Formen der Beschulung in Willkommens- und Förderklassen sind zu beenden.
- Einrichtung von Stipendienprogrammen für Schüler:innen, für Auszubildende und Studierende der Sinti:ze und Rom:nja

Perspektivwechsel in Forschung und Lehrer:innenbildung

- Verankerung von antiziganismuskritischen Inhalten in allen Lehramtsstudiengängen
- Thematisierung der Geschichte und Wirkung des Genozids an den Rom:nja und Sinti:ze Europas

- Reflexion des eigenen professionellen Handelns von Lehrer:innen und Ausbilder:innen in Ausbildungsberufen, ebenso von Erzieher:innen in der frühkindlichen Bildung
- Didaktik mit Bewusstsein für antiziganistische Rassismuserfahrungen
- All diese Inhalte und Themen sind in pädagogischen Studiengängen, insbesondere für angehende Lehrer:innen aller Fächer, ausdrücklich zum Thema zu machen, durch regelmäßige Fortbildungen zu begleiten und anzuleiten.

Repräsentation von Sinti:ze und Rom:nja im Bildungssystem

- Zugänge zum Lehrer:innen- und Erzieher:innenberuf für Rom:nja und Sinti:ze schaffen
- Repräsentation und Partizipation von Rom:nja und Sinti:ze in der Bildungspolitik und in Schulleitungspositionen, dazu sind auch Quotenregelungen einzuführen.
- Beteiligung von Selbstorganisationen der Rom:nja und Sinti:ze bei der Entwicklung von Studien- und Fortbildungsprogrammen
- Erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung über antiziganistischen Rassismus im Bildungs- und Ausbildungssektor fördern. In Lehre und Forschung ist darauf zu achten, dass Positionen an Hochschulen und Universitäten bevorzugt mit Personen mit eigenen Antiziganismuserfahrungen besetzt werden.

Handlungsempfehlungen für Lehrpläne und Schulbücher

- Explizite Thematisierung von Alltagsrassismus und Antiziganismus
- Aufklärung über die Geschichte und Wirkung des Völkermords an den europäischen Rom:nja und Sinti:ze
- Thematisierung der fortgesetzten Stigmatisierung nach 1945 und der Denk- und Handlungsmuster, die dazu geführt haben
- Informationen über Selbstbehauptung, Überlebensstrategien und Widerstand von Sinti:ze und Rom:nja im Kontext ihrer Entrechtung, Verfolgung und Ermordung während des Nationalsozialismus
- Benennen von Täterschaften der Verfolgung und der Motive der Täter:innen, insbesondere der Kontinuitäten der rassistischen „Zigeunerforschung“ und deren Folgen
- Vermeidung der Reproduktion von Stereotypen bei der Verwendung von Bild- und Textquellen im Unterricht
- Sichtbarmachen von Rassismus gegen Sinti:ze und Rom:nja in der Gegenwart, insbesondere von institutionalisierten Formen im Bildungsbereich, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie hinsichtlich der Sicherheitsbehörden
- Zugehörigkeit von Sinti:ze und Rom:nja zur deutschen Gesellschaft wie zu den europäischen Gesellschaften, ausgrenzende und fremdmachende Formulierungen sind zu vermeiden.
- Aktivitäten von Rom:nja und Sinti:ze in der Bekämpfung des Antiziganismus ebenso wie über die Geschichte der Bürger:innenrechtsbewegung in Deutschland und Europa sowie über Selbstorganisationen als relevante Interessenvertreter:innen
- Mitwirkung von Vertreter:innen aus Selbstorganisationen der Sinti:ze und Rom:nja an Bildungsplänen und Schulbüchern
- Rezeptionsforschung von Schulbuchinhalten hinsichtlich Antiziganismus/Rassismus gegen Sinti:ze und Rom:nja
- Migration als Normalfall und nicht spezifisch für Sinti:ze und Rom:nja

Bildungsempfehlungen gegen Antiziganismus durch die KMK

Die Verankerung der Thematik des antiziganistischen Rassismus in Bildungsplänen und Schulbüchern sowie der Geschichte und gegenwärtigen Situation von Sinti:ze und Rom:nja in Deutschland und Europa ist sicherzustellen.

Seitens der Bundesregierung, für die der Bericht im Auftrag des Bundestages verfasst wurde, sind hoffentlich einige Initiativen zu erwarten. Allerdings ist die Zuständigkeit im Bildungsbereich komplex: Die Kultusministerien der verschiedenen Länder, die Universitäten, die für die Lehrer:innenbildung beauftragt sind, die Studienseminare, die Staatlichen und Kreisschulämter, die Weiterbildungsanbieter, Schulbuchverlage mit Schulbüchern für unterschiedliche Fächer und Jahrgangsstufen, aber auch die außerschulische Bildungsarbeit sind betroffen. Schließlich sind es die Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher selbst, auf die es im Hinblick auf ihre kritische Selbstreflexion ganz besonders ankommt. Für all diese diversen Bereiche wird deutlich, wie groß die Aufgaben sind, einen Perspektivwechsel herbeizuführen, eine nachholende Gerechtigkeit gegenüber der Minderheit der Sinti:ze und Rom:nja herzustellen und ihnen eine Partizipation in allen Bildungsbereichen zu ermöglichen. Die GEW sollte dazu ihren Beitrag leisten.

Christoph Ortmeier

Der Autor ist ehemaliger Grundschullehrer und Mitglied der Gesellschaft für Antiziganismusforschung

- (1) Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Berlin 2021. Der Bericht steht auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums als Download zur Verfügung bzw. unter dem folgenden Kurzlink: <https://bit.ly/35wRzrC>
- (2) So gibt es eine Arbeitsstelle Antiziganismusprävention an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg im Institut für Gesellschaftswissenschaften, die regelmäßig auf ihrer Homepage pädagogische Materialien zur Verfügung stellt (<https://www.azp-hd.org/paedagogische-materialien>)
- (3) Material zum Antiziganismus findet man auf der GEW-Homepage <https://www.gew.de/migration/materialien-zur-rassismuskritischen-bildungsarbeit>
- (4) Bericht der Unabhängigen Kommission, S. 215

lea-Seminar: Antiziganismus – ein Thema für die Schule

Das nächste lea-Seminar zum Thema Antiziganismus findet am 20. Oktober 2022 von 10 bis 17 Uhr statt. Es wird von *Katharina Rhein* und *Ina Hammel* geleitet, die als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen beim Hessischen Landesverband Deutscher Sinti und Roma arbeiten.

- *Anmeldung und Infos: www.lea-bildung.de > D 9101*

Dokumentation: Der lange Weg der Sinti und Roma

Die hr-Dokumentation „Der lange Weg der Sinti und Roma“ von *Adrian Oeser* schildert in eindringlichen Bildern die Geschichte der Verfolgung der Sinti und Roma in der NS-Zeit, die Fortsetzung der Diskriminierung in Deutschland nach 1945 und den Kampf der Bürgerrechtsbewegung für die Anerkennung des Völkermords. Bis in die 1980er Jahre arbeiteten Landeskriminalämter mit den Akten der Rassenhygieniker aus der Nazizeit weiter, um Sinti und Roma systematisch zu erfassen. Spuren der Verfolgung führen auch nach Frankfurt und Darmstadt. Der Film wurde für die Reihe „Geschichte im Ersten“ gedreht und ist in der ARD-Mediathek verfügbar.

„Den Kindern eine Stimme geben“

Ein Fotobuch von Alea Horst für Kinder und Erwachsene



Im Klett-Kinderbuch-Verlag erschien jetzt ein Buch mit Fotos und Texten von Alea Horst. Das Buch beeindruckt durch großformatige Fotos von Kindern insbesondere aus den Flüchtlingslagern auf der griechischen Insel Lesbos. Ein Hilfseinsatz im Lager Moria im Jahr 2015 öffnete Alea Horst die Augen, so dass ihr ihre bisherige Arbeit als Hochzeitsfotografin zunehmend fremd wurde. „Das hat mein Leben umgekrempelt“, sagt sie in dem folgenden Interview, das wir mit Zustimmung von Klett Kinderbuch in gekürzter Form veröffentlichen. Inzwischen arbeitet sie als Fotografin für verschiedene Hilfsorganisationen oder auf eigene Faust, um die Not der Menschen zu dokumentieren, etwas gegen das Vergessen zu tun oder einfach als eine von vielen Ehrenamtlichen mit anzupacken. Zur Koordination ihrer Arbeit gründete sie 2021 den Verein Alea e.V.

Wenn man deinen Namen googelt, stößt man auf deine ursprüngliche Profession als Hochzeitsfotografin. Das machst du heute nicht mehr?

Ich habe viele Jahre lang Hochzeiten auf Schlössern fotografiert, Dekoration, Torten, Brautkleider aus Spitze und die vielen Emotionen bei den Feiern festgehalten. Gleichzeitig sah ich im Fernsehen Bomben auf Aleppo fallen und Menschen, die an den europäischen Außengrenzen angespült wurden. Ich fand das unerträglich, aber ich wusste nicht, was ich persönlich dagegen tun kann. Irgendwann aber musste ich handeln. Also habe ich auf der Insel Lesbos in Griechenland meinen ersten Hilfseinsatz gemacht. Erst dort habe ich das ganze Ausmaß dieser entsetzlichen Situation begriffen. Das hat mein Leben umgekrempelt. Anschließend habe ich mich bei vielen Hilfsorganisationen beworben und mittlerweile über 20 Länder bereist. Häufig arbeite ich als Fotografin, aber ich packe überall mit an: Lebensmittel verteilen, Altkleider sortieren, Seenotrettung, Reports schreiben, bei der medizinischen Versorgung helfen... Jetzt spreche ich auch auf Demos zu Menschenrechtsthemen und organisiere Ausstellungen. Bald war klar, dass dies alles nicht als Freizeitbeschäftigung zu machen war und ich habe 2021 die Hochzeitsfotografie aufgegeben.

Wie gehst du mit den Gefahren um, denen du dich aussetzt?

Ich war in Syrien, Afghanistan, Äthiopien und Mexiko an Plätzen, wo andere wohl eher nicht freiwillig hingehen würden. Aber ich möchte so viel wie möglich verstehen und weiß, dass viele Menschen am liebsten in ihrem Heimatland bleiben möchten. Wenn ich dort ein Hilfsprojekt unterstützen kann, ist das einfach am nachhaltigsten. Mein Gefühl ist, dass wir, die wir privilegiert sind, den Menschen dort etwas schulden. Natürlich ist es gefährlich, und meine Familie macht sich oft Sorgen um mich. Aber sie unterstützen mich und wir sprechen viel über meine Erlebnisse. Wenn sie meine Bilder sehen, können sie verstehen, warum ich das mache. Und es wird sowieso für uns alle viel gefährlicher, wenn wir jetzt nicht handeln.

Man sieht immer viele Kinder auf deinen Fotos, oft lächeln oder lachen sie in die Kamera. Was bewegt dich dabei?

Etwa die Hälfte aller Menschen auf der Flucht weltweit sind Kinder! Sie können überhaupt nichts für Krieg und Vertreibung und gleichzeitig fängt die Armutsspirale bei ihnen an. Wenn die Kinder nicht zur Schule gehen können, können sie später keinen guten Beruf lernen und sich selbst nicht genügend versorgen. Aus dieser Perspektivlosigkeit entsteht auch viel Gewalt und Extremismus. Aber ich liebe es, mit Kindern Quatsch zu machen. Sie kommen häufig einfach zu mir hingeraunt und dann haben wir zusammen Spaß, mit



Ich möchte nicht mein ganzes Leben von Camp zu Camp ziehen. Ich möchte mal irgendwo ankommen und ein Zuhause haben. Raghad

Wie man Alea e.V. unterstützen kann

Zur Koordination der von ihr unterstützten Hilfsprojekte hat Alea Horst jetzt den Verein Alea gegründet. Eine im April 2022 geplante erneute Reise nach Afghanistan musste in den Herbst verschoben werden. Dort arbeitet sie mit *Asiyah International* zusammen, die Brunnen baut, Lebensmittel verteilt und medizinische Versorgung leistet. Immer wieder fährt Alea nach Lesbos, unter anderem um das medizinische Projekt von *Fabiola Velasquez* zu unterstützen (<https://www.theearthmedicine.com>). Wenn sie nicht gerade auf einer ihrer Reisen in Krisengebiete ist, dann wohnt Alea Horst in Reckenroth im Westerwald. Sie ist also auch für Initiativen und Schulen in Hessen gut zu erreichen und kommt gern zu Lesungen in die Schulen. Die Martin-Buberschule in Groß-Gerau bereitet gerade eine Ausstellung ihrer Fotos vor, bei einer Veranstaltung der GEW Groß-Gerau berichtete sie im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus.

• Alle Informationen und Spendenkonten: <https://alea-ev.org>, Kontaktadresse: alea@aleahorst.de

Händen und Füßen. Egal wo ich bin, in Slums oder Elendslagern, die Menschen versuchen immer das Beste aus der Situation zu machen. Sie sind freundlich, laden mich zum Tee ein, haben Hoffnung. Sie haben eine Würde, die ich unbedingt achten möchte. Ich möchte sie nicht als Opfer darstellen oder Klischeebilder produzieren. Sondern sie als Menschen zeigen, der genauso ist wie du und ich. Der Träume hat und Wünsche, der lacht und weint und seine Kinder liebt. Jedes Foto ist außerdem ein Stück weit auch ein Spiegel des Fotografen. Ich begegne den Menschen freundlich und hoffe auf einen Dialog. Ich glaube, das merken sie. Sie lächeln zurück und vertrauen mir. Wenn ich fotografiere, bin ich sehr präsent. Ich mache das nicht heimlich, sondern bin irgendwie immer Teil der Szene.

Wie gehst du damit um, so viele schreckliche Dinge zu sehen? Schützt dich deine Kamera?

Ich finde nicht, dass mir die Kamera mehr Abstand gibt oder ein Schutz ist. Wenn ich mich ganz in die Situation hineinbegebe, sind die Menschen mir gegenüber offen und es entstehen die besten Fotos. Das Schlimmste an meiner Arbeit sind nicht die Dinge, die ich sehe. Am schlimmsten ist für mich, zu merken, wie vielen Menschen in Deutschland es egal ist, was auf der Welt passiert. Wir tun noch viel zu sehr so, als ginge uns das alles nichts an, als könnten wir nichts für Unrecht oder Krieg, Ausbeutung oder Umweltverschmutzung. Dabei sind wir mitverantwortlich und müssen uns auch mit den Konsequenzen unseres Handelns beschäftigen. Natürlich tut es weh, sich der Sache zu stellen. Aber die Ungerechtigkeit passiert ja trotzdem, egal wie angestrengt wir wegschauen. Nach den Auslandsreisen verbringe ich viel Zeit in meinem naturnahen Garten und im Wald. Das hilft mir, die Hilfslosigkeit wieder in Kraft umzuwandeln. Die Natur hilft mir, damit klarzukommen, dass ich nicht alles verändern kann.

Was war ein bewegender Moment für dich?

Ich erinnere mich noch an einen Teenager, der gerade alleine übers Meer nach Lesbos gekommen war und mit meinem Handy seine Mutter in Syrien anrief, um ihr zu sagen, dass er die Überfahrt überlebt hat. Er und seine Mama fingen an zu weinen und ich konnte dann auch nicht mehr. Unerträglich ist für mich, wie an den europäischen Außengrenzen mit



Wenn man hier drin ist, nicht zur Schule kann und so - was soll man da für Träume haben.

Raghad



Alea Horst: Manchmal male ich ein Haus für uns. Europas vergessene Kinder. Mit Vignetten von Merdad Zaeri. Klett Kinderbuch. Leipzig 2022, 16,80 Euro.

Die Zitate stammen aus Interviews, die Alea Horst im Februar 2021 im Lager Kara Tepe auf Lesbos geführt hat. Die vollständigen, ungekürzten Transkripte findet man über einen QR-Code oder unter www.klett-kinderbuch.de/buecher/details/manchmal-male-ich-ein-haus-fuer-uns.html.

Geflüchteten umgegangen wird. Es wird ihnen überall gezeigt, dass man sie nicht haben möchte. Teilweise wird extra Hilfe verweigert, um es ihnen noch schwerer zu machen, obwohl genügend Helfer, Gelder und Organisationen da wären.

Wie kam die Idee zum Kinderbuch?

Die Frauen vom Klett Kinderbuch Verlag haben mich angesprochen, nachdem sie meine Lesbos-Fotos bei Facebook gesehen hatten. Wichtig war ihnen, dass auch Kinder im Buch zu Wort kommen. Ich habe mich wahnsinnig über die Anfrage gefreut und bin erneut nach Lesbos gefahren, um eigens dafür noch einmal mit den Kindern dort zu sprechen. Dabei wurde mir klar, dass ich ihnen mit dem Buch eine Stimme geben möchte und selbst nur über die Bilder erzählen will.

Warum ist dieses Buch wichtig?

Erstens, weil mittlerweile niemand mehr mit Betroffenen sprechen kann und schon gar keine Fotos mehr gemacht werden dürfen. Es wird strukturell alles dafür getan, um das Thema und die Menschen vor der Öffentlichkeit abzuschotten. Das Buch ist also wie ein Kassiber. Zweitens: Wer in einem Land wie Deutschland groß wird, wächst in einer Welt voller Perspektiven und Wahlmöglichkeiten auf. Wir können uns wenig in Menschen hineinversetzen, die kaum eine Wahl haben. Wir wissen nicht, wie es ist, im Krieg gewesen zu sein und nur mit dem, was man am Körper trägt, ein neues Leben woanders anfangen zu müssen. Wenn die Menschen dann auch noch anders aussehen, fremde Kleidung und Kopftuch tragen, wird es noch schwieriger, sich mit ihnen zu identifizieren. Dieses Buch soll helfen, einander besser zu verstehen, und den Menschen die Augen öffnen. Es wird sicherlich kein Bestseller, aber es ist für mich wichtig, weil es Kindern eine Stimme gibt, die sonst nie gehört werden.



Wahrheit, Klarheit und Wohlwollen

Zum rechtlichen Anspruch auf ein Arbeitszeugnis

Arbeitszeugnisse spielen für den Erfolg im Beruf und beim Wechsel der Beschäftigung eine große Rolle. Ein gutes Arbeitszeugnis kann den Zugang zu einem neuen Arbeitsplatz öffnen, ein schlechtes ihn versperren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben zu Recht ein Interesse daran, dass ihre Leistungen und die Aufgaben, die sie wahrgenommen haben, wertgeschätzt und daher wahrheitsgemäß und sachkundig schriftlich festgehalten werden. Auch ist es inzwischen unverzichtbar geworden, die eigene berufliche Biografie in Form von Arbeitszeugnissen zu „dokumentieren“. Die folgenden Ausführungen beziehen sich nicht auf Dienstzeugnisse für Beamtinnen und Beamte nach § 59 des Hessischen Beamtengesetzes. Die gleichlautenden Regelungen in § 35 des Tarifvertrags Hessen (TVH) und des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen (TVöD) gelten jedoch auch für angestellte Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte.

Ein Anspruch auf ein Arbeitszeugnis besteht nicht nur bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Endzeugnis), sondern auch bei einer bevorstehenden Beendigung (vorläufiges Zeugnis) oder aus triftigen Gründen (Zwischenzeugnis). „Triftige Gründe“ sind insbesondere eine Versetzung, ein Wechsel des oder

der Vorgesetzten, die Absicht, sich anderweitig zu bewerben oder eine Fortbildungsmaßnahme, für die das Zeugnis erforderlich ist. Ein Zwischenzeugnis ist auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszustellen, die sich mit Blick auf ein befristetes Arbeitsverhältnis rechtzeitig um eine andere Stelle bemühen wollen, und immer dann „wenn es dem beruflichen Fortkommen der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers dient und ein besonderer Anlass vorliegt“ (1). Ein Anspruch auf ein qualifiziertes Arbeitszeugnis besteht auch, wenn die Beschäftigung nur kurz war.

Inhalt und Aufbau

Jedes Zeugnis muss der Wahrheit entsprechen, es darf also „nur Tatsachen, dagegen keine Behauptungen, Annahmen oder Verdächtigungen enthalten“ (2). Es darf das berufliche Fortkommen der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers nicht verhindern und muss daher wohlwollend formuliert sein. Hier unterscheidet sich das Arbeitszeugnis stark von der dienstlichen Beurteilung im Rahmen des Beamtenrechts, das dieses Prinzip nicht kennt.

Außerdem sollen im Arbeitszeugnis möglichst klare, unmissverständliche Ausdrücke und Begriffe verwendet werden. Insbesondere muss es vollständig sein, also den Tätigkeitsbereich voll-

ständig beschreiben und die Leistungsbeurteilung auf die Tätigkeitsbereiche abstellen.

Ein qualifiziertes Arbeitszeugnis wird auf dem Geschäftspapier mit Namen und Anschrift des Arbeitgebers ausgefertigt und enthält das Wort „Arbeitszeugnis“ bereits in der Überschrift. Das Geburtsdatum wird nur auf Wunsch der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers angegeben. Anzugeben sind die Gesamtdauer der Beschäftigung im Betrieb, eine Erläuterung des Betriebes, die Aufgabenbeschreibung auf der Grundlage der im Arbeitsvertrag vereinbarten Tätigkeiten und die besuchten Fort- und Weiterbildungen. Die Leistungsbeurteilung und die Verhaltensbeurteilung werden in einer Gesamtbeurteilung zusammengefasst. Nach der Schlussformulierung sind der Ort, das Datum (letzter Tag der Beschäftigung) und die Unterschrift des Personalverantwortlichen anzufügen. Bei Schulen ist dies die Schulleiterin oder Schulleiter.

Die Leistungsbeurteilung enthält üblicherweise Aussagen zu Fachwissen, Auffassungsgabe und Problemlösungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft, Eigeninitiative, Belastbarkeit, Denk- und Urteilsvermögen, Zuverlässigkeit und Fachkönnen. Für den pädagogischen Bereich müssen die Kriterien entsprechend angepasst werden. Ein ausführliches Info der Landesrechtsstelle der GEW Hessen enthält entsprechende Musterzeugnisse. Es kann von GEW-Mitgliedern angefordert oder im Mitgliederbereich der GEW-Homepage heruntergeladen werden.

Gute und schlechte Zeugnisse

Zu einem vollständigen qualifizierten Arbeitszeugnis, wie es bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses als „Endzeugnis“ angefordert werden kann, gehören nicht nur Aussagen über Art und Dauer der Tätigkeit, sondern auch über „Führung und Leistung“, über Sozial- und Arbeitsverhalten. Hier kommt es in hohem Maß auf die vom Arbeitgeber gewählten Formulierungen an.

Die Bewertungsskala bei Arbeitszeugnissen reicht üblicherweise von der Note 1 bis zur Note 6. Formulierungen wie „bemühte sich“, „versuchte“ oder

COVID-19: Infektion am Arbeitsplatz melden

Nach aktuellen Zahlen der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und Umweltmedizin sind seit Beginn der Coronapandemie 202.945 Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit COVID-19 bei den gesetzlichen Unfallversicherungen eingegangen, davon entfielen 169.089 Meldungen auf Berufskrankheiten, 33.856 auf einen Arbeitsunfall. Damit ist eine COVID-19-Infektion „mit Abstand die häufigste gemeldete Berufskrankheit“.

Auch wenn eine Infektion mit der derzeit dominanten Omikron-Variante oft harmlos verläuft, sind die Langzeitfolgen derzeit noch nicht absehbar. Deshalb empfiehlt die GEW allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Schule, einer Kita oder an der Hochschule infiziert haben, die Infektion zeitnah als Arbeits- oder

Dienstunfall zu melden. Nach Angaben der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung kann eine Covid-19-Erkrankung als Arbeitsunfall anerkannt werden,

- wenn ein intensiver Kontakt mit einer infektiösen Person („Indexperson“) bestand
- oder wenn eine größere Anzahl von infektiösen Personen im unmittelbaren Tätigkeitsumfeld nachgewiesen werden kann
- und wenn die Erkrankung spätestens innerhalb von zwei Wochen nach dem Kontakt eingetreten ist.

Ausführliche Informationen zur Unfallanzeige und notwendige Links hat die GEW-Rechtsstelle zusammengestellt: www.gew-hessen.de > Themen > Corona FAQ Schule.

„war bestrebt“ sind der Note 6 zuzuordnen, ebenso wenn von „Entwicklungsfähigkeit“ gesprochen wird. Auch „in der Regel“, „im Rahmen ihrer oder seiner Vorgaben“, „grundsätzlich“ oder „im Wesentlichen“ entsprechen einer schlechten Bewertung mit der Note 5.

Dagegen sind die Worte „stets“, „immer“ oder „jederzeit“ der Note 2 (gut) oder insbesondere in Verbindung mit weiteren Steigerungen der Note 1 zuzuordnen („stets sehr“, „immer sehr“, „hervorragend“ oder „ausgezeichnet“).

Begrifflichkeiten ohne Steigerungen weder in die eine noch in die andere Richtung („arbeitete zuverlässig und genau“, „zeigte Einsatzbereitschaft und Eigeninitiative“) entsprechen in der Regel der Note 3.

Für die zusammenfassende Beurteilung können die Leistungen und das Verhalten auch im „Klartext“ „zusammenfassend als gut bewertet werden (Note 2)“.

Gewerkschaftliches Engagement

Es gilt der Grundsatz, dass der Arbeitgeber die Tätigkeit als – nicht freigestellter – Betriebsrat oder Personalrat nicht im Arbeitszeugnis erwähnen darf, denn die Ausübung des Amtes als Betriebsrat oder Personalrat hat mit der Art des Arbeitsverhältnisses nichts zu tun. Auch gewerkschaftliche Tätigkeiten und Aktivitäten haben im Arbeitszeugnis nichts verloren, auch nicht in versteckten Formulierungen, wonach eine Arbeitnehmerin „stets engagiert für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen“ eintrat oder sich ein Arbeitnehmer „stets für die Belange seiner Kollegen eingesetzt“ hat. Anders wäre dies zu bewerten, wenn es dem beruflichen Fortkommen dient, weil sich jemand bei einer Gewerkschaft oder einem gewerkschaftsnahen Unternehmen bewerben will.

Zeitpunkt der Zeugniserteilung

Das Arbeitszeugnis muss auf den letzten Tag der Beschäftigung datiert sein, da ein späterer Termin darauf hinweisen könnte, dass es zwischen dem Arbeitgeber und der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer eine Auseinandersetzung über das Arbeitszeugnis gab. Der Anspruch auf ein Arbeitszeugnis kann drei Jahre lang nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis geltend gemacht werden. Gilt ein Tarifvertrag wie beispielsweise der TVH bei den Lehrkräften oder sozialpädagogischen Fachkräften oder der TVöD bei Erzie-



Hinweise auf gewerkschaftliches Engagement oder die Wahl in den Betriebsrat oder Personalrat haben im Arbeitszeugnis nichts verloren. (Zeichnung: Thomas Plaßmann)

herinnen und Erziehern, muss das qualifizierte Zeugnis innerhalb von sechs Monaten nach dem Ende der Beschäftigung eingefordert werden. Nach diesem Zeitpunkt kann dann zweieinhalb Jahre lang noch ein einfaches Arbeitszeugnis eingefordert werden.

Rechtsschutz

Weigert sich der Arbeitgeber, ein Arbeitszeugnis auszustellen, kann der Anspruch auf Erteilung eines Arbeitszeugnisses beim Arbeitsgericht eingeklagt werden. Darüber hinaus besteht insbesondere in folgenden Fällen ein Anspruch auf Korrektur des Arbeitszeugnisses:

- Es fehlt an einer wohlwollenden und an objektiven Maßstäben ausgerichteten Beurteilung.
- Das äußere Erscheinungsbild ist unpassend, zum Beispiel wenn das Zeugnis geknickt ist oder das Papier nicht sauber ist.
- Die Schwerpunkte der Tätigkeit werden nicht richtig wiedergegeben. Das wäre beispielsweise der Fall, wenn bei einer Lehrkraft die Arbeit im Unterricht oder bei einer Erzieherin die Arbeit mit Kindern gegenüber organisatorischen Arbeiten vernachlässigt wird.
- Die Tätigkeiten, die arbeitsvertraglich geschuldet waren, werden nicht aufgelistet und einzelne Leistungsmerkmale nicht beurteilt.

In diesen Fällen ist der Gang zum Arbeitsgericht durchaus erfolgversprechend. Anders sieht es aus, wenn Beschäftigte beim Arbeitsgericht beispielsweise die Verbesserung von der Note 3 auf die Noten 2 oder 1 durchsetzen wollen. Nach der Rechtsprechung

des Bundesarbeitsgerichts (Urteil vom 18.11.2014 – 9 AZR 584/13) muss die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer durch Tatsachen schlüssig darlegen und beweisen, warum sie oder er die Note 2 „verdient“ hat und nicht die Note 3. Um erfolgreich sein zu können, sollte die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer Stichpunkte zu den einzelnen Leistungsmerkmalen liefern und darlegen, warum sie oder er besser bewertet werden muss als vom Arbeitgeber beurteilt.

Schadensersatz kann verlangt werden, wenn kein Zeugnis ausgestellt wird, das Zeugnis verspätet erteilt wird, der Zeugnisinhalt unrichtig ist oder die Berichtigung und Ergänzung eines zu Recht beanstandeten Zeugnisses abgelehnt wird.

Mitglieder der GEW haben Anspruch auf eine Beratung durch die ehrenamtlichen Rechtsberaterinnen und Rechtsberater der Bezirks- oder Kreisverbände und durch die Landesrechtsstelle und gegebenenfalls auch auf Rechtsschutz für den Klageweg.

Ein ausführliches Info der Landesrechtsstelle der GEW Hessen mit Musterzeugnissen kann von GEW-Mitgliedern angefordert oder im Mitgliederbereich der GEW-Homepage heruntergeladen werden.

Katrin Kummer
Landesrechtsstelle der GEW Hessen

(1) Martin Krömer, Klaus Pawlak, Henning Rabe von Pappenheim, Jan Ruge: Lexikon Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Rehm-Verlag München. Eine Neuauflage erscheint im Frühjahr 2022.

(2) Schaub Arbeitsrechtshandbuch. Verlag C.H.Beck München.

Wir gratulieren im Mai...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Karin Beck, Hattersheim
Edith Bossert-Hermes, Baunatal
Elke Brenner, Frankfurt
Elke Knöss, Darmstadt
Wilfried Landsiedel, Schenklingfeld
Ulrich Meyer-Husmann, Mainz
Ulrich Sauer, Büdingen
Hans-Dieter Speier, Darmstadt

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Friedrich Bergerhoff, Frankfurt
Horst Blumenauer, Neukirchen
Gerda Ewen, Bad Salzschlirf
Richard Ewen, Wiesbaden
Runa Fecher, Rodgau
Wolfgang Gehrke, Ronneburg
Franz-Klemens Geyer, Friedberg
Heinrich Heintzmann,
Stadtallendorf-Wolferode
Horst Heinrich Jakob, Gießen
Anne Klank, Kassel
Angelika Klausenitzer-Stadtaus,
Frankfurt
Ludwig Krauß, Buseck
Ingo Krösa, Frankfurt
Ilse Kuhn-Frodeno, Rödermark
Ulrike Ladnar, Frankfurt
Frank Lehmann, Frankfurt
Peter Maier, Homburg / Saar
Arnd Naundorf, Hofgeismar
Magdalene Nolte, Frankfurt
Prof. Dr. Erich Ott, Künzell
Petra Panther, Gießen
Erich Pompl, Wiesbaden
Gertraud Saller, Kelkheim

Johannes Schiller, Kassel
Renate Schmidt-Mittmann, Darmstadt
Ulrike Simon, Kirchhain
Ulrich Steffen, Gründau
Sibylle Stein, Oberursel
Holger Trapper, Hadamar
Fritz Voit, Melsungen
Gerda Weibel-Strevel, Frankfurt
Udo Wolk, Sulzbach

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Richard Cossmann, Solms
Monika Heinz, Karben
Elisabeth Hintermeyer, Darmstadt
Gudrun Laubner, Oberursel
Ernst Schmadel, Kassel
Marga Souidi, Marburg
Eva-Maria Wild, Heidesheim

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Margarethe Dietz, Wetzlar
Roselind Richter, Griesheim

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Adolf Rüdebusch, Niestetal

Keine Veröffentlichung gewünscht?

Sie blicken auf eine lange GEW-Mitgliedschaft zurück, möchten aber nicht, dass Ihr Name in der HLZ genannt wird? Dann teilen Sie uns dies bitte einmalig per Post oder E-Mail mit:

- GEW Hessen, Mitgliederverwaltung, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, oder mitgliederverwaltung@gew-hessen.de

Berufsverbote: Ausstellung in Kassel

Die Ausstellung „Vergessene Geschichte: Berufsverbote und politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland“ ist vom 8. bis zum 28. Juni im Rathaus in Kassel zu sehen. Anlass ist der 50. Jahrestag des sogenannten „Radikalenerlasses“, der 1972 die massenhafte Überprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst und die Entlassung von Beschäftigten in Schulen und anderen Dienststellen begründete.

Bei der Eröffnung der Ausstellung am Mittwoch, dem 8. Juni, um 18 Uhr im Bürgersaal sprechen unter anderem Magistratsmitglied *Hajo Schuy*, *Martin Gertenbach* (GEW Kassel) und die von den Berufsverboten betroffene GEW-Kollegin *Dr. Dorothea Holleck*.

- Weitere Informationen zum Begleitprogramm: www.gew-nordhessen.de

Zielvereinbarungen im Landtag

Die GEW nahm die Landtagsdebatte über die zwischen Wissenschaftsministerium und Hochschulen geschlossenen Zielvereinbarungen zum Anlass, erneut auf „die wenig ambitionierten Absichtserklärungen“ hinzuweisen. Verbesserungen für Studierende und Beschäftigte durch neue Einstellungen und Entfristungen würden auf die Jahre 2024 und 2025 verschoben. Prognosen der KMK bezüglich sinkender Studierendenzahlen hätten sich „schon oft als falsch erwiesen“. *Dr. Simone Claar*, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende, erklärte, die GEW werde „weiter für langfristige Perspektiven für die Beschäftigten kämpfen und den Hochschulen und dem Land Druck machen“. Zweifel äußerte sie an den zugrunde gelegten Beschäftigtenzahlen, die von der GEW jetzt überprüft würden.

Bundeswehr: Weiter Rekrutierung von Minderjährigen

Der Mitte März veröffentlichte Jahresbericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages *Eva Högl* dokumentiert einmal mehr die Probleme durch die Rekrutierung von minderjährigen Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten. Das Bündnis „Unter 18 Nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ fordert eine schnelle Anhebung des Rekrutierungsalters auf 18 Jahre, wie dies im Koalitionsvertrag der Ampel angekündigt wurde. Bündnis-Sprecher *Ralf Willinger* (terre des hommes) verwies unter anderem auf einen deutlichen Anstieg der Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Unter den Opfern waren nach Erkenntnissen des Bündnisses auch Minderjährige.

2021 waren 1.239 bzw. 8% der neu eingestellten Soldatinnen und Soldaten minderjährig. 21% der im Jahr 2020 neu eingestellten Minderjährigen brachen den Dienst in den ersten sechs Monaten wieder ab. Willinger sprach von einer „Lose-Lose-Situation, unter der Minderjährige leiden und von der auch die Bundeswehr nichts hat“.

Die GEW Hessen ist Mitglied des Bündnisses, das von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften getragen wird. Es fordert die Anhebung des Rekrutierungsalters für den Militärdienst auf 18 Jahre sowie ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen.

- Weitere Infos: <https://unter18nie.de>

30 Jahre Kinderrechtskonvention

In einer Erklärung zum 30. Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Kinderrechtskonvention am 5. April 1992 verwies die GEW Hessen auf die mangelnde Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem: „Von 100 ‚Akademikerkindern‘ nehmen 74 ein Studium auf, von 100 ‚Nichtakademikerkindern‘ sind es hingegen nur 21.“ Im Gegensatz zur Mehrzahl aller Unterzeichnerstaaten rekrutiere die Bundeswehr zudem weiter Minderjährige, die unter den Schutz der Konvention fallen. Auch die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen komme weiter zu kurz. Die Ankündigung der Ampelparteien, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, sei „überfällig“.

- Zum Weiterlesen: <https://www.makista.de/blog/>

Briefe an die HLZ

Kein Zutritt für Ungeimpfte?

Am 8.12.2021 gab es eine Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Kassel-Stadt. Tagesordnungspunkte waren die Wahl des Vorstands und der Delegierten für die Bezirksdelegiertenversammlung. Die Teilnahme war allerdings - laut Einladung - mit einer 2G-Kontrolle verbunden; ungeimpfte Mitglieder hatten also nicht die Möglichkeit, an der Wahl teilzunehmen. Auch wenn die 2G-Regelung den damaligen Corona-Maßnahmen entsprach: Hätte es nicht Möglichkeiten gegeben (Briefwahl, Online-Versammlung), allen Mitgliedern die Ausübung ihres Wahlrechts zu ermöglichen? So wurde in Kassel mal eben für vermeintlich mehr Sicherheit die innergewerkschaftliche Demokratie ausgesetzt. Dabei ist die Frage, ob sich Ungeimpfte solidarisch verhalten oder nicht, ohne Relevanz: Das Wahlrecht ist in einer demokratischen Gewerkschaft ein elementares Grundrecht, das unabhängig von Verhalten und Meinung jedem Gewerkschaftsmitglied zusteht. Es ist erschreckend, dass ein solcher durch die Corona-Maßnahmen verursachter (zugegeben: noch kleiner) demokratischer Kollateralschaden in der GEW anscheinend nicht einmal wahrgenommen wird, als sei das Gesichtsfeld durch den Tunnelblick auf die Corona-Pandemie beschränkt.

Ulrich Prilop, Hann. Münden

Die HLZ bat den GEW-Kreisverband Kassel-Stadt um eine Erklärung. Ko-Vorsitzender Martin Gertenbach wies darauf hin, dass ein Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung eine Änderung der Satzung war, um Mitgliederversammlungen als Videokonferenzen durchführen zu können:

Für diese Änderung war aufgrund der alten Satzung aber eine Sitzung in Präsenzform erforderlich. Damit diese stattfinden konnte, benötigten wir einen ausreichend großen Raum und dieser war zur gegebenen Zeit nur zu 2G-Bedingungen zu bekommen. Vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens erschien es uns aber nach intensiver Abwägung sinnvoll, diese Form zu ermöglichen, damit auch unter Pandemiebedingungen wichtige Beschlüsse gefasst werden können und die innergewerkschaftliche Demokratie erhalten bleiben kann.

Martin Gertenbach, GEW Kassel-Stadt

Stellenzuweisung und Deputate

Die Schulen beginnen jetzt mit der Vorbereitung des nächsten Schuljahres. Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz und dem Schulgesetz (HSchG) sind die Personalräte und nach § 133 HSchG insbesondere auch die Gesamtkonferenzen in die Vorbereitungen einzubeziehen. Wie aber funktioniert die Stellenzuweisung? Nach welchen Kriterien und für welche Aufgaben werden die Lehrkräfte der Schule zugewiesen? Was ist die Grundunterrichtsversorgung und welche Zuschläge kommen „on top“? Und wie werden die Deputate für außerunterrichtliche Aufgaben verteilt? Antworten auf diese und andere Fragen, viele Erklärungen und anschauliche Rechenbeispiele findet man in der 2019 veröffentlichten, aber weiter aktuellen Broschüre der GEW.



Download im Mitgliederbereich: www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich > Broschüren

Laizität und Sozialdemokratie

Staat und Kirche sind seit der Weimarer Republik auch in Deutschland getrennt – aber nur „eigentlich“ und „auf dem Papier“. Ausgangspunkt der Dissertation des aus Nordhessen stammenden Pädagogen und Politologen Jonas May zum Thema „Laizität und Sozialdemokratie“ ist die gegenteilige Erfahrung vieler Lehrkräfte, die sich über den Status des Religionsunterrichtes und den Einfluss der Kirchen auf das deutsche Bildungswesen wundern. Jonas May geht der Frage nach, wie eine Trennung staatlicher und religiöser Bereiche aussehen kann, ohne religionsfeindlich zu sein. Ein Fokus liegt auf sozialdemokratischen Parteien, die Schule je nach Sichtweise als „religionsbereinigten öffentlichen Raum“ ansehen oder als Ort der pädagogischen Begegnung religiöser und weltlicher Akteure auf Augenhöhe.

Jonas May, der familiär „mit der HLZ groß geworden ist“, referiert die Debatten um religiöse Symbole und um den christlichen bzw. islamischen Religionsunterricht in öffentlichen Schulen in Frankreich, in Spanien und in den Bundesländern der Bundesrepublik. Dazu befragte er namhafte Vertreter der europäischen Sozialdemokratie wie José Luis Rodríguez Zapatero, Wolfgang Thierse oder Jean Glavany, ebenso ehemalige Bildungsminister und

Vertreter religiöser Gruppierungen. Sie lassen nachvollziehen, warum sich gerade die Sozialdemokratie – auch in Hessen – bis heute nicht immer leicht tut mit ihrem Verhältnis zur Religion. Der Blick auf Frankreich und Spanien zeigt, dass der Grenzbereich Staat-Religion unterschiedlich definiert und bewertet wird und dass Religionsgemeinschaften unterschiedliche Handlungsbereiche und -befugnisse zugesprochen werden.

Ein Mehr an Laizität zum Beispiel führt – so ein Fazit von May – weder zu einem Rückgang von Religiosität noch zu politischer Instabilität, wie es oft als Argument deutscher Politiker angeführt wird, die den institutionellen Status quo der christlichen Großkirchen in Deutschland verteidigen. Auch ein Religionsunterricht, der nicht nach Konfessionen trennt, sondern alle Schülerinnen und Schüler verbindet, sie in ihrer religiösen und weltanschaulichen Verschiedenheit wertschätzt und voneinander lernen lässt, könne zu einer staatsbürgerlichen Integration beitragen und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirken.

Jonas May: Laizität und Sozialdemokratie. Eine vergleichende Untersuchung von Religions- und Weltanschauungspolitik in Frankreich, Spanien und Deutschland. Springer 2021. 64,99 Euro

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorzugszins für den öffentl. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit
2,50% echter Vorzugszins
 effektiver Jahreszins
SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite
 sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -
 Sensationell günstig
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
ES, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: 06221-178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de




Gesundwerden in freundlicher Umgebung!
 Motivierte Mitarbeiter unterstützen Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem persönlichen Rahmen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe


Info-Telefon 02861/80000
 Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken
www.schlossklinik.de




Von hieran geht es aufwärts!
 Am Parkgürtel von Baden-Baden bieten wir Ihnen eine intensive, individuelle Psychotherapie, sicheres Auffangen von Krisen, kreative Stärkung Ihres Potentials und erlebnisintensive Aktivitäten.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Info-Telefon 07221/393930
 Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de




Die nächste Ausgabe erscheint
 am 13. Juni 2022.
 Anzeigenschluss ist am 20.5.22

Diese Anzeige kostet nur 135,- zzgl. 19% MwSt.

Dienst- und Schulrecht für Hessen

Klassische Papierausgabe:

Das Standardwerk im Spezialordner, über 1900 Seiten

Umfangreiches Inhalts- und Stichwortverzeichnis, dadurch trotz großen Umfangs leicht recherchierbar

Auf Wunsch mit jährlich 1 bis 2 Aktualisierungen – so bleibt Ihr Nachschlagewerk stets auf neuestem Stand

Digital auf CD oder USB-Stick:

Das komplette DuS-Standardwerk, platzsparend auf CD oder USB-Stick

Komfortabel und einfach recherchieren. Ohne Handbuch mit Adobe Reader sofort nutzbar.

Auf Wunsch analog zur Papierausgabe jährliche Aktualisierungen

**Das komplette Grundwerk im Ordner, auf CD oder auf USB-Stick nur 38,- EUR
GEW-Mitgliedspreis 28,- EUR (zzgl. Versand)**

Mensch & Leben Verlagsges.mbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg,
Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: mlverlag@wsth.de

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene Mitglied gibt es eine unserer Prämien.*



Powerbank Poki



Gewürzreibe von Zassenhausen



Pictures –
Spiel des Jahres 2020



30-Euro-Spende



Hautfarben-Stifte



Thermo-Frenchpress



GEW-Bento Box



Twist & Go Edelstahl-
Wasserflasche



Sandwichmaker



Büchergutschein



Weinset Lebenshilfe



30-Euro-Spende

Neues Mitglied werben und weitere Prämien ansehen
unter: www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder
des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen:

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon

Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Töpfern: Aufbautechniken | 30-05-2022, Darmstadt |

Sabbatjahr: Land in Sicht! | 30-05-2022, Frankfurt |

Endspurt: Pensionierung und Beamtenversorgung | 01-06-2022, Fulda |

Das entwicklungspädagogische Konzept (ETEP) | 07-06-2022, Frankfurt |

Schulung für Angestellten-Vertreter*innen in Personalräten (GPRLL/HPRL) | 08 bis 09-06-2022, Fulda |

Interaktive Übungen und Methoden für Online-Veranstaltungen | 08-06-2022, Online |

Leichter Deutsch lernen mit Musik | 09-06-2022, Frankfurt |

UBUS: Rechte und Pflichten für sozialpädagogische Fachkräfte | 14-06-2022, Kassel |

Junge Geflüchtete in Schule und Jugendhilfe | 15-06-2022, Frankfurt |

Nicht auf den Mund gefallen: Rhetorikseminar für Lehrkräfte | 21-06-2022, Gießen |

Stadtrundgang „Gießen postkolonial“ | 21-06-2022, Gießen |

Stark gegen Stress – Resilienztraining mit Kindern | 24-06-2022, Online |

Mobbing, Konflikt ... oder Diskriminierung?! | 27-06-2022, Frankfurt |

Methodenworkshop: Geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen | 29-06-2022, Frankfurt |

Einsatz interaktiver Whiteboards (Smartboards) im Unterricht | 29-06-2022, Wiesbaden |

Bildungurlaub: Europa nach Brexit und Corona | 22 bis 29-10-2022, Frankreich |

Bildungurlaub: Ioannina. Erinnerungen an die deutsche Besetzung Griechenlands | 23 bis 28-10-2022, Griechenland |

Aktuelle Änderungen, neue Veranstaltungen und das vollständige Programm finden Sie unter www.lea-bildung.de